

III. „Ex oriente lux again“¹? Diskussionen über die Politik Michail Gorbatschows ab 1985

1. Populärer „Zauberlehrling“²:

Der neue Kreml-Chef als Projektionsfläche

Als Anfang 1985 Michail Gorbatschow das Amt des Generalsekretärs der KPdSU übernahm und sich daran machte, die seit Jahren von Stagnation geprägte Sowjetunion unter der Schlagwörtern Glasnost und Perestrojka für den Wettbewerb mit dem Westen wieder in Schwung zu bringen (ein Wettbewerb, der – wie zumindest in der Rückschau erhellt – freilich kaum zu gewinnen war³), hatte sich die Situation der westdeutschen Linken erheblich gewandelt. Den Grünen war der Sprung in den Bundestag gelungen; die Sozialdemokraten hatten nach über fünfzehnjähriger Regierungsbeteiligung auf der Oppositionsbank Platz genommen. Die Initiative *Solidarität mit Solidarność* war verschwunden; nur noch einzelne Politiker, hauptsächlich von den Grünen, pflegten Kontakte zur Dissidenz im sowjetischen Machtbereich.⁴ Gemeinsame, spektrumsübergreifende Aktionen gab es kaum noch, und weit verbreitet war auf Seiten der „tief zerklüftet[en]“⁵ Linken der Eindruck, in die Defensive geraten zu sein: vor allem gegenüber dem „Neokonserwatismus“ – auf Seiten der Linken ein Kampfbegriff, mit dem die Politik Ronald Reagans, Margaret Thatchers und Helmut Kohls vielfach undifferenziert zusammengefasst wurde.⁶ Gleichzeitig war der Blick in die Nachbarländer wenig ermuti-

¹ So der Titel eines Liedes von Wolf Biermann aus dem Jahr 1987, das sich auf den sowjetischen Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow bezieht (zit. nach Anke Gilleir/Bart Philipsen [Hg.]: *Duitstalige literatuur na 1945*, Leuven 2006, S. 157). Zur Rolle Biermanns in der Gorbatschow-Diskussion s. u., S. 77 ff.

² Andreas Wirsching: *Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit*, München 2012, S. 30.

³ Vgl. Andreas Wirsching: *Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990*, München 2006, S. 544 f. Die Bedeutung dieses Wettbewerbs hebt auch Manfred Hildermeier (*Geschichte der Sowjetunion, 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates*, München 1998, S. 18) hervor.

⁴ Vgl. Julia Metger: *Getrennt durch den Eisernen Vorhang? Die Grünen und die unabhängigen Bewegungen in Osteuropa in den frühen 1980er Jahren*, Berlin, Freie Univ., Mag.-Arbeit o. J.; für die DDR Wilhelm Knabe: *Westparteien und DDR-Opposition. Der Einfluß der westdeutschen Parteien in den achtziger Jahren auf unabhängige politische Bestrebungen in der ehemaligen DDR*, in: *Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages)*, Bd. 7/2, Baden-Baden/Frankfurt am Main 1995, S. 1110–1202, hier S. 1177 ff.

⁵ So die zeitgenössische Beobachtung etwa des SPD-Politikers Thomas Meyer: *Eine historische Bestätigung. Zum Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten*, in: Detlev Albers/Frank Deppe/Michael Stamm (Hg.): *Fernaufklärung. Glasnost und die bundesdeutsche Linke*, Köln 1989, S. 13–21, hier S. 14).

⁶ Josef Esser stellte 1989 in einem Peter von Oertzen gewidmeten Band fest: „In den politischen Debatten der westdeutschen linken scheint Konsens zu herrschen, daß das sozialdemokrati-

gend. Mitterrands „französischer Weg zum Sozialismus“ hatte sich für viele als Enttäuschung erwiesen⁷ und auch das „skandinavische Modell“ sozialdemokratischer Wohlfahrtsstaatlichkeit büßte seine Strahlkraft zusehends ein.⁸

Umso mehr verlagerten sich die Erwartungen auf die Sowjetunion und avancierte, wie im Folgenden zu zeigen ist, Gorbatschow zum neuen Hoffnungsträger – gerade auf der „desillusionierte[n]“⁹ und stark in Selbstbespiegelung gefangenen Linken. Dies folgte zunächst einmal einem generellen Trend: Studien, die sich mit den Reaktionen der westdeutschen Medien¹⁰ und Bevölkerung auf Gorbatschow beschäftigen, konstatieren ein zunehmend und schließlich überaus positives Echo der Zeitgenossen. Deutlicher Beleg für die Welle der Sympathie, die dem neuen Kreml-Chef in der Bundesrepublik entgegenschlug, ist der „triumphale Empfang“, der ihm 1989 bei seinem Besuch in Bonn bereitet wurde: eine regelrechte „Gorbimanie“ war hier zu verzeichnen.¹¹ Bereits im Vorjahr hatte eine Umfrage ergeben, die Abrüstungspolitik des neuen Generalsekretärs habe das „Gefühl der Bedrohung durch die Sowjetunion“ so weit verringert, dass „erstmal seit 1956 [...] ebenso viele Deutsche einen amerikanischen Truppenabzug aus Europa ‚begrüßen‘ (37 Prozent) wie ‚bedauern‘ (38 Prozent) würden“. 76 Prozent der Bundes-

sche ‚Modell Deutschland‘ der siebziger Jahre seit der ‚Wende‘ im Herbst 1982 von einem neokonservativen Gesellschafts- und Politikprojekt der christlich-liberalen Regierungskoalition abgelöst worden sei und daß das konservative Regierungslager wesentliche Anleihen bei der Reagan-Administration der USA und der Thatcher-Regierung in Großbritannien gemacht habe.“ (Josef Esser: Neokonservatismus und das „Modell Deutschland“, in: Heinrich Epskamp/Jürgen Hoffmann/Ulrich Mückenberger/Sybillie Raasch [Hg.]: Die neokonservative Verheißung und ihr Preis. Zukunft der Arbeit und der Gewerkschaften. Peter von Oertzen zum 65. Geburtstag, Köln 1989, S. 153–177, hier S. 153). Esser widersprach dieser Deutung allerdings und betonte Kontinuitäten über die Regierungswechsel von 1982 hinweg, wie dies aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive ähnlich auch Andreas Wirsching tut (Andreas Wirsching: Eine „Ära Kohl“? Die widersprüchliche Signatur deutscher Regierungspolitik 1982–1998, in: AfS 52 [2012], S. 667–684; Andreas Wirsching: „Neoliberalismus“ als wirtschaftspolitisches Ordnungsmodell? Die Bundesrepublik Deutschland in den 1980er Jahren, in: Werner Plumpe/Joachim Scholtyseck [Hg.]: Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft. Vom Kaiserreich bis zur Berliner Republik, Stuttgart 2012, S. 139–150).

⁷ So hieß es bereits rund fünf Jahre nach Mitterrands Amtsantritt in der von den früheren Solidarność-Unterstützern Günter Grass, Carola Stern, Johano Strasser und Tomaš Kosta geleiteten Zeitung *L'80*, der französische Präsident müsse bei der von ihm angekündigten „Demokratisierung von Staat und Gesellschaft“ endlich „vorzeigbare Erfolge“ erreichen, damit „die desillusionierte bundesdeutsche Linke wieder hoffnungsvoll nach Frankreich blicken“ könne (Wolfgang Kessler: Spreu und Weizen im Dienst nationaler Größe. Zwei Jahre Sozialismus à la française, in: *L'80* [Mai 1986], Nr. 26, S. 53–60, hier S. 60).

⁸ In *L'80* hieß es 1986 bspw., dass, während *Der Spiegel* 1972 noch „Blick auf Schweden – Blick auf die Zukunft!“ getitelt – und *Die Zeit*: „Droht uns Schweden?“, gefragt – hatte, es um das skandinavische Modell inzwihsen „still geworden“ sei (Christian Fenner: Rezension zu Bernd Henningsen: Der Wohlfahrtsstaat Schweden, Baden-Baden 1986, in: *L'80* [1986], Nr. 45, S. 170–172), hier S. 171 f.

⁹ Kessler, Spreu und Weizen im Dienst nationaler Größe, S. 60.

¹⁰ Wiebke Bachmann: Das Bild Gorbačevs, El'cins und Putins in der deutschen Presse am Beispiel der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und des „Spiegels“, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 12 (2008), Nr. 1, S. 85–113.

¹¹ Vgl. Wirsching, Abschied vom Provisorium, S. 562.

bürger waren demnach für einen gleichzeitigen Abzug der Sowjets und der Amerikaner. Wie die Demoskopen konstatierten, weckte die Perestrojka bei zwei Dritteln der Westdeutschen zudem die Hoffnung auf eine Lösung von „großen Weltproblemen“ wie Hunger und Umweltzerstörung durch gemeinsame Anstrengungen in Ost und West. Gleichzeitig rechnete aber nur ein Viertel der Bundesbürger mit einer „Abschaffung des Kommunismus“ in der Sowjetunion.¹²

Traf Gorbatschow in der westdeutschen Bevölkerung auf Sympathien, finden sich auf Seiten der Linken weitergehende, spezifische Hoffnungen, deren Inhalt und Genese im Folgenden analysiert werden soll.¹³ Zu berücksichtigen ist dabei, dass Gorbatschow ein „Mann mit vielen Gesichtern“¹⁴ war, der sich im Lauf seiner Regierungszeit deutlich wandelte und daher für westliche Beobachter schwer einzuschätzen war. In der Rückschau wird zudem deutlich, dass der Kreml-Chef nicht erreichte, was er sich vorgenommen hatte. Vielmehr setzte er – wie ein „Zauberlehrling“¹⁵ – Dynamiken in Gang, die für ihn immer schwerer zu kontrollieren waren. Die Ergebnisse seiner Reformpolitik sind deshalb deutlich von seinen ursprünglichen – und sich wandelnden – Zielen und Absichten zu unterscheiden.¹⁶ Es liegt daher auf der Hand, dass es Perzeptionsgruppen in der Bundesrepublik, die auf die sowjetische Reformpolitik blickten, nicht leicht fiel, sich eine Meinung von Gorbatschow zu machen.

Umso mehr bedurfte es eines aktiven Erwartungsmanagements, um die Entwicklung in der Sowjetunion einschätzen zu können. Dieses Erwartungsmanagement soll im Folgenden untersucht werden. Im Zentrum steht dabei eine Gruppe tschechoslowakischer Emigranten, die Anfang der 1980er Jahre Solidarność unterstützt hatten. Ihnen ist, so die These, ein erheblicher Einfluss auf die Meinungsbildung bei Sozialdemokraten, Grünen und undogmatischen Linken zuzusprechen. Sie werden daher im Folgenden als *Erwartungsmanager* betrachtet, die ihre prognostische Autorität aus verschiedenen Quellen bezogen. Diese lassen sich im Anschluss an die jüngere Migrationsforschung mit dem Begriff des *biografischen Kapitals* zusammenfassen. Die Rolle dieser Erwartungsmanager sollte verstehen helfen, wie Gorbatschow „der letzte in der Reihe der vom Westen gefeierten kommunistischen Parteiführer“ werden konnte und warum „der Westen ihm aufs

¹² Vgl. [o. V.:] Die Umfrage. Russen – Deutsche – Amerikaner, in: Klaus Liedtke (Hg.): Der Neue Flirt. Russen und Deutsche auf dem Weg zu veränderten Beziehungen. Mit der ersten Meinungsumfrage der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften, Hamburg 1989, S. 69–167, hier S. 141 f. u. 150 f. (Zitate: S. 141, 150 u. 151).

¹³ Es geht entsprechend weniger um Fragen der internationalen und transnationalen Beziehungen, die bereits recht gut untersucht sind, vgl. für den Bereich der parlamentarischen Linken zuletzt Stefan Kreuzberger: Willy Brandt und Michail Gorbatschow. Bemühungen um eine zweite „Neue Ostpolitik“ 1985–1990, Berlin 2015; Hermann Wentker: Die Grünen und Gorbatschow. Metamorphosen einer komplexen Beziehung 1985 bis 1990, in: VfZ 62 (2014), S. 481–514.

¹⁴ Vgl. Wentker, Die Grünen und Gorbatschow, S. 482 (Zitat: ebd.).

¹⁵ Wirsching, Der Preis der Freiheit, S. 30.

¹⁶ Dies betont auch György Dalos, der von einem „Weg in die Ohnmacht“ spricht (György Dalos: Gorbatschow. Mensch und Macht. Eine Biographie, München 2011, S. 264).

Wort glaubte und sich für ihn begeisterte“,¹⁷ als er versuchte, den „real existierenden Sozialismus“ zu revitalisieren.

2. Im Horizont Dubčeks: Gorbatschow-Bilder im Wirkungskreis der Exilantengruppe um Zdeněk Mlynář

Wie unterschiedlich westdeutsche Linke die Politik Gorbatschows aufnahmen, lässt sich an den verschiedenen historischen Horizonten verdeutlichen, in die sie die Perestrojka stellten. Bei der Zeitschrift *konkret*, die Anfang der 1980er Jahre das Kriegsrecht in Polen und damit die Unterdrückung der *Solidarność* gerechtfertigt hatte,¹⁸ fanden zunächst die ostentativen Lenin-Bezüge¹⁹ des neuen Kreml-Chefs Anklang. Schien den *konkret*-Autoren damit zunächst der „Sozialismus wieder unheimlich im Kommen“,²⁰ sahen sie ihn jedoch durch Gorbatschows „Neues Denken“ und baldige westlichen Anleihen früh wieder infrage gestellt. Der Umgang mit Lenin bildete für sie gleichsam den Indikator, der darüber Auskunft gab, ob sich die sowjetischen Reformen (noch) auf dem Boden des Sozialismus und der mit ihm verknüpften desiderativen Erwartungen bewege.²¹ Bereits 1988 war dies aus Sicht von *konkret*-Herausgeber Gremliza nicht mehr der Fall; Gorbatschow hatte sich hier bereits als Enttäuschung erwiesen.²²

¹⁷ François Furet: Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, München 1996, S. 619 u. 622.

¹⁸ Vgl. Marion Brandt: Hoffnungen, Ängste, Missverständnisse. Wie sich deutschsprachige Schriftsteller zur *Solidarność* in Polen äußerten (03. 10. 2015), http://www.literaturkritik.de/public/rezension.php?rez_id=21173 [12. 04. 2016]. Als zeitgenössische Kritik an Gremlizas Position vgl. Jürgen Fuchs: Der strenge Tourist aus Hamburg oder Ein Kolumnist rettet Polen, in: Heinrich Böll/Freimut Duve/Klaus Staack (Hg.): Verantwortlich für Polen?, Reinbek bei Hamburg 1982, S. 92–108.

¹⁹ Diese beschäftigten freilich auch die bundesdeutsche Ostforschung, vgl. Gerhard Wettig: Gorbatschow auf Lenin-Kurs? Dokumente zur neuen sowjetischen Politik, Köln 1988; Heinz Brahm: Ein Porträt Gorbatschows, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hg.): Sowjetunion 1988/89. Perestrojka in der Krise?, München/Wien 1989, S. 48–54.

²⁰ So die Titelfrage der Zeitschrift *konkret* 3/1987, die Herausgeber Gremliza ausdrücklich bejahte (vgl. Hermann L. Gremliza, Schick, der Bolschewik, in: *konkret* 3/1987, S. 10).

²¹ Woran erhellt, dass ein Teil der westdeutschen Linken in seinem Blick auf die Sowjetunion nach wie vor stark am „weltgeschichtlichen Bezugsrahmen“ (Jan Philipp Reemtsma: ... the bad and the ugly, in: *konkret* 12/1990, S. 26–27, hier S. 26) der Oktoberrevolution orientiert war, von dem sich selbst die Kommunistische Partei Italiens bereits Anfang der 1980er Jahre nach der militärischen Unterdrückung der *Solidarność* gelöst hatte, vgl. hierzu Heinz Timmermann: Die KPdSU und das kommunistische Parteiensystem, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hg.): Sowjetunion 1988/89. Perestrojka in der Krise?, München/Wien 1989, S. 245–253, hier S. 250 f.

²² Vgl. Konrad Sziedat: „Sozialismus wieder unheimlich im Kommen?“ UdSSR- und DDR-Debatten westdeutscher Linker 1985–91, in: Michael Mayer u. a. (Hg.): Das letzte Jahrzehnt des Sozialismus. Transformationsprozesse in der DDR und in der Sowjetunion 1985–1989/91, Moskau 2016, S. 332–341. Zur Geschichte und politischen Ausrichtung von *konkret* vgl. Ale-

Anders stellt sich die Situation bei Teilen der Sozialdemokratie, der Grünen, der Friedensbewegung und der undogmatischen Linken dar. Hier war nicht so sehr Lenin der Bezugspunkt in der Beurteilung Gorbatschows, sondern der „Prager Frühling“ von 1968, die Suche der Reformkommunisten²³ um Alexander Dubček nach einem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“.²⁴ War der Prager Frühling für weite Teile der Linken ohnehin ein wichtiges Identifikationsobjekt (gewesen),²⁵ avancierte er in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre zu einer Referenzfolie bei der Deutung der sowjetischen Perestrojka. Daraus ergaben sich andere Erwartungen und andere Enttäuschungen. Auch standen dahinter andere Vorstellungen von Sozialismus. Eine wichtige Rolle spielten in diesem Prozess, so die im Folgenden vertretene These, ehemalige Reformkommunisten aus der Tschechoslowakei, die inzwischen im Westen lebten, sich Anfang der 1980er Jahre für *Solidarność* eingesetzt hatten und über gute Kontakte zu SPD, Grünen, Friedensbewegung und undogmatischen Linken verfügten.²⁶ Im Zentrum dieser Personengruppe, die sich um die Exilzeitschrift *Listy* bewegte, lässt sich der ehemalige ZK-Sekretär der KSČ, Zdeněk Mlynář, verorten.²⁷ Mlynář verfügte, so das Argument, über ein zunächst singuläres *biografisches Kapital*, um seine Deutung Gorbatschows im Horizont Dubčeks zu untermauern: er hatte am Prager Frühling teilgenommen, war als Wissenschaftler in Ost und West tätig (gewesen) – und war mit dem neuen Kreml-Chef aus der gemeinsamen Moskauer Studienzeit persönlich bekannt.

2.1 Emigration als biografisches Kapital

Zur Biografie Mlynářs

1930 in eine jüdische Familie geboren,²⁸ trat Mlynář 1946 der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KSČ) bei. Er befasste sich intensiv mit Karl Marx (und Hegel) und las deren Schriften im deutschen Original.²⁹ In den 1950er Jahren studierte Mlynář Jura an der Moskauer Lomonossow-Universität. Hier lernte

xander Gallus, Zeitschriftenporträt: konkret, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 13 (2001), S. 227–249.

²³ Zum Reformkommunismus vgl. überblickend Silvio Pons/Michele di Donato: Reform Communism, in: Juliane Fürst/Silvio Pons/Mark Selden (Hg.): Communism. Endgames? Late Communism in Global Perspective, 1968 to the Present, Cambridge 2017, S. 178–202.

²⁴ Zu Gorbatschows Verhältnis zum „Prager Frühling“ s. u., S. 99 f.

²⁵ Siehe unten, S. 93 f.

²⁶ Die engen Beziehungen zur SPD betont Bent Boel: Western European Social Democrats and Dissidence in the Soviet Bloc during the Cold War, in: Robert Brier (Hg.): Entangled Protest. Transnational Approaches to the History of Dissent in Eastern Europe and the Soviet Union, Osnabrück 2013, S. 153–171, hier S. 159 f.; die Bedeutung der Exilanten für die Diskussion bei den Grünen und bei undogmatischen Linken wird im Folgenden herausgearbeitet.

²⁷ Auf die Bedeutung Mlynářs für die linke Ostblockdebatte weist auch Manfred Wilke hin (Gespräch mit Manfred Wilke, Tutzing, 06. 07. 2013).

²⁸ Vgl. Gerd Ruge: Michail Gorbatschow. Biographie, Frankfurt am Main 1990, S. 69.

²⁹ Vgl. Ruge, Michail Gorbatschow, S. 69.

er Michail Gorbatschow kennen und erlebte auch den Tod Josef Stalins. Zurück in der ČSSR, arbeitete er zunächst bei der Generalstaatsanwaltschaft und anschließend an der nationalen Akademie der Wissenschaften. Ab 1964 für das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei tätig, wurde er 1968 dessen Sekretär und verfasste den politischen Teil des Aktionsprogramms der KSČ. Nach der Niederschlagung des Prager Frühlings konnte Mlynář seine wissenschaftliche und politische Tätigkeit nicht fortsetzen. Er gab alle seine Funktionen auf und arbeitete zunächst in einem Museum.³⁰ Als jedoch für 1976 eine Konferenz der kommunistischen Parteien aus Ost- und Westeuropa angekündigt wurde, verfasste Mlynář eine mehrere hundert Seiten starke Analyse des Prager Frühlings und der auf dessen Niederschlagung folgenden „Normalisierungspolitik“, die er an die Führungen aller teilnehmenden Parteien sandte, so auch an den Chef des eurokommunistischen Partito Comunista Italiano (PCI), Enrico Berlinguer. Die Folge war eine nächtliche, überfallartige Hausdurchsuchung in seiner Wohnung, und Mlynář wurde fortan permanent überwacht.³¹ Wenig später gehörte Mlynář wie zahlreiche weitere Reformkommunisten zu den Initiatoren und Erstunterzeichnern der Charta 77, der bekannten Menschen- und Bürgerrechtsinitiative, die sich nach der Verabschiedung der KSZE-Schlussakte von Helsinki formierte. Mit der Veröffentlichung ihres Gründungsdokuments verlor Mlynář seine Anstellung im Museum und wurde praktisch unter Hausarrest gestellt. Gleichzeitig bot man ihm die Ausreise aus der ČSSR an. Er emigrierte nach Österreich, dessen sozialistischer Bundeskanzler Bruno Kreisky allen exilierten Chartisten politisches Asyl angeboten hatte.³² Im Exil wirkte Mlynář an der Schnittstelle von Politik und Wissenschaft (s. u.), 1989 warnte er seine tschechoslowakischen Landsleute vor einer bloßen Übernahme von Marktwirtschaft und Parlamentarismus.³³ Seine Frau, die den Begriff „Velvet revolution“ für den tschechoslowakischen Umbruch geprägt haben soll, arbeitete in dieser Zeit als Sprecherin der Bürgerplattform von Václav Havel, dem ersten nichtkommunistischen Präsidenten der ČSSR seit 1948. Mlynář starb am 15. April 1997 in Wien.³⁴

Mlynář und Gorbatschow in beziehungsgeschichtlicher Perspektive

Die Freundschaft, die Mlynář und Gorbatschow bis zuletzt verband, geht zurück auf die gemeinsame Studienzeit im Moskau der „Tauwetterperiode“. Beide waren

³⁰ Michail S. Gorbatschow/Zdeněk Mlynář: *Conversations with Gorbachev. On Perestroika, the Prague Spring, and the Crossroads of Socialism*, New York 2002, S. 41.

³¹ Vgl. [o. V.:] In Osteuropa wächst die Macht der Armee. SPIEGEL-Interview mit dem Exilpolitiker Zdeněk Mlynář, in: *Der Spiegel* 52/1981, S. 99 f., hier S. 99; Gorbatschow/Mlynář, *Conversations with Gorbachev*, S. 44 f.

³² Vgl. Gorbatschow/Mlynář, *Conversations with Gorbachev*, S. 45 f.

³³ Vgl. Victor Sebestyen: *Revolution 1989. The Fall of the Soviet Empire*, New York 2009, S. 367.

³⁴ Vgl. Brown, Archie: Introduction, in: Michail S. Gorbatschow/Zdeněk Mlynář: *Conversations with Gorbachev. On Perestroika, the Prague Spring, and the Crossroads of Socialism*, New York 2002, S. vii–xxiii, hier S. xxii, Anm. 4.

an der juristischen Fakultät der Lomonossow-Universität eingeschrieben und lebten zeitweilig im gleichen Wohnheimzimmer. Mlynář gehörte zu Gorbatschows engsten Freunden in einem lebhaft über politische Frage diskutierenden Kreis und war der erste Ausländer überhaupt, den Gorbatschow kennenlernte.³⁵ Laut Gerd Ruge war er „der dritte in der Gruppe enger Freunde“, die sich im zweiten Studienjahr kennengelernt hatte und zu der er in Gorbatschows letztem Studienjahr hinzustieß.³⁶ Gorbatschow selbst gibt an, sein „relativ enger Kreis von Freunden“ habe aus neun³⁷ bzw. achtzehn³⁸ Personen bestanden, zu denen er auch Mlynář rechnet. Er memoriert einen Dialog mit Mlynář aus der gemeinsamen Studienzeit, in dem dieser ihn ganz selbstverständlich mit seinem Spitznamen („Misha“) ansprach.³⁹ Bei dieser Praxis blieb es bis zum Schluss, wie die Gespräche Gorbatschows und Mlynářs aus den 1990er Jahren zeigen.⁴⁰ Auch dies spricht für die enge freundschaftliche Verbundenheit der beiden. Eine solche transnationale Verbindung war in den 1950er Jahren durchaus ungewöhnlich: Eine Postkarte, die Mlynář aus Prag an Gorbatschow sandte, soll vom Polizeichef persönlich übergeben worden sein – Beziehungen zu Ausländern galten auch in der Chruschtschow-Ära als verdächtig.⁴¹

Nach ihrer Studienzeit blieben Mlynář und Gorbatschow in Kontakt, wenngleich der Austausch nur lose war. 1967 besuchte der Tscheche, inzwischen für das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei tätig, Gorbatschow in Stawropol, wo dieser inzwischen zum Parteisekretär aufgestiegen war. Für Ruge ist dies ein Beleg, dass der spätere Staats- und Parteichef schon früh mit den Ideen der tschechoslowakischen Reformer des Prager Frühlings in Berührung kam.⁴² Gorbatschow berichtet über den Besuch, sein Studienfreund sei mit den Reformvorstellungen, die er vertrat, in Moskau auf „Unmut“ gestoßen.⁴³ Er memoriert zudem, er habe zur Zeit des Prager Frühlings Mlynář einen Brief geschrieben, auf den er jedoch keine Antwort erhielt. Einem KGB-Offizier zufolge sei der Brief „an eine ganz andere Adresse“, also in die Hände der Sicherheitsbehörden, gelangt.⁴⁴ Nach der sowjetischen Invasion 1968 wurden mehrere gemeinsame Studienkollegen Mlynářs und Gorbatschows von den sowjetischen Behörden über die Beziehungen der beiden zueinander befragt.⁴⁵

In den folgenden rund zwanzig Jahren bestand kein direkter Kontakt zwischen Mlynář und Gorbatschow mehr. Zwar richtete Willy Brandt 1985 bei seinem

³⁵ Vgl. Archie Brown: *Der Gorbatschow-Faktor. Wandel einer Weltmacht*, Frankfurt am Main/Leipzig 2000, S. 67. Zum Wohnheim Gorbatschows vgl. auch Karl Schlögel: *Das sowjetische Jahrhundert. Archäologie einer untergegangenen Welt*, München 2017, S. 360 f.

³⁶ Ruge, Michail Gorbatschow, S. 68.

³⁷ Michail S. Gorbatschow: *Alles zu seiner Zeit. Mein Leben*, München 2014, S. 72.

³⁸ Vgl. Michail S. Gorbatschow: *Erinnerungen*, Berlin 1995, S. 75.

³⁹ Vgl. Gorbatschow, *Alles zu seiner Zeit*, S. 72.

⁴⁰ Vgl. Brown, *Introduction*, S. xxi.

⁴¹ Vgl. Ruge, Michail Gorbatschow, S. 68.

⁴² Vgl. ebd.

⁴³ Gorbatschow, *Erinnerungen*, S. 122.

⁴⁴ Vgl. Gorbatschow, *Erinnerungen*, S. 122.

⁴⁵ Vgl. Brown, *Der Gorbatschow-Faktor*, S. 84.

Moskau-Besuch Grüße aus,⁴⁶ doch trafen sich die beiden Studienfreunde erst im Dezember 1989, nach 22 Jahren, wieder.⁴⁷ Im Februar 1990 sprachen sie dann erneut miteinander.⁴⁸

Trotz des unterbrochenen Kontakts sah sich Mlynář nach Gorbatschows Amtsantritt als der anfänglich einzige im Westen, der den neuen Kreml-Chef persönlich näher kannte. Im Gespräch mit Gorbatschow memorierte er über die Lage nach dessen Aufstieg zum Generalsekretär: „At that moment I was the only person in the West who knew you well on a personal basis, even if it was a long time back, in our student years, that we had known each other.“⁴⁹

Mlynář als Autobiograf

Die heute verfügbaren Informationen sowohl über Mlynářs Leben als auch über seine Beziehung zu Gorbatschow gehen zu einem Großteil auf Äußerungen der beiden Studienfreunde selbst zurück. Unser Wissen entstammt mithin in hohem Maße der Selbsterzählung und -historisierung der Akteure. Deshalb lohnt ein genauerer Blick auf die Narrative, mit denen wir hier konfrontiert sind, und auf ihren Entstehungskontext. Nach wie vor zentral ist Mlynářs autobiografisches Buch *Nachtfrost*, das 1978 zuerst in der Bundesrepublik erschien.⁵⁰ und anschließend ins Englische übersetzt wurde.⁵¹ Schon das Erscheinungsjahr – das Dezennium des Prager Frühlings – verdeutlicht, dass Mlynářs Erinnerungen nicht bloß ein persönliches Schicksal erzählen, sondern auch der Historisierung des tschechoslowakischen Reformversuches des Jahres 1968 gelten sollten. Mehr noch: Mit der Veröffentlichung schrieb sich Mlynář gleichsam in die westliche Linke, an die er

⁴⁶ Vgl. Ruge, Michail Gorbatschow, S. 68.

⁴⁷ Gorbatschow/Mlynář, *Conversations with Gorbachev*, S. 66.

⁴⁸ Ebd., S. 114.

⁴⁹ Ebd., S. 52. Staats- und Parteichefs hatten natürlich Gelegenheit zu Gesprächen in offiziellem Rahmen, so Willy Brandt, der als erster westlicher Politiker in Moskau empfangen wurde (vgl. Creuzberger, Willy Brandt und Michail Gorbatschow, S. 18). Doch zeigt das Beispiel Helmut Kohls, dass dies nicht selbstverständlich war: Der Bundeskanzler konnte anfangs keinen „persönlichen ‚Draht‘“ zu Gorbatschow finden; seine Einladungen an den Generalsekretär, die Bundesrepublik zu besuchen, wurden zunächst abgelehnt (Wirsching, Abschied vom Provisorium, S. 552). Demgegenüber hatte Außenminister Hans-Dietrich Genscher bereits im Juli 1986 bei einem Treffen mit Gorbatschow den Eindruck gewonnen, der Kreml-Chef sei es ernst im Bemühen um einen neuen Politik (vgl. Einleitung, in: Horst Möller/Ilse Dorothee Pautsch/Gregor Schöllgen/Hermann Wentker/Andreas Wirsching/Heike Amos/Tim Geiger [Hg.]: *Die Einheit. Das Auswärtige Amt, das DDR-Außenministerium und der Zwei-plus-Vier-Prozess*, Göttingen 2015, S. 7–56, hier S. 11). Genscher kommunizierte seine positiven Erwartungen auch frühzeitig nach außen, etwa wenn er in Davos forderte, Gorbatschow „ernst“ und „beim Wort“ zu nehmen. Zugleich bestand er aber auch darauf, dass den Worten Taten folgen müssten (vgl. Hans-Dieter Heumann: Hans-Dietrich Genscher. *Die Biographie*, Paderborn 2012, S. 186 f. [Zitate: S. 186]).

⁵⁰ Zdeněk Mlynář: *Nachtfrost. Erfahrungen auf dem Weg vom realen zum menschlichen Sozialismus*, Frankfurt am Main 1978.

⁵¹ Zdeněk Mlynář: *Nightfrost in Prague. The End of Humane Socialism*, New York 1980.

sein Buch primär adressierte, ein.⁵² Schon der Verlag, der das Buch publizierte, zeigte dies an: Es handelte sich um die Europäische Verlagsanstalt in Hamburg, die in der Nachkriegszeit von Mitgliedern des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) gegründet worden war. Der ISK war eine Gruppe ehemaliger SPD- und KPD-Mitglieder in der Weimarer Republik und im Widerstand gegen das NS-Regime gewesen. Zu den Autoren der Europäischen Verlagsanstalt (EVA) gehörten anfangs Arthur Rosenberg, Eugen Kogon und Hannah Arendt, später etwa Wolfgang Abendroth und Erich Fromm sowie mit Ossip K. Flechtheim, Iring Fetscher und Rudolf Bahro prominente Unterstützer von *Solidarität mit Solidarność*.⁵³ Zum zwanzigsten Jubiläum des Prager Frühlings erschien eine Neuauflage bei Athenäum in Frankfurt am Main. Mlynář erklärte im Vorwort, durch die Politik Gorbatschows seien seine Erinnerungen an den Prager Frühling, einst als Erinnerungen an eine abgeschlossene Epoche geschrieben, wieder ungeahnt aktuell.⁵⁴

Mlynář als Wissenschaftler

Lässt sich bereits Mlynářs Tätigkeit im Prag der 1960er Jahre – an der tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften – als eine Art Politikberatung lesen,⁵⁵ arbeitete er im Exil für das Internationale Institut für angewandte Systemanalyse (IIASA), dessen Auftrag damals der akademische Brückenschlag zwischen Ost und West war und bis heute die wissenschaftlich fundierte Politikberatung zu globalen Fragen ist.⁵⁶ Das von US-Präsident Lyndon B. Johnson und SU-Ministerpräsident Alexej Kossygin initiierte, gleichwohl unabhängige Forschungsinstitut in Laxenburg bei Wien zählte zu seinen Gründungsmitgliedern die amerikanische National Academy of Sciences und die westdeutsche Max-Planck-Gesellschaft, aber auch die Akademien der Wissenschaften der UdSSR und DDR. Mlynářs Karriere erscheint insofern trotz Emigration bemerkenswert ungebrochen, verlief sie doch – nach jahrelanger Unterbrechung – weiter auf dem Feld der unabhän-

⁵² Wie Akteure sich mit Autobiografien in Kollektive einschreiben, hat Volker Depkat in seiner Habilitationsschrift vorgeführt (Volker Depkat: *Lebenswenden und Zeitenwenden. Deutsche Politiker und die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts*, München 2007).

⁵³ Zur Geschichte der EVA vgl. Sabine Groenewold (Hg.): *Mit Lizenz. Geschichte der Europäischen Verlagsanstalt 1946–1996*, Hamburg 1996. Zum ISK vgl. Heiner Lindner: „Um etwas zu erreichen, muss man sich etwas vornehmen, von dem man glaubt, dass es unmöglich sei“. Der Internationale Sozialistische Kampf-Bund (ISK) und seine Publikationen. Zugleich Einleitung zur Internetausgabe der Zeitschrift „Renaissance“, Juli bis Oktober 1941, sowie der Pressekorrespondenzen „Germany speaks“ und „Europe speaks“, 1940, 1942 bis 1947, Bonn 2006.

⁵⁴ Vgl. Zdeněk Mlynář: *Nachtfrost*, Frankfurt am Main ²1988, S. VII ff.

⁵⁵ Vgl. Ralf Kessler: *Politikberatung in DDR und ČSSR der 60er Jahre vor dem „Prager Frühling“*, in: Heinz-Gerhard Haupt/Jörg Requate (Hg.): *Aufbruch in die Zukunft. Die 1960er Jahre zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel. DDR, ČSSR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich*, Weilerswist 2004, S. 233–248, hier S. 244 f.

⁵⁶ Vgl. History of IIASA, http://www.iiasa.ac.at/web/home/about/whatisiiasa/history/history_of_iiasa.html (23. 03. 2016) [30. 03. 2016].

gigen, gleichwohl nicht völlig staatsfernen Politikberatung. In diesen Bereich rechnet auch eine Expertise Mlynářs⁵⁷ für das Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln (BIOst), das die Bundesregierung in Fragen des Ostblocks und des internationalen Kommunismus beriet.⁵⁸

Mlynářs Tätigkeit lässt sich jedoch keineswegs auf diese Form von Politikberatung reduzieren. Vielmehr leitete er auch zwei eigene Forschungsprojekte, die direkt auf politische Intervention zielten, an deren Finanzierung sich diverse Kulturinstitute und Universitäten sowie die Sozialistischen Internationale beteiligten.⁵⁹ Diese Projekte richteten sich speziell an die westliche Linke und hatten zum Ziel, die Erfahrungen des Prager Frühlings weiterzugeben und auf die aktuelle Situation im Ostblock zu beziehen. So hieß es:

„Vor zwei Jahren wurde in Wien ein interessantes Forschungsprojekt ins Leben gerufen: Studien zum ‚Prager Frühling‘ und sich daraus für die westeuropäische Linke ergebende Implikationen. Ziel dieser Forschungsarbeiten, an denen sich Fachleute aus den Reihen der Exiltschechoslowaken beteiligen, ist es, der westeuropäischen Linken (im weitesten Sinn des Wortes) Erfahrungen aus der Tschechoslowakei mitzuteilen, die für die Lösung theoretischer und politischer Konzeptionsprobleme im Zusammenhang mit dem demokratischen Sozialismus in Westeuropa von Bedeutung sind oder sein könnten.“⁶⁰

Die (stets mehrsprachig veröffentlichten) Gutachten in den Kontext des „Samizdat“ – das heißt der illegalen Untergrundliteratur – zu stellen, wie dies der italienische Slavist Alessandro Catalano tut,⁶¹ ist sicher anfechtbar. Tatsächlich aber stammten die Autoren zum Großteil aus dem Kreis der Exil- und Untergrundzeitschrift *Listy* („Blätter“),⁶² welche die Periodika LN, LL und L aus dem Prag der 1960er Jahre fortführte und sich als Stimme der „tschechoslowakischen demokratischen Sozialisten“⁶³ bzw. der „tschechoslowakischen sozialistischen Opposition“⁶⁴ im Exil verstand.

So waren an Mlynářs Forschungsprojekten (bis auf einen) alle seine Kollegen aus dem Sprecherkollegium der *Listy*-Gruppe beteiligt: Jiří Pelikán, während des Prager Frühlings Leiter des tschechoslowakischen Fernsehens und im italieni-

⁵⁷ Zdeněk Mlynář: Ideologische und politische Richtungen innerhalb der Bürgerrechtsbewegung in der heutigen Tschechoslowakei, Köln 1978.

⁵⁸ Vgl. oben, S. 17 ff.

⁵⁹ Vgl. Alessandro Catalano: Il samizdat tra dialogo e monologo. Le attività editoriali di Zdeněk Mlynář e la scelta degli interlocutori, in: eSamizdat. Rivista di culture dei paesi slavi 8 (2010–2011), S. 261–280, hier S. 271. Eine umfangreichere Fassung des Beitrags existiert auf Tschechisch (Alessandro Catalano: Zdeněk Mlynář a hledání socialistické opozice. Od aktivní politiky přes disent až k ediční činnosti v exilu [Zdeněk Mlynář und die Suche nach einer sozialistischen Opposition. Vom aktiven Politiker zum Dissens zur editorischen Arbeit im Exil], in: Soudobé Dějiny [2013], Nr. 3, S. 277–344).

⁶⁰ Forschungsprojekt über „Realsozialismus“, in: *Listy* 3/1980, S. 27.

⁶¹ So bei Catalano, Il samizdat tra dialogo e monologo.

⁶² Zu *Listy* im Kontext vgl. Alexander von Plato/Tomáš Vilímek/Piotr Filipkowski/Joanna Wawrzyniak: Opposition als Lebensform. Dissidenz in der DDR, der ČSSR und in Polen, Münster 2013, S. 395.

⁶³ LISTY-Redaktion: LN, LL, L, in: *Listy* 4/1980, S. 30 f.

⁶⁴ So im Untertitel der deutschsprachigen Ausgabe.

schen Exil Europaabgeordneter für die Sozialistische Partei, Zdeněk Hejzlar, der nach Stockholm emigriert war, und Michal Reiman, Professor für Politikwissenschaft an der FU Berlin mit Verbindungen zu den Grünen⁶⁵ und zum Sozialistischen Osteuropakomitee Hamburg.⁶⁶ Alle drei waren – wie Mlynář – als Mitglieder der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei am Prager Frühling beteiligt gewesen und nach dessen Niederschlagung aus der Partei ausgeschlossen und außer Landes gedrängt worden. Gleiches gilt für einige weitere Beteiligte von Mlynářs Projekten, die ebenfalls zur *Listy*-Gruppe zählten, so für Ota Šik, der nach der Emigration als Ökonomieprofessor in der Schweiz arbeitete und seine Lehre vom „Dritten Weg“ in den Gründungsprozess der Grünen, aber auch in die Programmentwicklung der westdeutschen und internationalen Sozialdemokratie einbrachte,⁶⁷ für Jiří Kosta,⁶⁸ Professor für sozialistische Wirtschaftssysteme an der Universität Frankfurt und Mitherausgeber des sozialdemokratischen Theorieorgans *perspektiven des demokratischen sozialismus*, und für Tomaš Kosta, Leiter des gewerkschaftlichen *bund*-Verlags, ein in der SPD-Spitze gut vernetzter Sozialdemokrat⁶⁹ und neben Heinrich Böll, Günter Grass und Carola Stern einer der Gründer und Herausgeber der Zeitschrift *L'76* (wie auch ihrer Nachfolgerin *L'80*), die sich als Forum für „Demokratie und Sozialismus“⁷⁰ in Ost und West verstand und deshalb auch für die polnische *Solidarność* eingesetzt hatte.⁷¹

Listy und die *Solidarność*-Hilfe

Der Mlynář-Kreis lässt sich somit als ein transnationales Netzwerk emigrierter Akademiker betrachten, die sich als Bestandteil der westlichen Linken verstanden, politisch im Kontext der Sozialdemokratie und der Grünen – wie auch der Friedensbewegung (s. u.) – agierten und deren politisches Ziel es war, Demokratie und Sozialismus miteinander zu verbinden,⁷² um damit eine Alternative zu den beste-

⁶⁵ Vgl. unten, S. 88.

⁶⁶ Greifbar etwa in dem von Michal Reiman edierten SOK-Heft „Frühling in Moskau. Werden Lenins Erben mündig?“, Hamburg 1987.

⁶⁷ Vgl. Ota Šik: Towards an Humane Economic Democracy, in: EID 1 (1980), Nr. 3, S. 313–342; Ota Šik: Für eine zielbewußte Wirtschaftsdemokratisierung, in: pds 3 (1986), Nr. 1, S. 26–47; Ota Šik/Karl-Friedrich Raible: Rezension von Leland G. Stauber: A New Program for Democratic Socialism, Carbondale 1987, in: EID 9 (1988), Nr. 4, S. 546–549; Ota Šik: On Programme Proposals for Social Democratic Parties. A Reply to Leland G. Stauber, in: EID 11 (1990), Nr. 1, S. 147–152.

⁶⁸ Zu Kosta vgl. autobiografisch Jiří Kosta: Nie aufgegeben. Ein Leben zwischen Bangen und Hoffen, Berlin 2001; hierzu Manfred Wilke: Rezension zu: Kosta, Jiří: Nie aufgegeben. Ein Leben zwischen Bangen und Hoffen, Berlin 2001, in: ZdF (2002), Nr. 11, S. 174 f.

⁶⁹ So die Erinnerung Michal Reimans, vgl. Dieter Segert: Prager Frühling. Gespräche über eine europäische Erfahrung, Wien 2008, S. 162.

⁷⁰ So der Untertitel beider Zeitschriften.

⁷¹ Siehe oben, Kap. II.

⁷² So nimmt Mlynář rückblickend in Anspruch, seit 1963 auf der Suche nach einer Verbindung von Demokratie und Sozialismus gewesen zu sein, vgl. Gorbatschow/Mlynář, *Conversations with Gorbachev*, S. 57 ff.

henden Gesellschaften in Ost wie West zu weisen. Hierin liegt bei allen Differenzen die zentrale Parallele zur Initiative *Solidarität mit Solidarność*, und hierin besteht auch eine Verbindung zu den programmatisch ähnlich gelagerten Kampagnen für Wolf Biermann und Rudolf Bahro, an die *Solidarität mit Solidarność* angeknüpft hatte. In der Tat hatten sich Mitglieder der Listy-Gruppe sowohl hinter Bahro⁷³ (zu dem sie in der Folge gute Kontakte pflegte⁷⁴) als auch hinter Solidarność⁷⁵ gestellt. Und ähnlich wie *Solidarität mit Solidarność* hatte sie die entspannungspolitische Zurückhaltung, die etwa SPD- und DGB-Führung in Sachen Polen übten, kritisiert. „Es ist unverständlich, daß sich hier und da unter den Repräsentanten des demokratischen Sozialismus Menschen finden, die fürchten, daß die Ereignisse in Polen oder ähnliche Entwicklungen in anderen Ländern zu einer Destabilisierung Osteuropas und damit zu einer Bedrohung der Entspannungspolitik führen könnten“, hatte Jiří Pelikán erklärt.

Pelikán plädierte für ein grundlegend anderes Verständnis der Entspannungspolitik. Diese sei aus sozialistischer Perspektive als „ein Instrument zur Überwindung des Status quo und der Blockpolitik“ zu betrachten, „um Spielraum zu schaffen für demokratische soziale Veränderungen im Osten und Westen“. Wie *Solidarität mit Solidarność* ging es der Listy-Gruppe um verflochtene Transformationen in beiden Teilen Europas im Zeichen von Demokratie und Sozialismus. Aus diesen Erwartungen leitete sich auch die Unterstützung für Solidarność her: „Von diesem Standpunkt aus gesehen ist die Aktion und der Kampf der polnischen Arbeiter um eine Demokratisierung ein bedeutender Beitrag zu wirklicher Entspannung und Stabilität in Europa und insbesondere zur Stärkung der Ideen eines demokratischen Sozialismus im Osten wie im Westen.“ Folglich musste es in Pelikáns Augen „für die Linke eine Selbstverständlichkeit sein, ihre vorbehaltlose politische und moralische Solidarität mit den polnischen Arbeitern und ihren neuen Gewerkschaften zu erklären und ihnen jede Hilfe, auch materielle, zu gewähren“.⁷⁶ Der ehemalige Reformkommunist erblickte in der polnischen Streikbewegung und in der Gründung unabhängiger Gewerkschaften sogar das für Osteuropa „wichtigste politische Ereignis seit dem Prager Frühling“. Damit stimulierte er, ähnlich wie *Solidarität mit Solidarność*, gezielt die Erwartungen seiner Adressaten – erst recht, wenn er die polnische Gewerkschaftsbewegung als einen „Appell und eine Hoffnung für die gesamte europäische Linke“ bezeichnete.⁷⁷ Erwartungen weckte auch Zdeněk Mlynář, wenn er über Polen und die Solidarność schrieb, es bestehe „Hoffnung, daß sich etwas Neues im Rahmen der gesellschaftspolitischen System des sowjetischen Blocks herauschält“.⁷⁸

⁷³ Vgl. Zdeněk Hejzlar/Zdeněk Mlynář/Adolf Müller/Jiří Pelikán: Freiheit für Rudolf Bahro, in: Listy 20/1978, S. 1. Siehe auch Anhang Abb. 4.

⁷⁴ Vgl. Segert, Prager Frühling, S. 156.

⁷⁵ Vgl. Zdeněk Hejzlar/Zdeněk Mlynář/Adolf Müller/Jiří Pelikán/Michal Reiman: Hände weg von Polen, in: Listy 4/1980, S. 2.

⁷⁶ Jiří Pelikán: Lehren aus dem polnischen Sommer, in: Listy 4/1980, S. 3–11, hier S. 11.

⁷⁷ Ebd., S. 3.

⁷⁸ Zdeněk Mlynář: Entwicklungsmöglichkeiten in Polen, in: Listy 6/1981, S. 5–13 (Hervorhebung im Original).

In der Bundesrepublik gehörten die Brüder Jiří und Tomáš Kosta sowie mit Milan Horáček der ehemalige Redakteur⁷⁹ der deutschsprachigen Ausgabe von *Listy* zu den Unterstützern von *Solidaritát mit Solidarność*.⁸⁰ Horáček war „eng“ mit Rudi Dutschke befreundet gewesen,⁸¹ der sich ebenfalls an den Kampagnen für Biermann und Bahro beteiligt hatte⁸² und dessen Engagement gleichfalls einer Verbindung von Demokratie und Sozialismus – in nationaler Einheit Deutschlands,⁸³ auch dies eine Parallele zur *Listy*-Gruppe⁸⁴ – gegolten hatte. In einem persönlichen Nachruf würdigte Horáček Dutschkes „Engagement für einen menschengerechten Sozialismus“,⁸⁵ und für die Sprecher der *Listy*-Gruppe war Dutschke „einer von uns“. ⁸⁶ Jiří und Tomáš Kosta wiederum richteten gemeinsam mit Adolf Müller und Michal Reiman (zwei weiteren *Listy*-Mitgliedern, die in der Bundesrepublik lebten) einen Brief an das SPD-Präsidium, in dem sie die Haltung der Parteiführung zu Polen kritisierten. Sie taten dies ausdrücklich als frühere Teilnehmer des Prager Frühlings und im Bewusstsein, „daß die Sorgen, die wir in unserem Brief ausgedrückt haben, von allen unseren uns nahestehenden Freunden geteilt werden“. Sie unterschrieben jedoch nur zu viert, „damit wir verhindern, daß eine Publizität zustande kommt“. ⁸⁷ Es ging also um eine diskrete Kritik an den sozialdemokratischen Spitzenpolitikern, denen die Verfasser mit der Anrede „Werte Genossen“ ihre grundsätzliche Loyalität bekundeten. In ihrem Schreiben riefen sie „die SPD zur Solidarität mit den in den Untergrund verdrängten und verfolgten Mitgliedern der ‚Solidarnosc‘“ auf und erklärten, die „bisherige Zurückhaltung“ der Partei gegenüber einer Verurteilung des Militärzustands in Polen

⁷⁹ Wie geheime Dokumente der DDR-Staatssicherheit nahelegen, war Horáček auf Betreiben der SPD von seinem Leitungsposten bei der Zeitschrift entfernt worden, als er sich den Grünen angenähert hatte (Beziehungen der SPD zur ideologischen Divisionsgruppe von Jiri Pelikan, BStU, MfS Abt. X, Nr. 809, S. 130 f., hier S. 130, die Namen sind dort geschwärzt, Horáček ist jedoch aus dem Kontext erkennbar). Dieser Umstand verdeutlicht die enge Bindung der *Listy*-Gruppe und ihrer Zeitung an die SPD. Michal Reiman memoriert, dass sogar eine formale Affiliation an die Sozialistische Internationale erwogen wurde, die aber letztlich nicht zustande kam (vgl. Segert, Prager Frühling, S. 162; Boel, Western European Social Democrats and Dissidence in the Soviet Bloc during the Cold War, S. 160). Der SPD-Außenpolitiker Karsten D. Voigt teilt mit, dass die Zeitschrift *Listy* von der SPD mit mehreren Tausend DM finanziert worden sei (Information von Karsten D. Voigt, übermittelt von Getrud Lenz [AdsD], per E-Mail, 20. 06. 2013).

⁸⁰ Vgl. Anhang Abb. 2.

⁸¹ Milan Horáček: Rudi Dutschke, in: *Listy* 1/1980, S. 24.

⁸² Vgl. Michael März: Linker Protest nach dem Deutschen Herbst. Eine Geschichte des linken Spektrums im Schatten des „starken Staates“, 1977–1979, Bielefeld 2012, S. 339 ff.

⁸³ Vgl. Tilman Fichter/Siegward Lönnendonker: Einleitung, in: dies. (Hg.): Dutschkes Deutschland. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund, die nationale Frage und die DDR-Kritik von links. Eine deutschlandpolitische Streitschrift mit Dokumenten von Michael Mauke bis Rudi Dutschke, 2., durchges. und erg. Aufl., Essen 2011, S. 34 ff.

⁸⁴ Vgl. Reimans Bemerkung in Segert, Prager Frühling, S. 162.

⁸⁵ Horáček, Rudi Dutschke, in: *Listy* 1/1980, S. 24.

⁸⁶ Zdeněk Hejzlar/Zdeněk Mlynář/Adolf Müller/Jiří Pelikán/Michal Reiman: Rudi Dutschke, in: *Listy* 1/1980, S. 24.

⁸⁷ AdsD, Dep. Kosta, Box 4, Tomáš Kosta an Willy Brandt, 26. 01. 1982.

habe sie „tief enttäuscht“. Die Gewerkschafter in Polen warteten auf eine „unüberhörbare Bekundung der Solidarität seitens der westdeutschen Linken, insbesondere aber ihrer beiden stärksten Formationen – der SPD und des DGB“. Die Sozialdemokratie dürfe, so die Autoren, diese „Erwartungen nicht enttäuschen“. Auch müssten „demokratische Sozialisten in der Bundesrepublik“ schon um ihrer eigenen „Glaubwürdigkeit“ willen „hinreichend vernehmbar und unzweideutig eine Diktatur, die den Namen des Sozialismus schändlich mißbraucht, verurteilen“. Die Verurteilung des polnischen Kriegszustands dürfe nicht konservativen Politikern wie Strauß und Reagan überlassen, die „die ‚Fahne der Freiheit‘ im Falle Polens wortlaut [sic] schwingen, während sie gleichzeitig die diktatorischen und faschistoiden Regime in der Türkei und in Lateinamerika offen unterstützen“. ⁸⁸

Listy und blockübergreifende Friedens- und Menschenrechtsbewegung

Zeigte sich die *Listy*-Gruppe über die gouvernementale Entspannungspolitik der SPD angesichts des polnischen Kriegszustands „tief enttäuscht“ (s. o.), engagierte sie sich für blockübergreifenden Wandel „von unten“. Sie gehörte etwa zu den Gründern des *Europäischen Netzwerks Ost-West-Dialog*⁸⁹, das für die Bemühungen östlicher Dissidenten und Emigranten sowie westlicher Pazifisten um eine blockübergreifende Friedensbewegung steht. Das Netzwerk wurde 1984 im italienischen Perugia ins Leben gerufen. Dort trafen sich die Unterstützer der Kampagne *European Nuclear Disarmament* (END) zu einer Konferenz. Zahlreiche Dissidenten aus dem „Ostblock“ waren an einer Teilnahme gehindert worden; dafür waren die offiziellen Friedensräte ihrer Länder stark präsent. Einige westeuropäische Teilnehmer reagierten mit Protest, und es formierte sich das *Europäische Netzwerk* als alternativer Zusammenschluss unabhängiger Akteure aus beiden Teilen Europas. Im Sekretariat waren neben der *Listy*-Gruppe Vertreter des polnischen KOS und der *Solidarność* im Exil, der Westberliner *Initiative Ost-West-Dialog* und mehrerer Friedensgruppen aus beiden Teilen Europas vertreten.⁹⁰ Ziel war es, „die mehr oder weniger isoliert voneinander Bestehenden Ansätze des Ost-West-Dialoges ‚von unten‘ miteinander zu verknüpfen“.⁹¹ In einer *Erklärung für den Frieden in Europa*, die noch in Perugia bekannt gegeben wurde, forderte man neben der „Durchsetzung von Abrüstungsschritten“ die „volle Respektierung der Menschenrechte“. Zudem plädierte man für eine „neufundierte Entspannungspolitik“, die nicht mehr primär gouvernemental, sondern vor allem „von unten“ erfolgen müsse. Sie sollte den „militärischen Bereich“ und den „Abbau von Feind-

⁸⁸ AdsD, Dep. Kosta, Box 4, Jiří Kosta, Tomáš Kosta, Adolf Müller u. Michal Reiman an das Präsidium der SPD, 25. 01. 1982.

⁸⁹ Vgl. Initiative Ost-West-Dialog (Hg.): Der Frieden ist unteilbar. Für ein Europa jenseits der Blöcke, Berlin 1985, S. 155.

⁹⁰ Vgl. Metger, Getrennt durch den Eisernen Vorhang?, S. 82 f.

⁹¹ Zit. nach ebd., S. 82 f.

bildern“ einschließen und auf „lebendigen Friedenspartnerschaften in allen gesellschaftlichen Bereichen“ beruhen.⁹²

Zu den westdeutschen Unterzeichnern der Erklärung gehörten hauptsächlich Personen, die sich schon an der Initiative *Solidarität mit Solidarność* beteiligt hatten – so deren Initiator Jakob Moneta, aber auch Elmar Altvater, Wolf-Dieter Narr und Klaus Vack vom Sozialistischen Büro (Letzterer war zudem Sekretär des Komitees für Grundrechte und Demokratie), Lukas Beckmann, Joschka Fischer, Milan Horáček und Petra Kelly von den Grünen, Peter von Oertzen von der SPD sowie Wolf Biermann, Jürgen Fuchs, Lew Kopelew, Raissa Orłowa-Kopelew aus dem Kreis der Emigranten. Unter den weiteren Unterzeichnern waren György Dalos und György Konrád aus Ungarn, Bärbel Bohley und Katja Havemann aus der DDR, acht Vertreter der Charta 77 und der emigrierte Solidarność-Funktionär Zgbiniew Kowalewski. Für die *Listy*-Gruppe unterschrieben Zdeněk Hejzlar (Schweden), Zdeněk Mlynář (Österreich), Jiří Pelikán (Italien), Adolf Müller, Michal Reiman (beide Bundesrepublik) und weitere (s. Anhang Abb. 5).⁹³ Anlässlich der KSZE-Nachfolgekonferenz 1986 in Wien wandte sich das Netzwerk mit einem Memorandum an die Öffentlichkeit. Das Motto lautete: „Das Helsinki-Abkommen mit wirklichem Leben füllen.“⁹⁴

Mlynářs Engagement für Wandel „von unten“ zeigt sich auch an seiner Beteiligung an der besonders von Dissidenten und Emigranten geführten Debatte um die Zukunft „Mitteleuropas“. ⁹⁵ Die Diskutanten entstammten größtenteils der unabhängigen, blockübergreifenden Friedensbewegung, und auch im Kontext der Solidarność-Solidarität hatte der Mitteleuropa-Begriff bereits eine Rolle gespielt.⁹⁶ Mlynář hatte schon Anfang der 1980er Jahre eine Studie über „Normalisierungsprozesse“ im sowjetisierten Mitteleuropa⁹⁷ vorgelegt. Mitte des Jahrzehnts beteiligte er sich dann an dem Sammelband „Traumland Mitteleuropa?“, den der renommierte Politikwissenschaftler Werner Weidenfeld herausgab. Schon der Titel verdeutlicht, dass es dem Band um die Aushandlung von Erwartungen, also um Erwartungsmanagement, ging. Dabei zielte der Begriff „Mitteleuropa“ erkennbar auf verflochtene Transformationen in Ost und West und Überwindung der Blockkonfrontation. Mlynář verknüpfte in seinem Beitrag Vergangenheit und Zukunft zu einem geschichtlich legitimierten Erwartungsbild. Dazu deutete er die vergan-

⁹² Initiative Ost-West-Dialog: Erklärung für den Frieden in Europa. Die wesentlichen Inhalte einer blockübergreifenden Friedenspolitik, in: Initiative Ost-West-Dialog (Hg.): Der Frieden ist unteilbar. Für ein Europa jenseits der Blöcke, Berlin 1985, S. 144–147, hier S. 144 f.

⁹³ Vgl. Initiative Ost-West-Dialog, Erklärung für den Frieden in Europa. S. 146 f.

⁹⁴ Vgl. Metger, Getrennt durch den Eisernen Vorhang?, S. 84.

⁹⁵ Zum dissidentischen Mitteleuropadiskurs der 1980er Jahre vgl. Sebastian Richter: Mitteleuropäische Antipolitik. Zur Selbstverortung von Oppositionellen im Staatssozialismus, in: Martin Teplý/Michael Meissner (Hg.): Europäisches Geschichtsbild als Instrument zur Identitätsstiftung. Anspruch und Wirklichkeit einer Idee, Hamburg 2006, S. 163–192.

⁹⁶ Vgl. etwa Sozialistisches Büro: Solidarität mit Solidarność. Erklärung des Sozialistischen Büros, in: links 14 (1982), Nr. 142, S. 2.

⁹⁷ Włodzimierz Brus/Pierre Kende/Zdeněk Mlynář: „Normalisierungsprozesse“ im sowjetisierten Mitteleuropa. Ungarn, Tschechoslowakei, Polen, Köln 1982.

genen Reformversuche und Aufstände im „Ostblock“ als Teil einer langen Suche nach einer Alternative zu den Verhältnissen in den Warschauer Pakt- wie auch NATO-Staaten. Die Ereignisse in Ungarn und Polen 1956 sowie in der ČSSR 1968 kennzeichnete er als „Versuche [...], das vorherrschende System zu ändern, also einen dritten Weg zu gehen, weder den sowjetischen noch den des westlichen Blocks“. In Ungarn habe sich dies in Orientierung am österreichischen Modell vollzogen, in der Tschechoslowakei als „Versuch, die mitteleuropäische Tradition zur Geltung zu bringen und eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, die mit politischer Demokratie westlicher Prägung verbunden sein sollte“.

Dieses Erwartungsbild verknüpfte Mlynář anschließend mit der sowjetischen Perestrojka: „Kann sein, daß bei der sowjetischen Entwicklung in Richtung einer Systemreform, die wir heute unter der Gorbatschow-Führung im Anfangsstadium beobachten können, auch diese Reformversuche der mitteleuropäischen Staaten eine gewisse Rolle spielen.“⁹⁸ Dies lässt sich als Erwartungsmanagement lesen: Gorbatschow wird – wenn auch mit Fragezeichen – in die Tradition der enttäuschungsträchtigen Jahre 1956 und 1968 gestellt; die mit diesen Jahreszahlen verbundenen Hoffnungen scheinen damit – unter Vorbehalt – wieder aktuell. Was die Perspektive eines eigenständigen Mitteleuropas anging, so gab Mlynář die Schätzung ab, dass in Polen, Ungarn, der DDR und der ČSSR vermutlich 70 bis 80 Prozent der Bevölkerung für die Blockfreiheit und Neutralität ihrer Länder seien.⁹⁹ Kann dies als Erwartungswekung interpretiert werden, lässt Mlynářs Diskussionsbeitrag zugleich auch Erwartungsdämpfung erkennen. Zwar könne – innen- und außenpolitische Reformfolge in der Sowjetunion vorausgesetzt –, für den „sowjetisierten Teil Mitteleuropas“ durchaus ein „größerer Spielraum für autonomes Verhalten“ entstehen; jedoch sei die „Vision eines Gürtels von neutralen mitteleuropäischen Staaten“ unrealistisch.¹⁰⁰

Mlynář und seine Mitstreiter als linke Kritiker des „Ostblocks“

An Mlynářs Forschungsprojekten waren neben Mitgliedern der *Listy*-Gruppe auch Emigranten aus anderen Ländern des „Ostblocks“ beteiligt, so der in Oxford lebende Ökonomieprofessor Włodzimierz Brus aus Polen und die ungarische Philosophin Ágnes Heller, einst „Lieblingsschülerin“ des verfeimten Marxisten György Lukács (so Iring Fetscher, der sie als „meine alte Freundin“ bezeichnete¹⁰¹), dem

⁹⁸ Zdeněk Mlynář: Mitteleuropa im Ost-West-Konflikt, in: Sven Papcke/Werner Weidenfeld (Hg.): Traumland Mitteleuropa? Beiträge zu einer aktuellen Kontroverse, Darmstadt 1988, S. 46–56, hier S. 50.

⁹⁹ Mlynář, Mitteleuropa im Ost-West-Konflikt, S. 51.

¹⁰⁰ Ebd., S. 53 u. 55 f.

¹⁰¹ AdsD, Dep. Fetscher, 1/IFAA000030, Iring Fetscher an Willy Brandt, 22.02.1989, S. 1. Mit der Verbindung zu Lukács warben auch die Projekte Mlynářs, etwa wenn Heller als „une représentante de ce qu'on appelle l'école de Lukacs“ vorgestellt wurde (Zdeněk Mlynář/Jiří Pelikán: Budapest, Prague, Varsovie. Le Printemps de Prague 15 ans après, Paris 1983, S. 7).

ein großer Einfluss auf die Neue Linke gerade im Westen attestiert wird¹⁰² und den einige Ende der 1980er Jahre als „den Wegbereiter der kulturellen Koexistenz auf Gorbatschow-Kurs“¹⁰³ sahen. Heller und ihr Mann Ferenc Fehér lehrten an der Universität Sidney; 1986 übernahm Heller den Lehrstuhl Hannah Arendts an der New School for Social Research in New York. Heller und Fehér entwickelten eine marxistische Kritik der Gesellschaften des Ostblocks, die sie monografisch vorlegten und als „Diktatur über die Bedürfnisse“ kennzeichneten.¹⁰⁴

Als ihre „emotionalen und intellektuellen Beweggründe“ für die Abfassung dieses Buchs nannten sie, das „beängstigende System innerer und äußerer Unterdrückung“ im Ostblock ins Bewusstsein zu rücken und „allen bestehenden Illusionen über seine wahre Physiognomie den Boden zu entziehen“. Sie wandten sich dabei vor allem an die westliche Linke: „Die sozialistische, aber antileninistische Tendenz einer osteuropäischen Opposition, wie sie unsere Theorie darstellt, mag diejenige[n] Linken ansprechen, deren eigenes Ziel der Sozialismus im Sinne einer radikalisierten Demokratie, nicht im Sinne einer wie immer gearteten Diktatur ist.“ Sie selbst bezogen sich ausdrücklich positiv auf den Sozialismusbegriff und betonten, „daß die Welt nicht *weniger*, sondern *mehr* Sozialismus braucht, als sie heute hat!“¹⁰⁵

Rot trotz Repression: Emigrierte Dissidenten als Autoritäten innerhalb der westlichen Linken

Der Stellenwert einer autoritativen „Ostblockkritik von links“, wie sie der Kreis um Mlynář betrieb, zeigt sich an einer Debatte in der linksalternativen *tageszeitung*. Im Februar 1987, einem ersten Höhepunkt der westdeutschen Beschäftigung mit Gorbatschow,¹⁰⁶ publizierte die *taz* eine Diskussionsreihe über die sowjetische Perestrojka – und ließ dabei vornehmlich Exilanten aus dem Ostblock zu Wort kommen, u. a. Wolf Biermann, Rudolf Bahro und Zdeněk Mlynář. Als man wenige Monate später innerhalb der Grünen-Fraktion über die Politik Gorbatschows beriet, zählten die *taz*-Artikel der genannten Exilanten zur Vorbereitungslektüre;

¹⁰² Vgl. Hanno Plass: Nachwort, in: ders. (Hg.): *Klasse Geschichte Bewusstsein. Was bleibt von Georg Lukács' Theorie?*, S. 303–309, hier S. 303.

¹⁰³ AdsD, Dep. Fetscher, 1/IFAA000030, Frank Benseler [ein Frankfurter Soziologie-Professor] an Iring Fetscher, 05. 04. 1989.

¹⁰⁴ Ágnes Heller/Ferenc Fehér/György Márkus: *Der sowjetische Weg. Bedürfnisdiktatur und entfremdeter Alltag*, Hamburg 1983, S. 343.

¹⁰⁵ Heller/Fehér/Márkus, *Der sowjetische Weg*, S. 9 u. 14 (Hervorhebung im Original).

¹⁰⁶ Im 70. Jahr der Oktoberrevolution zierte Gorbatschow, auch begünstigt durch die Freilassung des Dissidenten Sacharow, fünfmal die Titelseite allein des *Spiegels* (dazu kam je ein Titel über die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen und über die Landung des Hobbyfliegers Matthias Rust in Moskau). Im Vorjahr war Gorbatschow nur ein Mal (plus ein Mal mit US-Präsident Reagan) und 1985, im Jahr seines Amtsantritts, nur zweimal (plus ein Mal mit Reagan) auf dem *Spiegel*-Titel präsent gewesen.

hinzu kamen weitere Texte Mlynářs und Interviews weiterer Dissidenten und Emigranten.¹⁰⁷

Vergleicht man die Biografien Bahros, Biermanns und Mlynářs, so lassen sich Parallelen feststellen: Alle drei waren einst Mitglied der in ihrem Land herrschenden kommunistischen Partei gewesen, später jedoch ausgeschlossen und in die Emigration gezwungen worden. Alle drei hatten sich für die polnischen Arbeiter eingesetzt – Biermann und Bahro bei *Solidarität mit Solidarność*, Mlynář in den von ihm mitgeleiteten *Listy*-Blättern – und unterstützten zudem die Friedens- und Menschenrechtsbewegung im Ostblock. Alle drei lassen sich einem Typus des Dissidenten zuordnen, der vom Vertreter der östlichen zum Angehören der westlichen Linken avanciert war, und der eine trotz Repressionserfahrung ungebrochene, mithin besonders feste sozialistische Überzeugung zu verkörpern schien. Und alle drei gaben für die *taz* insgesamt positive Einschätzungen Gorbatschows ab, wenn auch mit einiger Zurückhaltung und durchaus unterschiedlichen Akzenten: Biermann betitelte seinen Beitrag „Große Skepsis – größere Hoffnung“ und meinte, Gorbatschow spreche „wie ein kommunistischer Dissident“. Am Schluss seines Beitrags bekannte er sich ausdrücklich zu einem Erwartungsmanagement, das positive Erwartung trotz der Möglichkeit ihrer Enttäuschung zuließ:

„Es stimmt leider, was Brecht schrieb: Den überschwenglichen [sic] Hoffnungen folgt leicht überschwengliche [sic] Hoffnungslosigkeit. Davor hüte ich mich, so gut ich kann. Aber lieber begeistert hoffen und wieder auf die Schnauze fallen, als tatenarm und gedankenvoll jammern! Ja, Hoffnung ihr eleganten Arschlöcher! Hoffnung noch immer – und grundlos, wie die Liebe.“¹⁰⁸

Rudolf Bahro stellte Gorbatschow in die Tradition des Prager Frühlings,¹⁰⁹ und auch Mlynář gab ein positives Urteil ab: „Gorbatschow ist sicher ein Mensch, der die Wirklichkeit ändern will, und wenn man unter Revolution eine Systemveränderung versteht, dann kann man sagen, er hat revolutionäre Absichten.“¹¹⁰

Wenn Figuren wie Biermann, Bahro und Mlynář solchermaßen auf Gorbatschow setzten, hatte dies Gewicht. Nicht zufällig gehörte die zitierte Artikelserie zur Grundlagenlektüre bei den internen Beratungen der Grünen-Fraktion.¹¹¹ Exilanten aus dem Ostblock, die sich trotz ihrer Erfahrungen mit den „realsozialistischen“ Unterdrückungsapparaten weiterhin als links verstanden, konnten innerhalb der Linken (jenseits der DKP) ein hohes Maß an Autorität beanspruchen.¹¹²

¹⁰⁷ AGG, B.II.3, 1156, Elisabeth Weber an die Mitglieder des AK VIII/IX (ehemals Abrüstung, Frieden Internationales, im Folgenden AFI), 22. 3. 1987.

¹⁰⁸ Wolf Biermann: Große Skepsis – größere Hoffnung, in: *taz* vom 10. 02. 1987.

¹⁰⁹ Bahro, Rudolf: Il Principe. Der Ex-DDRler sieht den Fürsten, den Machiavelli nicht hat erscheinen sehen, in: *taz* vom 14. 02. 1987.

¹¹⁰ Zdeněk Mlynář: Gorbatschows Reformen ernstnehmen, in: *taz* vom 12. 02. 1987.

¹¹¹ AGG, B.II.3, 1135, Elisabeth Weber an den AK VIII/IX (ehemals AFI), 22. 03. 1987, Anlage „Inhalt“.

¹¹² Zur Konstruktion des Dissidenten vgl. für das Beispiel Lew Kopelew Uwe Sonnenberg: Die Kopelewische Brücke. Problemaufriss zum öffentlichen Wirken von Lew Kopelew in der Bundesrepublik Deutschland von 1981–1997, Berlin 2007; Maria Birger: Gruppenbild mit Lew Kopelew. Die Bedeutung des russischen Dissidenten für die bundesdeutsche Öffentlichkeit, Köln, Univ., Staatsexamensarbeit 2011.

Diese speiste sich zum einen aus ihrer Abgrenzung gegen sogenannte Renegaten, das heißt gegen ehemalige Linke, die im Laufe ihres Lebens von ihren früheren Überzeugungen abgerückt waren. Denn besonders solche Renegaten, die zu Antikommunisten avanciert waren und sich auf der politischen Rechten betätigten, wurden häufig mit Verachtung gestraft. Für Carola Stern etwa war der Antikommunismus früherer Kommunisten schlicht eine „Ersatzreligion“: „Die einstige und noch nachwirkende Faszination: ‚Sie [die herrschenden Kommunisten] konnten halb Europa und Asien gewinnen! – Sie konnten mich betrügen – Sie gaben und nahmen mir meinen Glauben!‘ – schlägt um in Haß-Liebe. Der antikommunistische Exkommunist meldet sich an als Fachmann in den Redaktionsstuben der freien Welt.“¹¹³ Die Gefahrenperzeption konzentrierte sich hier auf den Expertenstatus („Fachmann“) und die öffentlichen Wortmeldungen („Redaktionsstuben“) ehemaliger Kommunisten. Umso wichtiger war es, mittels erklärtermaßen links gebliebener Dissidenten Gegenexpertise aufbieten zu können. An dieser Stelle kamen Figuren wie Bahro, Biermann und Mlynář ins Spiel. Biermann etwa nahm die Abgrenzung gegenüber den Renegaten regelmäßig vor, so 1978 auf einer Solidaritätsveranstaltung für die Opposition im sowjetischen Herrschaftsbereich:

„Wenn diese Dissidenten, die aus dem Osten kommen und hier im Westen der bürgerlichen Reaktion in die Hände fallen, wenn sie Rechte geworden sind, weil man ihnen den Kommunismus ausgeprügelt und ausgefoltert hat, und sie sich dann hier im Westen mißbrauchen lassen von der bürgerlichen Reaktion, dann werden sie zu einer ganz traurigen Variation auf das Thema ‚Diener zweier Herren‘: sie werden nicht nur zu Dienern der bürgerlichen Reaktion, sondern in einer fatalen Weise, zum ersten Mal in ihrem Leben wahrscheinlich, zu Dienern der stalinistischen Reaktion im Osten und sie tun genau das, was sie ja tun sollen, nach Meinung der Leute, von denen sie verjagt worden sind.“¹¹⁴

2.2 Der Exilant als Erwartungsmanager

Mlynář in der linken Publizistik

Wie Biermann präsentierte sich auch Mlynář als Teil einer Erwartungsgemeinschaft, für die eine Verbindung von Sozialismus und Demokratie weiterhin den Horizont ihrer Hoffnungen markierte. (Durch sein Engagement für Frieden und Menschenrechte scheint er aber auch für andere Teile der Linken anschlussfähig gewesen zu sein, die sich vom Sozialismusbegriff emanzipiert hatten oder von ihm zu emanzipieren begannen.) Seine Rolle lässt sich dabei als die eines professionellen Erwartungsmanagers verstehen, der mittels wissenschaftlicher Prognosen Hoffnungen durch Prognosen zu untermauern verstand. Hierbei kam ihm sein

¹¹³ Carola Stern: Bilanz, in: Horst Krüger (Hg.): Das Ende einer Utopie, Olten [u. a.] 1963, S. 215–234, hier S. 233.

¹¹⁴ Zit. nach Comité du 1er Mai: Internationale Osteuropa-Konferenz in Brüssel (20./21. Januar 1978), in: Listy, Nr. 19/1978, S. 7 f., hier S. 8.

Ruf als einer der führenden „Sowjetunion-Experten“¹¹⁵ zugute. Zusätzlich konnte er seine Bekanntschaft mit Gorbatschow und seine Beteiligung am Prager Frühling als biografisches Kapital¹¹⁶ einsetzen und damit offenbar eine erhebliche Nachfrage bedienen. Dies wird schon in seiner ersten öffentlichen Wortmeldung nach dem Machtwechsel im Kreml deutlich.

In einem Artikel für die Zeitung der (euro-)kommunistischen Partei Italiens, *l'Unità*, stellte Mlynář den neuen Generalsekretär im April 1985 der linken Öffentlichkeit vor. Die Redaktion gab der Überschrift: „Il mio compagno di studi Mikhail Gorbaciov“, die Erklärung: „Un protagonista della ‘primavera di Praga’ parla del nuovo leader sovietico“ hinzu.¹¹⁷ Vorangestellt waren dem Text eine Kurzbiografie Mlynářs, die ihn als ehemaliges ZK-Mitglied der KSČ und jetzigen Wissenschaftler am IIASA einführte, und ein Abstract, das Gorbatschows Studienjahre im Moskau der „Tauwetterzeit“ und seine Berührung mit den Ideen der tschechoslowakischen Reformkommunisten Ende der 1960er Jahre hervorhob.¹¹⁸ Allein diese Rahmung ließ Gorbatschow als einen Modernisierer mit Affinitäten zum Prager Frühling erscheinen, auch wenn Mlynář einen solchen Konnex in seinen Ausführungen lediglich andeutete.

Mlynářs Artikel betrieb primär die Korrektur eines Bildes, das Journalisten bei Gorbatschows Antrittsbesuch in London konstruiert hatten: der neue Kreml-Chef als westlich orientierter Managertyp – der, statt das Grab von Karl Marx zu besuchen, seiner Frau solche Ohrhinge kauft, wie sie die konservative Premierministerin Margaret Thatcher trug. Mlynář erkannte diese Deutung als Problem für die Linke („Come dobbiamo farne di un simile ritratto, come sinistra europea?“) und offerierte zu ihrer Falsifizierung sein eigenes biografisches Kapital: „Conosco Gorbaciov personalmente e so che quel ritratto non gli rende giustizia.“¹¹⁹ Mit der Autorität seiner persönlichen Bekanntschaft portraitierte er Gorbatschow als ei-

¹¹⁵ AGG, B.II.1, 1676, Elisabeth Weber: Thesen zum Verhältnis Grüne – Gorbatschows Reformpolitik (ENTWURF!), 15.3.87, S. 1.

¹¹⁶ Der in der Migrationsforschung gebräuchliche Begriff des biografischen Kapitals (vgl. etwa Erika M. Hoernig: Biographische Ressourcen und sozialer Wandel, in: Peter A. Berger/Peter Sopp [Hg.]: Sozialstruktur und Lebenslauf, Opladen 1995, S. 235–253, hier S. 239; Helma Lutz: Biographisches Kapital als Ressource der Bewältigung von Migrationsprozessen, in: Ingrid Gogolin/Bernhard Nauck [Hg.]: Migration, gesellschaftliche Differenzierung und Bildung. Resultate des Forschungsschwerpunktprogramms FABER, Opladen 2000, S. 179–210, hier S. 184 u. 205; Maria Kontos: Migration als Emanzipationsprojekt? Vergleiche im Generations- und Geschlechterverhältnis, in: Bettina Dausien/Marianne Friese [Hg.]: Migrationsgeschichten von Frauen. Beiträge und Perspektiven aus der Biographieforschung, Bremen 2000, S. 169–200) meint hier im Anschluss an Irini Siouti (Transnationale Biographien. Eine biographieanalytische Studie über Transmigrationsprozesse bei der Nachfolgeneration griechischer Arbeitsmigranten, Bielefeld 2014, S. 213, Anm. 1) „eine Kapitalsorte, die sich sowohl aus dem sozialen und kulturellen Kapital im Sinne Bourdieus als auch über die im transnationalen Lebensverlauf erworbenen Wissensbestände zusammensetzt“. In Mlynářs Fall wäre der Gebrauch biografischen Kapitals in der Umwandlung vergangener Sozialbeziehungen in aktuelle Geltung (der eigenen Deutungen) zu erblicken.

¹¹⁷ Zdeněk Mlynář: Il mio compagno di studi Mikhail Gorbaciov, in: *l'Unità*, 09. 04. 1985, S. 9.

¹¹⁸ Vgl. ebd.

¹¹⁹ Ebd.

nen begeisterten Marx- und Lenin-Leser und interpretierte seine Wahl zum Generalsekretär als neue Chance für den Sozialismus: „penso che già con la scelta di Gorbaciov si è avuto qualcosa di nuovo: si è offerta una nuova occasione a favore del socialismo”.¹²⁰ Über Gorbatschow schrieb er: „Wir haben einen Mann vor uns, der seine eigenen, erlebten und gefühlten Erfahrungen für bedeutender hält als papierne Vorschriften.“¹²¹ Auch meinte er: „Aus meiner Kenntnis Michail Gorbatschows als Menschen aus einer Zeit längst bevor er in seine heutige Funktion berufen wurde, ziehe ich bestimmte Hoffnungen.“ Mlynář weckte also Erwartungen – dämpfte diese jedoch zugleich auch wieder etwas: „Zum Schluß muß ich aber wieder zum Anfang zurückkehren: ich habe mit meinem persönlichen Optimismus auch sehr schlechte Erfahrungen gemacht.“¹²²

Ein solch autoritatives Erwartungsmanagement hatte Gewicht und wurde dankbar aufgegriffen. Der Artikel wurde in mehrere Sprachen übersetzt¹²³ und weltweit in Wissenschaft wie Presse zitiert,¹²⁴ so auch in linksgerichteten Veröffentlichungen.¹²⁵ In der Bundesrepublik druckten ihn mehrere Tageszeitungen komplett oder in Auszügen nach. Die Rahmung glich dabei in allen Fällen jener in *l'Unità*, das heißt mobilisierte ebenfalls das biografische Kapital des Autors. *Die Zeit* stellte dem Beitrag folgende Worte voran:

„Zdeněk Mlynář gehörte als junger ZK-Sekretär zu den wichtigsten Reformern des ‚Prager Frühlings‘. Nach dem Einmarsch der Warschauer Pakttruppen im August 1968 in die Tschechoslowakei wurde er aus der Partei ausgeschlossen und später ausgebürgert. Der heute in Wien lebende Wissenschaftler war in den 1950er Jahren ein enger Studienfreund des neuen sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow.“¹²⁶

Die Journalisten des *Rheinischen Merkur* führten Mlynář in einem Textkasten als „Politbüromitglied in der Zeit des Prager Frühlings und einer der ersten Signature der ‚Charta 77‘“ ein und wiesen ihm eine singuläre Autorität zu, indem sie bemerkten, er sei „wohl der einzige Mensch im Westen, der Michail Gorbatschow wirklich gut kennt“. Auch erwähnten sie, dass Mlynář und Gorbatschow beinahe gleich alt seien, und schlugen damit den neuen Kreml-Chef jener Reformergeneration zu, für die ihr Autor stand. Der einführende Textkasten war mit „Zdenek und Michail“ überschrieben, was die freundschaftliche Verbindung der beiden

¹²⁰ Ebd.

¹²¹ Zit. nach Brown, *Der Gorbatschow-Faktor*, S. 69.

¹²² Zdeněk Mlynář: „Wir waren mehr als nur Kommilitonen“. Mein Studienfreund Michail Gorbatschow; „Er war von seinem Charakter her ein Reformator“, in: FR vom 09. 05. 1985, S. 13.

¹²³ So die Erinnerung Michal Reimans (vgl. Segert, *Prager Frühling*, S. 212).

¹²⁴ So selbst in der australischen Presse (vgl. [o. V.:] Gorbachev and the Breshnev Era, in: Sidney Morning Herald vom 27. 12. 1986, S. 8), aber auch in wissenschaftlichen Publikationen (vgl. etwa Seweryn Bialer: *The Soviet Paradox. External Expansion, Internal Decline*, London 1986, S. 112 f.).

¹²⁵ Vgl. Zhores Medwedjew: *Der Generalsekretär. Michail Gorbatschow. Eine politische Biographie*, Darmstadt 1987, S. 50 f. u. passim; Ernest Mandel: *Das Gorbatschow-Experiment*, Frankfurt am Main 1989, S. 284.

¹²⁶ Zdeněk Mlynář: Hat Moskau jetzt doch eine Zukunft? In der Sowjetunion geht die Periode der Stagnation zu Ende, in: *Die Zeit* vom 26. 04. 1985, S. 12.

Männer noch unterstrich und sie zugleich näher an den Leser heranrücken ließ.¹²⁷ Und auch die *Frankfurter Rundschau* stellte Mlynář als ranghohen Vertreter des Prager Frühlings vor, der sich nach seinem Parteiausschluss allerdings „in den Reihen der Dissidenten wieder“ gefunden habe: „Er gehört zu den Autoren des Bürgerrechtsmanifestes ‚Charta 77‘“, hieß es über den Autor. Und erneut rangierte Mlynář als singuläre Autorität – diesmal allerdings als „nach Trotzki der ranghöchste KP-Funktionär, der emigrierte“, das heißt als der ranghöchste noch lebende.¹²⁸ Immer war es also Mlynářs biografisches Kapital, das betont wurde und seinem Erwartungsmanagement Gewicht verlieh.

Dies lässt sich nicht nur im Bereich der Publizistik, sondern auch in der Politik selbst beobachten: Die SPD ließ eiligst eine Arbeitsübersetzung des italienischen Originals anfertigen, als sie Willy Brandts Besuch in Moskau 1985 vorbereitete. Man wollte wissen, was von Gorbatschow zu halten sei.¹²⁹ Auch der Generalsekretär der Sozialistischen Partei Italiens, Bettino Craxi, hatte den Artikel gelesen und erwähnte ihn sogar im persönlichen Gespräch mit dem neuen Kreml-Chef. Gorbatschow soll dazu bemerkt haben: „A Prague Spring intellectual issuing a very positive verdict on me could cause some tongues to wag“.¹³⁰ Er hielt Mlynářs Wortmeldung offenbar für geeignet, die Erwartungen des Publikums zu stimulieren. Folgt man Archie Brown, so war sich Gorbatschow der Gefahr bewusst, die seine Bekanntschaft mit Mlynář für seinen Rückhalt im Parteiapparat bedeuten konnte.¹³¹ Wie dem auch sei, anscheinend ging Gorbatschow davon aus, dass Mlynář mit seinen Äußerungen für Spekulationen sorgen würde. Er maß ihm Einfluss auf die Erwartungen anderer bei und war sich bewusst, dass die Verbindungslinie zum Prager Frühling, die Mlynář verkörperte, auf internationales Interesse stieß.

Besondere publizistische Wirkung erzielte in der Bundesrepublik ein weiterer Artikel Mlynářs. Er war im Oktober 1986, knapp zwei Jahre nach Gorbatschows Amtsantritt, ebenfalls zuerst in Italien erschienen: in *Rinascita*, einer weiteren Zei-

¹²⁷ Zdeněk Mlynář: Mein Freund Gorbatschow. Wie ein Tscheche den ersten Mann im Kreml sieht, in: Rheinischer Merkur vom 27. 04. 1985, S. 7.

¹²⁸ Mlynář, „Wir waren mehr als nur Kommilitonen“.

¹²⁹ Die Übersetzung ist überliefert in AdsD, WBA A 19, 178. Zum Kontext vgl. Creuzberger, Willy Brandt und Michail Gorbatschow, S. 24.

¹³⁰ So die zeitgenössische Wiedergabe im *Foreign Broadcast Information Service*, zit. nach Bialer, *The Soviet Paradox*, S. 113.

¹³¹ Mlynář habe eben dies im Auge gehabt, wenn er seine Verbindung zu Gorbatschow bis zu dessen Amtsantritt nicht öffentlich machte, um die Karriere des Studienfreundes nicht zu gefährden, so die Einschätzung Browns wie auch Gerd Ruges (vgl. Brown, *Der Gorbatschow-Faktor*, S. 533, Anm. 80; Ruge, Michail Gorbatschow, S. 118). Ruge berichtet (ebd., S. 23), dass noch im Mai 1989 ein Studienfreund Gorbatschows nicht mit ihm über Mlynář sprechen wollte, nachdem er bei einem außenpolitischen Berater des Kreml-Chefs diesbezüglich Rücksprache gehalten hatte. Andererseits hatte sich Gorbatschow 1983 von einem alten Freund ein Foto aus der Studienzeit erbeten, das ihn zusammen mit Mlynář zeigte (vgl. ebd., S. 177). Man kann mithin vermuten, dass Gorbatschow auf öffentliche Distanz zu seinem tschechoslowakischen Freund bedacht war, obgleich die Verbindung der beiden für ihn weiterhin lebendig war.

tung der Kommunistischen Partei.¹³² Noch im selben Jahr publizierte das eurokommunistische *Wiener Tagebuch* eine Übersetzung; anschließend übernahmen mehrere westdeutsche Periodika den Text, so die Zeitung des undogmatischen Sozialistischen Büros,¹³³ das die Initiative *Solidarität mit Solidarność* mitgetragen hatte, und die Zeitschrift *Sozialismus*.¹³⁴ Ende des Jahres erfolgte zudem ein Wiederabdruck in dem Buch *Glasnost. Stimmen zwischen Zweifel und Hoffnung*, in dem auch Wolf Biermanns *taz*-Artikel nochmals erschien. Den Sammelband hatte der SPD-Politiker Freimut Duve zusammengestellt; fast alle Autoren waren Dissidenten oder Emigranten aus dem „Ostblock“ – Lew Kopelew, Václav Havel u. a. –, nur ergänzend kamen Vertreter offizieller sowjetischer Organisationen zu Wort.

Während die meisten Beiträge des Bandes um die Beurteilung Gorbatschows als Person kreisten (wobei viele, etwa Lew Kopelew, zu recht wohlwollenden Urteilen gelangten), stellte Mlynář diesmal nicht auf individuelle, sondern auf strukturelle Faktoren ab. Anders als im *l'Unità*-Artikel aus dem Vorjahr ging es ihm nicht um die Vertrauenswürdigkeit und Integrität des neuen Kreml-Chefs, sondern um die Fähigkeit der sowjetischen Ordnung, sich zu wandeln – gewissermaßen als notwendige Bedingung für einen Erfolg der Reformbemühungen an der Spitze. Seine Hauptthese lautete, das System in der UdSSR sei durchaus „reformierbar“, es könne „sich entwickeln und schließlich seine derzeitige Qualität verändern“. Mit dieser Einschätzung wandte sich Mlynář sowohl gegen die Skeptiker im Westen als auch gegen Reformgegner innerhalb der Sowjetunion. Beide (an sich entgegengesetzten) Gruppen sah er trotz aller Feindschaft in zwei Punkten übereinstimmen: in der Identifikation des Sozialismus mit den Regimes des „Ostblocks“ und in dem Glauben, Reformen seien im sowjetischen Machtbereich entweder nicht nötig oder aber nicht möglich. Hiergegen bezog er selbst eine dritte Position: eine Reform des sowjetischen Systems sei sowohl erforderlich als auch durchführbar – und „würde keineswegs seinen Untergang, sondern viel eher eine wirkliche Entfaltung der sozialistischen Ordnung bedeuten“.¹³⁵

Weckte ein Dissident und ehemaliger Reformkommunist wie Mlynář, der regelmäßig als Exponent des Prager Frühlings apostrophiert wurde, so ausdrücklich Erwartungen an einen sozialistischen Aufschwung in der Sowjetunion, dann hatte dies Wirkung. Die Sichtweise, die er in seinem Artikel vertrat und kraft seines biografischen Kapitals legitimierte, ähnelte zudem in manchen Dingen dem Erwartungsmanagement von *Solidarität mit Solidarność* Jahre zuvor. Aus der doppel-

¹³² Zdeněk Mlynář: Il crocevia della riforma politica, in: *Rinascita* 46/1986, Nachdruck Zdeněk Mlynář: Il crocevia della riforma politica, in: Adriano Guerra (Hg.): *Il progetto Gorbaciov*, Rom 1987, S. 13–22.

¹³³ Zdeněk Mlynář: Probleme des politischen Systems in der SU, in: links, April 1987, S. 26 f.

¹³⁴ Zdeněk Mlynář: Kreuzweg der politischen Reformen, in: *Sozialismus*, 2/87, S. 45–48.

¹³⁵ Mlynář, Probleme des politischen Systems, S. 26. Im italienischen Original heißt es: „Io sono invece dell'opinione che il sistema politica sovietico sia riformabile, che possa evolversi progressivamente, per arrivare infine a una trasformazione qualitativa, che non significherebbe affatto l'estinzione dell'ordinamento socialista, ma semplicemente il suo reale sviluppo.“ (Mlynář, *Il crocevia della riforma politica*, S. 13 f.)

ten Abgrenzung gegenüber „konservativen“ Kräften in Ost und West, die man mit dem Erhalt des *status quo* assoziierte, ergab sich gleichsam naturwüchsig die Berechtigung einer alternativen, dritten Perspektive. Aus ihr konnte man, wie einst die polnische Gewerkschaftsbewegung, nun auch Gorbatschow betrachten. Im Zentrum der Hoffnungen stand dabei erneut eine Verbindung von Demokratie und Sozialismus. Iring Fetscher, ein weiterer Solidarność-Unterstützer in den Jahren 1980/81, drückte dies so aus: Wenn schon 1968 westliche Konservative wie Arnold Gehlen „froh“ über die Niederschlagung des tschechoslowakischen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ gewesen seien, lebten sie nun in „Angst“ vor einem Erfolg Gorbatschows im Kampf mit der „konservativen und bequemen“ UdSSR-Nomenklatura. Schließlich habe die sowjetische Führung es jahrzehntelang „den dogmatischen Antikommunisten im Westen immer wieder äußerst leicht [gemacht], die Behauptung aufzustellen, daß Sozialismus und Unfreiheit notwendig miteinander verbunden seien“. Dagegen werde eine demokratisierte UdSSR das „düstere Schreckbild des ‚sowjetischen Totalitarismus‘“ endgültig verblasen lassen – und die westliche Politik dazu zwingen, „den Vergleich mit einem Land ohne Arbeitslosigkeit und Massenelend auszuhalten, dessen Leistungen nicht mehr durch Unfreiheit, Unterdrückung und Verletzung der Menschenrechte aufgehoben würden“. Davon könnten die Menschen in Ost und West gleichermaßen profitieren, ganz im Gegensatz zu den „tonangebenden konservativen Eliten“. Umso mehr müsse man Gorbatschow „von ganzem Herzen Erfolg wünschen“. Dass dies auch die meisten Dissidenten und Emigranten täten, sei eine zusätzliche Bestätigung, so Fetscher.¹³⁶

Mlynář als Experte bei den Grünen

Zirkulierten Mlynářs Publikationen ohnehin in linken Kreisen – und unter führenden Ostpolitikern von SPD¹³⁷ und Grünen¹³⁸ –, wurde der Emigrant auch zu internen Beratungen beider Parteien eingeladen. Die Bedeutung solch direkter Gespräche kann kaum überschätzt werden, betonen doch mehrere Zeitgenossen den Stellenwert von Mlynářs persönlichen Hinweisen. Archie Brown etwa erinnert sich, sein Interesse an Gorbatschow sei bereits Ende der siebziger bei dessen Aufstieg in die Parteiführung geweckt und im Folgejahr durch eine lange Unterredung mit Mlynář im Juni 1979 „noch gesteigert“ worden. Der Tscheche, den Brown bereits 1965 in Prag kennengelernt hatte und der ihm noch immer als „die verlässlichste und aufschlußreichste Quelle für Gorbatschows Studienjahre“¹³⁹ gilt, weckte also Erwartungen, wenn er in dem Gespräch von „Gorbatschows Antistalinismus“ schon in der Ära Breschnew berichtete.¹⁴⁰ Ähnlich liest sich der Bericht

¹³⁶ Iring Fetscher: Gorbatschow und die Angst der Rechten, in: Vorwärts vom 14. 03. 1987, S. 22.

¹³⁷ Vgl. Creuzberger, Willy Brandt und Michail Gorbatschow, S. 24.

¹³⁸ Siehe oben, S. 78.

¹³⁹ Brown, Der Gorbatschow-Faktor, S. 11.

¹⁴⁰ Ebd., S. 551, Anm. 9; ders., Introduction, S. xiii f.

Peter Gowans, Mitherausgeber der *New Left Review* und Mitgründer von *Labour Focus on Eastern Europe*,¹⁴¹ einer der Säulen der britischen Solidarność-Hilfe der frühen 1980er Jahre:¹⁴² „Zdeněk Mlynář had told me that if Gorbachev came to power there would be massive changes along the lines of liberalization and democratization in the Soviet Union. [...] Gorbachev's speech at the Party Congress in 1986 very much bore out Mlynář's analysis.“¹⁴³ Auch Gowans Erwartungen waren demnach entscheidend von Mlynář geweckt worden. Milan Horáček von den Grünen – auch er ein Solidarność-Unterstützer anfangs der 1980er Jahre – betont ebenfalls die Bedeutung der Einschätzungen Mlynářs. Zum neuen Kreml-Chef habe er „[p]ositiv“ gestanden, da er von Mlynář „viele über Gorbatschow erfahren“ habe, erinnerte er sich 2014 in einem Interview. Er recurrierte dabei ausdrücklich auf Mlynářs biografisches Kapital: „Sie hatten zusammen studiert und waren befreundet“.¹⁴⁴

In der Tat war Mlynář bei den Grünen ein gefragter Gast: Als der grüne Arbeitskreis AK VIII/IX (zuvor „Abrüstung, Frieden, Internationales“¹⁴⁵) sich zur Vorbe-

¹⁴¹ Weitere Gründungsmitglieder waren Oliver MacDonald und der tschechische Immigrant Vladimir Derer. Die von der Gruppe publizierte Zeitschrift „supported dissidents in communist Eastern Europe and was highly critical of the [British] labor movement's contacts with communist regimes in Eastern Europe“ (Stefan Berger/Norman LaPorte: Great Britain. Between Avoiding Cold War and Supporting Free Trade Unionism, in: Idesbald Goddeeris [Hg.]: *Solidarity with Solidarity. Western European Trade Unions and the Polish Crisis, 1980–1982*, Lanham 2010, S. 129–157, hier S. 133). 1978 war die Gruppe an einer internationalen Konferenz in Brüssel beteiligt, auf der u. a. Wolf Biermann, Zdeněk Mlynář und Jiří Pelikán sprachen und deren Teilnehmer ihr Bekenntnis zum Prager Frühling mit einer Solidaritätsadresse an die Charta 77 verbanden. In der Abschlusserklärung hieß es: „Wir, die Teilnehmer an diesem Forum[,] empfinden mit Sympathie die Botschaft der Sprecher der Charta 77, gerichtet an unsere Konferenz. Als Antwort auf diesen Appell versprechen wir, unseren Organisationen und der Arbeiterbewegung in unseren Ländern, die Intensivierung des Kampfes für die Verteidigung der demokratischen Freiheiten und Rechte der Arbeiter in den Ländern Osteuropas vorzuschlagen. Wir werden uns weiter für die Solidarität mit allen Opfern der Repression in diesen Ländern und für ihre Koordinierung einsetzen. Der Internationalisierung unseres Kampfes für die Unterstützung der Opposition in Osteuropa entsprechen. Machen wir das Jahr 1978 zum Jahr der internationalen Solidarität gegen die Repression in allen ihren Formen in den Ländern Osteuropas! Es gibt keinen Sozialismus ohne die breitesten Freiheiten!“ (Comité du 1er Mai: Internationale Osteuropa-Konferenz in Brüssel [20./21. Januar 1978], in: *Listy* 19/1978, S. 7 f., hier S. 8).

¹⁴² *Labour Focus on Eastern Europe* zählte zu den Unterzeichnern der Broschüre „Solidarität mit Solidarność“ – sowie *Solidarität mit Solidarność* aus der Bundesrepublik, *Solidarité avec Solidarité* und *L'Alternative* aus Frankreich, CSSOPE aus der Schweiz, dem *Comité du 1er Mai* aus Belgien sowie *Merpel* und der *Initiatiefgroep Polen* aus den Niederlanden (vgl. Friedhelm Boll/Malgorzata Świder: The FRG. Humanitarian Support without Big Publicity, in: Idesbald Goddeeris [Hg.]: *Solidarity with Solidarity. Western European Trade Unions and the Polish Crisis, 1980–1982*, Lanham 2010, S. 159–189, hier S. 186, Anm. 46) – und übte, ähnlich der westdeutschen Unterstützungsinitiative, Druck auf die Gewerkschaften im eigenen Land aus, Solidarność zu unterstützen (vgl. Berger/LaPorte, Great Britain, S. 133).

¹⁴³ Peter Gowan: The Ways of the World, in: *NLR* (2009), Nr. 59, S. 51–70.

¹⁴⁴ [o. V.]: „Meine politische Hauptarbeit war immer: Freiheit und Menschenrechte in Osteuropa“. Interview mit Milan Horáček, in: *Grünes Gedächtnis* 2013, Berlin 2014, S. 10–29, hier S. 26.

¹⁴⁵ Annemarie Borgmann: Der Brachialo-Flügel in Moskau, in: *Der Spiegel* 51/1986, S. 94 f., hier S. 94.

reitung auf eine Fraktionssitzung zum Thema Gorbatschow beriet, war es einer Notiz zufolge „[u]nstrittig“,¹⁴⁶ Zdeněk Mlynář einzuladen. Elisabeth Weber stellte ihn ausdrücklich als „Sowjetunion-Experten“¹⁴⁷ und „Studienfreund Gorbatschows“¹⁴⁸ vor. Ebenfalls eingeladen wurde der *Zeit*-Journalist Christian Schmidt-Häuer, dessen „wohlwollend“¹⁴⁹ urteilendes, zehntausendfach verkauftes Gorbatschow-Buch¹⁵⁰ Weber als „empfehlenswert“¹⁵¹ bezeichnete. Mlynář sollte dem Vermerk zufolge von Horáček kontaktiert werden, Schmidt-Häuer von Weber selbst.¹⁵² Indes waren beide Gäste miteinander bekannt: schon als Korrespondent im Prag der 1960er Jahre hatte Schmidt-Häuer den Reformkommunisten Mlynář „erlebt“; später galt er ihm als „der politisch klügste Kopf des Prager Frühlings“.¹⁵³ In seinem Gorbatschow-Buch stützte sich Schmidt-Häuer ausführlich auf Mlynářs Erinnerungen, die dieser schriftlich¹⁵⁴ und im direkten Gespräch mit dem Journalisten¹⁵⁵ zur Verfügung gestellt hatte. Das Ergebnis war ein durchaus positives Bild von Gorbatschows Persönlichkeit: Als Student zwar noch überzeugter Stalinist (wie damals auch Mlynář selbst), habe der neue Kreml-Chef früh einen Sinn für Realitäten und unorthodoxe Lösungen entwickelt, teilte Schmidt-Häuer der deutschsprachigen Öffentlichkeit mit. Wiederholt stellte er in seinem Buch einen Zusammenhang zwischen Gorbatschow und dem Prager Frühling her. An der Beratung der Grünen nahm der Journalist letztlich jedoch nicht teil. Stattdessen war seine Ko-Autorin Mária Huber zugegen – eine emigrierte Ungarin und Ostwissenschaftlerin an der Universität Freiburg, die zu Schmidt-Häubers Buch einen Anhang über die „Etappen und Chancen einer Wirtschaftsreform“ in der Sowjetunion beigezeichnet hatte. Darin hatte sie sich vorsichtig optimistisch über die Entwicklungsmöglichkeiten der UdSSR geäußert.¹⁵⁶

Ein weiterer Gast der Grünen war der Historiker und Slavist Wolfgang Eichwede, der über „dissidentische Entwicklungen“¹⁵⁷ berichten sollte. Eichwede hatte

¹⁴⁶ AGG, B.II.3, 1156 Elisabeth Weber, Vorschlag für die Vorbereitung der Gorbatschow-Diskussion, S. 1.

¹⁴⁷ AGG, B.II.1, 1676, Elisabeth Weber: Thesen zum Verhältnis Grüne – Gorbatschows Reformpolitik (ENTWURF!), 15.03.87, S. 1.

¹⁴⁸ AGG, B.II.3, 1135, Elisabeth Weber an den Fraktionsvorstand, 28.07.1987.

¹⁴⁹ Werner Adam: Michail der Große. Gorbatschow mit flinker Feder wohlwollend porträtiert, in: FAZ vom 10.07.1985, S. 12.

¹⁵⁰ Christian Schmidt-Häuer: Michail Gorbatschow, 6., überarb. u. erw. Aufl. [zuerst 1985], München, Zürich 1988 (dort ist auf dem Vorsatzblatt ersichtlich, dass 1988 – in sechster Auflage – bereits das 36. bis 42. Tausend gedruckt wurde).

¹⁵¹ AGG, B.II.3, 1135, Elisabeth Weber an den AK VIII/IX (ehemals AFI), 22.03.1987, Anlage „Inhalt“.

¹⁵² AGG, B.II.3, 1156, Elisabeth Weber, Vorschlag für die Vorbereitung der Gorbatschow-Diskussion, S. 1.

¹⁵³ Christian Schmidt-Häuer, Michail Gorbatschow, S. 75.

¹⁵⁴ Mlynář, Nachtfrost.

¹⁵⁵ Vgl. Schmidt-Häuer, Michail Gorbatschow, S. 78 f.

¹⁵⁶ Huber, Mária: Vom Soll und Haben des neuen Mannes. Etappen und Chancen einer Wirtschaftsreform, in: Christian Schmidt-Häuer: Michail Gorbatschow, 6., überarb. u. erw. Aufl., München, Zürich 1988, S. 327–362.

¹⁵⁷ AGG, B.II.3, 1156, Elisabeth Weber, Vorschlag für die Vorbereitung der Gorbatschow-Diskussion, S. 1.

sich Anfang der 1980er Jahre ebenfalls hinter *Solidarność* gestellt.¹⁵⁸ Gleichzeitig fungierte er als Gründungsdirektor der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, die als Beispiel für die Verwissenschaftlichung linker Beschäftigung mit der östlichen Dissidenz gesehen werden kann.¹⁵⁹ Ihre Gründung war vom Bremer Bürgermeister Hans Koschnick und seinem späteren Nachfolger Henning Scherf protegiert worden, die in etwa zeitgleich auch die Einrichtung des Bremer Exilbüros der *Solidarność* ermöglicht hatten.¹⁶⁰ Beide kannten Eichwede aus der gemeinsamen Zeit im linken Frankfurter Kreis der SPD vor dessen Austritt aus der Partei.¹⁶¹ Die Idee zur Gründung der Forschungsstelle war von namhaften Emigranten unterstützt worden, so von Jiří Pelikán aus der *Listy*-Gruppe.¹⁶² Unter den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten gab es dagegen Widerstände, und auch im SPD-Präsidium unterstützte lediglich Horst Ehmke das Vorhaben.¹⁶³ Der Vorwurf lautete, die Forschungsstelle habe einen „starken antikommunistischen Akzent“.¹⁶⁴ Auch an der Bremer Universität selbst, einer jungen, politisch stark von den K-Gruppen geprägten Reformhochschule, gab es Gegenwind. Hans Koschnick erinnert sich:

„Fast alle einflussreichen Kräfte an der Universität, von der wissenschaftlichen Führung über die Gremien der Studenten, sahen in der Forschungsstelle ein Störelement für ihre Auseinandersetzung mit den hiesigen gesellschaftlichen Verhältnissen. Sie wollten nicht wissen, was in Moskau, Warschau oder in Prag schief geht, sondern interessierten sich für die ‚Strukturkrise des Kapitalismus‘ oder die ‚repressive Toleranz der bürgerlichen Gesellschaft‘.“¹⁶⁵

Zweck der Einrichtung war die Sammlung und Auswertung von oppositioneller Untergrundliteratur (*Samizdat*) aus den Ländern des „real existierenden Sozialis-

¹⁵⁸ Siehe Kap. II.

¹⁵⁹ Vgl. Stefan Troebst: Die ostmitteleuropäischen Oppositionsbewegungen in der westlichen Osteuropaforschung 1975–1989. Drei Skizzen, in: Hans-Joachim Veen/Ulrich Mählert/Peter März (Hg.): Wechselwirkungen Ost–West. Dissidenz, Opposition und Zivilgesellschaft 1975–1989, Köln 2007, S. 73–182, hier S. 182.

¹⁶⁰ Vgl. Henning Scherf: „Der Forschungsstelle verdanke ich einen Schatz an Erfahrungen“, in: Heidrun Hamersky/Heiko Pleines/Hans-Henning Schröder (Hg.): Eine andere Welt? Kultur und Politik in Osteuropa 1945 bis heute. Festschrift für Wolfgang Eichwede, Stuttgart 2007, S. 25–32, hier S. 28. Zum Bremer Exilbüro der *Solidarność* vgl. Małgorzata Świder: Das Informationsbüro der *Solidarność* in Bremen im Spiegel von Archivmaterialien des Deutschen Gewerkschaftsbundes, in: *Inter finitimos* 7 (2009), S. 203–216. Gunter Dehnert zufolge konnte das Büro jedoch „kaum eine größere Wirkung entfalten“ (Gunter Dehnert: Entspannungspolitik gegen das Volk – Sanktionen für das Volk? Die *Solidarność* nach der Ausrufung des Kriegsrechts und die Nachfolgekonferenz von Madrid, in: Matthias Peter/Hermann Wentker [Hg.]: Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975–1990, München 2012, S. 249–266, hier S. 260).

¹⁶¹ Vgl. Scherf, „Der Forschungsstelle verdanke ich einen Schatz an Erfahrungen“, S. 29.

¹⁶² Vgl. Hans Koschnick: „Wer ist produktiv? Der Schweinehirt oder der Lehrer?“, in: Heidrun Hamersky/Heiko Pleines/Hans-Henning Schröder (Hg.): Eine andere Welt? Kultur und Politik in Osteuropa 1945 bis heute. Festschrift für Wolfgang Eichwede, Stuttgart 2007, S. 17–24, hier S. 19.

¹⁶³ Vgl. Koschnick, „Wer ist produktiv? Der Schweinehirt oder der Lehrer?“, S. 19.

¹⁶⁴ So Koschnick, ebd., S. 18.

¹⁶⁵ Ebd.

mus“.¹⁶⁶ Eichwede verfügte über gute Verbindungen zur dortigen Dissidenz und brachte von seinen Reisen heimlich illegale Veröffentlichungen mit.¹⁶⁷

Zu Eichwedens Kontakten gehörten auch Emigranten wie Lew Kopelew,¹⁶⁸ dessen Frau Raissa Orlowa-Kopelew ebenfalls an den internen Beratungen der Grünen teilnahm. Weitere Gäste waren Rolf Schälke (Beiträger der oben zitierten *taz*-Serie exilantischer Stimmen zu Gorbatschow), Michal Reiman (*Listy*-Gruppe) und Gerd Koenen (früher Mitglied im Koordinationsausschuss der *Solidarität mit Solidarność*). Die Gorbatschow-Diskussion im grünen Arbeitskreis VIII/IX war damit stark von Exilanten und ehemaligen *Solidarność*-Unterstützern geprägt, und mehrere Teilnehmer hatten die oben erwähnte, blockübergreifende *Erklärung für den Frieden* unterzeichnet. Die geladenen Experten entstammten also einem ähnlichen Kontext und kannten sich vielfach auch untereinander. Einige von ihnen sollten zudem bei späteren Ereignissen eine Rolle spielen, die weiter unten betrachtet werden (s. Anhang Abb. 6).

Die Beratungen mit diesen Experten sollten den Grünen dabei helfen, „gegenüber der Sowjetunion unser Interesse und unsere Erwartungen an die Reformpolitik von Gorbatschow deutlich zu machen“.¹⁶⁹ Sie dienten also explizit der Aushandlung von Erwartungen, die dann wiederum kommuniziert werden sollten. Dabei ging, es wie Elisabeth Weber betonte, weder darum, sich bedingungslos hinter die sowjetische Führung zu stellen, noch darum, „die Warnung vor einer Gorbatschow-Euphorie [...] auszusprechen“. Auch komme es nicht darauf an, „für ‚Reformen von oben‘ gegen ‚Reformen von unten‘ oder umgekehrt“¹⁷⁰ einzutreten. Angestrebt war demnach eine abgewogene Erwartungsbildung. Hierzu sollten die geladenen Experten mit ihren Wissensressourcen und ihrer biografisch legitimierten Autorität beitragen. Die *Listy*-Mitglieder unter ihnen waren für Weber dabei besonders interessant. Denn während die ersten zwei Amtsjahre Gorbatschows „von der demokratischen Opposition in Osteuropa mit Mißtrauen oder sogar Ablehnung begleitet“ worden seien („Tenor: ‚Was ist das jetzt für ein neuer Trick aus Moskau?“), hätten „die Reformkommunisten der Charta 77 und des mit ihr verbundenen Exils“ sich positiver geäußert. Weber führte dies darauf zurück, dass sie „entweder Gorbatschow persönlich kannten (wie Zdenek Mlynar) oder die Ähnlichkeit zwischen Gorbatschows Politik und der der KPČ im Frühjahr 1968

¹⁶⁶ Vgl. ebd., S. 19.

¹⁶⁷ Vgl. Alexander Daniël'/Arsenij Roginskij: Über das Publikationsprojekt „Chronik der laufenden Ereignisse“, in: Heidrun Hamersky/Heiko Pleines/Hans-Henning Schröder (Hg.): Eine andere Welt? Kultur und Politik in Osteuropa 1945 bis heute. Festschrift für Wolfgang Eichwede, Stuttgart 2007, S. 45–57, hier S. 45.

¹⁶⁸ Scherf („Der Forschungsstelle verdanke ich einen Schatz an Erfahrungen“, S. 26) memoriert, er habe für seine erste Moskaureise 1981 von Eichwede einen Katalog erhalten, den dieser wiederum von Kopelew erhalten hatte.

¹⁶⁹ AGG, B.II.3, 1135, Elisabeth Weber an den Fraktionsvorstand, 28.07.1987.

¹⁷⁰ AGG, B.II.1, 1676, Elisabeth Weber: Thesen zum Verhältnis Grüne–Gorbatschows Reformpolitik (ENTWURF!), 15.03.87, S. 1.

erkannten“.¹⁷¹ Auch für Weber bezog also das Erwartungsmanagement der *Listy*-Mitglieder seine Legitimation aus deren biografischem Kapital.

Die Diskussion selbst ergab dann ein gemischtes Bild. Die meisten Beiträger vertraten eine Position des Sowohl-als-auch. So sagte Raissa Orlowa-Kopelew zwar, sie wolle von Gorbatschow „Taten sehen“, statt „immer schöne Worte“ hören, und beschrieb die Ausgangslage der Reformpolitik als schwierig. Sie meinte aber auch: „wir brauchen alle perestrojka“ und artikulierte „große Hoffnungen auf Glasnost“. Die Grünen müssten als „Partei der Utopie“ der Sowjetunion das „Recht auf Träume“ zugestehen. Michal Reiman äußerte sich zwar „nicht sehr optimistisch“, was eine Aufarbeitung der stalinistischen Verbrechen und die Frage nach der „soziale[n] Basis“ der Perestrojka anging, verzeichnete aber auch „positive Änderungen“. Rolf Schälke warnte die Grünen, die Sowjetunion sei „keine neue Gesellschaft, kein 3. Weg“, war aber der Meinung, Gorbatschow schaffe zumindest „die Voraussetzungen, daß sich etwas bewegen kann“. Wolfgang Eichwede meinte, die Sowjetunion stehe „nicht einfach vor einem Kollaps“. Es gebe durchaus „ein Konzept, es gibt Reformvorstellungen, sie sind aber sehr verschieden“. Zdeněk Mlynář bezog die Perestrojka erneut auf den Prager Frühling, betonte hierbei jedoch die Unterschiede. So biete der Zustand der Partei schlechtere Voraussetzungen als in der Tschechoslowakei 1968. Insgesamt ergab die Diskussion ein gemischtes Bild. Die meisten Beiträger würdigten zwar die weitreichenden Absichten Gorbatschows, wiesen jedoch auf die schwierige Ausgangslage hin, von der die Perestrojka ausgehen musste.¹⁷²

Wenn Elisabeth Weber jedoch trotz dieses gemischten Expertenvotums die Diskussion als „außerordentlich nützlich“¹⁷³ bezeichnete und später schrieb, die Grünen verfolgten die Perestrojka „mit Hoffnungen und Sympathie“,¹⁷⁴ so zeigt dies, wie wichtig das autoritative Erwartungsmanagement Mlynářs sowie der anderen Exilanten und ehemaligen Solidarność-Unterstützer gewesen war. Denn dass auch jener (kleine) Teil der Grünen, der sich für Dissidenten im sowjetischen Machtbereich stark machte, überwiegend ein positives Bild entwickelte – wenn schon nicht von der wahrscheinlichen Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft (kalkulative Erwartung), so aber doch von den Intentionen des neuen Generalsekretärs, die Weber zufolge sogar auf „Hoffnungen und Sympathie“ trafen (desiderative Erwartung), ist durchaus bemerkenswert. Dass es keineswegs selbstverständlich war, verdeutlicht das Beispiel Otto Schilys. Der grüne Realpolitiker und frühere Solidarność-Unterstützer artikulierte zwar eine „Mischung von Hoffnung und Skepsis“ und bewertete die Entwicklung als „positiv“, beharrte jedoch darauf,

¹⁷¹ AGG, B.II.1, 1636, Ms.-Fragment von Elisabeth Weber, Titelseite fehlend, dat. 03.08.1988, S. 16f.

¹⁷² Vgl. Wentker, Die Grünen und Gorbatschow, S. 498.

¹⁷³ AGG, B.II.3, 1156, Gesprächsnotiz von einer Diskussion über die Politik Gorbatschows am 04.05.1987 in Haus Wittgenstein, dat. 15.07.1987, S. 1–4.

¹⁷⁴ AGG, B.II.3, 1135, Elisabeth Weber: Versuch grüner Thesen zu den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, dat. November 1988, S. 3.

Gorbatschow müsse sich „vom Leninismus verabschieden“, wenn ein „echtes Reformwerk“ entstehen solle.¹⁷⁵ (Andere Grüne wiederum, wie der ehemalige SDS-Funktionär Udo Knapp, kritisierten, die Perestrojka orientiere sich „westlichen kapitalistischen Entwicklungsmodellen mit all ihren ökologischen Verbrechen und sozialen Ungerechtigkeiten“.¹⁷⁶) Petra Kelly – wie Schily eine frühere Solidarność-Unterstützerin – äußerte sich dagegen positiver über Gorbatschow. Für sie hatte die persönliche Begegnung mit dem Generalsekretär – eine Möglichkeit, die die meisten Grünen nicht hatten – den Ausschlag gegeben. Nach einer Zusammenkunft in Moskau erklärte Kelly, Gorbatschow sei ein „von seiner Aufgabe überzeugter Mensch, der Vertrauen verdient“. Kelly bezog sich aber zusätzlich auch auf Dissidenten, die sich von Kritikern zu Fürsprechern Gorbatschows gewandelt hatten.¹⁷⁷ Sie stützte ihr Urteil damit auf ähnliche Erfahrungsquellen, wie Mlynář und die anderen Exilanten sie vorweisen konnten. Dies unterstreicht erneut die prognostische Autorität dieser Emigranten und die Bedeutung ihres biografischen Kapitals.

Mlynář als Experte bei der SPD

Nicht nur bei den Grünen war Mlynář ein gefragter Redner, sondern auch bei der SPD. Bereits 1985, wenige Monate nach Gorbatschows Amtsantritt, sprach er als Experte auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Freudenberg. Dort existierte ein Gesprächskreis der Gustav-Heinemann-Akademie (einer SPD-nahen Bildungsstätte), in dem einmal jährlich sozialdemokratische Politiker und Wissenschaftler mit einigen Dutzend Emigranten aus dem „Ostblock“ zusammenkamen und mehrere Tage lang diskutierten.¹⁷⁸ Die Gespräche unter Leitung des SPD-Theoretikers Thomas Meyer dienten ausdrücklich dazu, die Situation im Ostblock besser einschätzen zu können und Erwartungen an die zukünftige Entwicklung im sowjetischen Machtbereich zu bilden. Hieran bestand den Veranstaltern zufolge besonderer Bedarf. Denn seit dem Amtsantritt Gorbatschows seien

„im Westen Vermutungen aufgekommen und Hoffnung gewachsen, daß im sowjetischen Machtbereich eine neue Periode der Reformpolitik und im Ost-West-Verhältnis eine zweite Phase der Entspannungspolitik bevorstehen könnten. Die Einschätzungen der Chancen und Spielräume für solche Entwicklungen sind kontrovers geblieben, zumal wir im Westen bei deren Beurteilung stets in hohem Maße auf bloße Mutmaßungen und Deutungen angewiesen sind.“

¹⁷⁵ AGG, B.II.3, 1157, Protokoll der Fraktionssitzung vom 16. 06. 1987, S. 5.

¹⁷⁶ Udo Knapp: Zur Faszination des „Großen Mannes“, in: Kommune 5 (1987), Nr. 8, S. 44–47, hier S. 45.

¹⁷⁷ AGG, PKA, 469, Petra Kelly: Thesen zur Gorbatschow-Debatte in der Fraktion Die Grünen, Juni 1987, S. 1.

¹⁷⁸ Vgl. Thomas Meyer: „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“. Zur Diskussion um das Streitkultur-Papier von SPD und SED, in: Dieter Dowe (Hg.): Die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD in der Opposition 1982–1989. Papiere eines Kongresses der Friedrich-Ebert-Stiftung am 14. und 15. 09. 1993 in Bonn, Bonn 1993, S. 57–66, hier S. 61.

Das in dieser Situation erforderliche Erwartungsmanagement sollte dem „wissenschaftlich fundierte[n] Ausloten von Chancen der Veränderung“ dienen, das heißt vor allem praxisorientiert, aber zugleich akademisch gesichert sein. Diskutiert werden sollten „gründliche Analysen und fundierte Entwicklungsprognosen ausgewiesener Sachkenner“.¹⁷⁹

Hier kamen die Mitglieder des Forschungsprojekts *Krisen in den Systemen sowjetischen Typs* um Mlynář ins Spiel, die den Kern des Teilnehmerkreises bildeten.¹⁸⁰ Sie waren als Experten anwesend, die in die Erwartungsbildung ihr biografisches Kapital einbringen sollten. So hieß es im zitierten Tagungsband über die Emigranten: „Zur wissenschaftlichen Kompetenz der Referenten kommt hinzu, daß viele von ihnen die Funktionsweise des sowjetischen Gesellschaftssystems und die Reformversuche der letzten Jahrzehnte aus eigener Erfahrung kennen.“¹⁸¹ Gerade das biografische Kapital Mlynářs selbst war hier gefragt. Bereits auf dem Treffen des Gesprächskreises im Juni 1985 berichtete der Exiltscheche von seinen Begegnungen mit Gorbatschow. Um eine persönliche Einschätzung des neuen Kreml-Chefs gebeten, erklärte er: „In der Zeit meines Studiums war er ein anständiger Mensch und meine Lebenserfahrung besagt, dass sie die Leute in der Jugend meist so darstellen, wie sie in Wahrheit sind.“¹⁸² Die entscheidende Frage für den Erfolg Gorbatschows waren jedoch die strukturellen Rahmenbedingungen möglicher Veränderungen. Mit diesen beschäftigte sich Mlynář ausführlich in seinem Vortrag. Den Generalsekretär beschrieb er als Exponenten einer neuen Generation, aus der noch weitere Vertreter in die Spitze der Sowjetführung aufrücken müssten, damit Veränderungen eine Chance bekämen.

Mlynář stellte also die Prognose, ein substanzieller Wandel in der Sowjetunion liege im Bereich des Möglichen, band diese jedoch an konkrete Konditionen und präsentierte auf diese Weise ein abgewogenes Erwartungsmanagement, das als *bedingte Erwartungshebung* beschrieben werden kann. 1987 konnte Mlynář auf einer weiteren Tagung in Freudenberg bereits über deutliche Fortschritte des sowjetischen Reformprozesses berichten. Zwar könne immer noch „nicht verlässlich gesagt werden, zu welchen Veränderungen er in Wirklichkeit führen kann“. Doch sei zumindest ein deutlicher Wandel in der Sprache der Parteiführung, eine „Radikalisierung des offiziellen sowjetischen Vokabulariums“ zu beobachten. Hierdurch, so stellte Mlynář fest, „steigen natürlich auch die Ansprüche und Erwartungen aller, die die sowjetische Entwicklung beobachten und werten: vieles, was vor

¹⁷⁹ Vgl. Thomas Meyer/Zdeněk Mlynář (Hg.): *Die Krise des Sowjetsystems und der Westen. Ökonomie, Ideologie, Politik und die Perspektiven der Ost-West-Beziehungen*, Köln 1986, S. 9 f.

¹⁸⁰ So die übereinstimmende Erinnerung von Thomas Meyer („Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“, S. 61) und Heinz Timmermann ([Redebeitrag in:] Wolfgang Schmidt [Hg.]: *Stand und Perspektiven der Willy-Brandt-Forschung. Werkstattgespräch zur Berliner Ausgabe. Referate und Diskussionen einer Tagung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung im Rathaus Schöneberg zu Berlin am 29. Januar 2003*, Berlin 2003, S. 76 f.).

¹⁸¹ Meyer/Mlynář, *Die Krise des Sowjetsystems und der Westen*, Rückumschlag.

¹⁸² So die Erinnerung Michal Reimans (vgl. Segert, *Prager Frühling*, S. 212 f.).

zwei Jahren noch als überzogene Forderung erschienen wäre, wird heute von etlichen Betrachtern als ungenügender Kompromiß aufgefaßt.“ Dies selbst betrachtete Mlynář bereits als Verbesserung: Auch wenn bislang nur eine „neue politische Atmosphäre die entscheidend neue Wirklichkeit in der UdSSR“ sei, so schaffe dies doch „einen anderen, qualitativ neuen Raum für die Vorbereitung und die Realisierung der Reformen (einschließlich möglicher Strukturveränderungen von Systembedeutung für die Zukunft)“. Ein solcher Raum sei vor dem Amtsantritt Gorbatschows nicht vorhanden gewesen. Inzwischen aber hätten die Erwartungen, die Gorbatschows Reformankündigungen hervorriefen, eine eigenständige Dynamik entfaltet, die die tatsächliche Umsetzung von Reformen erleichtere. Dies sei auch für die westliche Linke von Bedeutung. Denn bei der Perestrojka gehe es nicht nur um die Zukunft der Sowjetunion, sondern um das „Schicksal des Sozialismus“ überhaupt. Die UdSSR habe deshalb perspektivisch „Beziehungen der Zusammenarbeit, der Partnerschaft und der kritischen Solidarität gegenüber der westlichen Linken und überhaupt gegenüber kritischen Strömungen der westlichen Gesellschaften aufzubauen.“ Andernfalls drohe die internationale Isolierung der Sowjetunion und ein Erstarken „antisozialistischer und antidemokratischer Tendenzen“. ¹⁸³

Mit solchen Äußerungen betrieb Mlynář ein differenziertes Erwartungsmanagement. Er benannte die Schwierigkeit, verlässliche Prognosen abzugeben, umriss verschiedene Entwicklungsalternativen und knüpfte diese an bestimmte Bedingungen. Im Kreise sozialdemokratischer Politiker und Theoretiker verwies er zugleich auf die Implikationen für die westliche Linke im Allgemeinen und damit auch auf die SPD im Besonderen. Im Schicksalskampf um den Sozialismus, so seine Einschätzung, werde die KPdSU das Bündnis mit der Sozialdemokratie suchen müssen. Mlynář zufolge ergab sich also für die SPD die Möglichkeit einer (privilegierten) Partnerschaft mit den sowjetischen Reformkommunisten. Und tatsächlich sollte besonders Willy Brandt eine enge Verbindung zu Gorbatschow suchen. ¹⁸⁴ Dass mit Mlynář ein in der Sozialdemokratie gut vernetzter ehemaliger Reformkommunist für engere Beziehungen der SPD zur KPdSU plädierte, kann in seiner Bedeutung kaum überschätzt werden. „Mlynářs social democratic connection in the 1970s could be said to prefigure that of Mikhail Gorbachev in the 1980s“, stellt denn auch Bent Boel fest. ¹⁸⁵

¹⁸³ FSO, B-Sammlung, B 814, Zdeněk Mlynář: Die Möglichkeiten der Gorbatschow'schen Reformen [Ms. Freudenberg, 1987], S. 1 f. u. 38.

¹⁸⁴ Vgl. Creuzberger, Willy Brandt und Michail Gorbatschow, sowie Kap. V.

¹⁸⁵ Boel, *Western European Social Democrats*, S. 160.

2.3 Prag '68 als linker Erinnerungs- und Erwartungsort¹⁸⁶

Als sich 1988, im vierten Jahr Gorbatschows, die Niederschlagung des Prager Frühlings zum zwanzigsten Mal jährte, gab dies der *Listy*-Gruppe erneut Gelegenheit, sich prominent zur Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Reformkommunismus zu äußern. Nicht nur sendeten ARD und ZDF Dokumentationen über den Prager Frühling und ließen darin Mlynář, Pelikán u. a. als Zeitzeugen zu Wort kommen.¹⁸⁷ Es fanden auch – wie schon zum zehnten Jahrestag der sowjetischen Intervention 1978 – zahlreiche Veranstaltungen statt, auf denen sich die unterschiedlichen Strömungen der Linken mit der tschechoslowakischen Erfahrung auseinandersetzten. Dabei ging es nicht allein darum, das Gedächtnis an den Prager Frühling wachzuhalten, sondern auch darum, aktuelle Bezüge herzustellen und über die Zukunft zu diskutieren. War 1978 die Unterstützung der Dissidenz im „Ostblock“ ein Hauptthema gewesen,¹⁸⁸ schob sich zehn Jahre später die Reformpolitik Gorbatschows in den Vordergrund. Die Erinnerung an 1968 diente damit auch der Aushandlung von Erwartungen an die sowjetische Perestrojka.

So veranstaltete die Freudenberger Gustav-Heinemann-Akademie im April 1988 ein „SPD-Seminar mit Ex-Reformern aus der ČSSR und Umgestaltern aus der UdSSR“,¹⁸⁹ wie Christian Semler, ein ehemaliger Maoist und Solidarność-Unterstützer, in der *taz* berichtete. Der Titel der Veranstaltung: „Ein Frühling, der nicht vergeht – Die Aktualität des Reformprogramms des Prager Frühlings 20 Jahre danach“ spielte auf eine Buchveröffentlichung Jiří Pelikáns an.¹⁹⁰ Die Wahl des Datums erinnerte an die Verabschiedung des Aktionsprogramms der KSČ zwei

¹⁸⁶ Das Konzept der Erinnerungsorte stammt vom französischen Historiker Pierre Nora und bezeichnet nicht allein geografische Orte. Es meint vielmehr allgemein die Verortung von Erinnerung im Raum. In der Definition Etienne François' und Hagen Schulzes sind Erinnerungsorte „langlebige, Generationen überdauernde Kristallisationspunkte kollektiver Erinnerung und Identität“ (Etienne François/Hagen Schulze: Einleitung, in: dies. [Hg.], *Deutsche Erinnerungsorte*, Bd. I, München 2009, S. 9–26, hier S. 18). Für Heinz Bude ist 1968 generell ein „sicherer Erinnerungsort im Kollektivgedächtnis“, und zur „einzigartigen Stimmung des Augenblicks“ trug für ihn auch der Prager Frühling bei (Heinz Bude: Achtundsechzig, in: Etienne François/Hagen Schulze [Hg.], *Deutsche Erinnerungsorte*, Bd. II, München 2009, S. 122–136, hier S. 122 u. 128). Jan Pauer stellt mit Blick auf den Prager Frühling als Erinnerungsort fest: „Blickt man auf das Jahr 1968 zurück, stößt man auf die merkwürdige Tatsache, dass dem ‚Prager Frühling‘ im Westen mit Respekt und Sympathie, in Prag insbesondere nach der Entstehung der selbstständigen Tschechischen Republik 1992/93 von maßgeblichen Teilen der neuen politischen Eliten und öffentlichen Meinungsmachern eher mit Skepsis und offener Ablehnung begegnet wurde.“ Er weist zudem auf die Parallele hin, dass auch Gorbatschow im Westen weit positiver gesehen wurde (und wird) als im eigenen Land. (Jan Pauer: Der Streit um das Erbe des „Prager Frühlings“, in: Anna Kaminsky [Hg.]: *Erinnerungsorte an den Prager Frühling*, Berlin 2008, S. 4–52, hier S. 4 f. (Zitat: S. 4).

¹⁸⁷ Vgl. Mark Siemons: Frühling, nur einen Sommer lang. Rückschau auf die Prager Reformen in ARD und ZDF, in: FAZ vom 20. 08. 1988, S. 24.

¹⁸⁸ Vgl. Comité du 1er Mai, Internationale Osteuropa-Konferenz in Brüssel (20./21. 01. 1978).

¹⁸⁹ Christian Semler: Zweimal in den selben Fluß steigen? Gorbatschow und die Lehren des Prager Frühlings, in: *taz* vom 25. 04. 1988, S. 8.

¹⁹⁰ Jiří Pelikán: Ein Frühling, der nie zu Ende geht. Erinnerungen eines Prager Kommunisten, Frankfurt am Main 1976.

Dekaden zuvor. Akademieleiter Thomas Meyer eröffnete die Veranstaltung mit aktuellen Überlegungen zu „Chancen eines Soz. mit menschl. Gesicht in O/W“; anschließend sprachen Zdeněk Mlynář („Programme, Hoffnungen, Erfahrungen des Prager Frühlings“) und Horst Ehmke („Der Prager Frühling – Die Zukunft des Demokratischen Sozialismus“). Schon an den Vortragstiteln lässt sich ablesen, dass primär über vergangene und gegenwärtige Erwartungen diskutiert und beide miteinander verschränkt werden sollten. Auch war die Perspektive dezidiert blockübergreifend: Die tschechoslowakische Erfahrung sollte für die Transformation der Gesellschaften in Ost wie West fruchtbar gemacht werden.

Für das abschließende Podiumsgespräch stießen zu Meyer, Mlynář und Ehmke noch der Moskauer Professor Jevgenij Ambarcumov, Klaus von Beyme sowie Jiří Kosta und Jiří Pelikán von der *Listy*-Gruppe.¹⁹¹ „Die Ex-Reformkommunisten waren in starker Phalanx angetreten“, hieß es dementsprechend in der *taz*. Ambarcumov wiederum stand mit Reformern innerhalb der SED in Verbindung,¹⁹² galt als Gorbatschow-nah und hatte schon 1986 mit einem Zeitungsinterview über den Prager Frühling für Aufsehen gesorgt. Nun berichtete er Semler zufolge, in der UdSSR werde inzwischen „Breschnews Formel von der bedingten Souveränität der sozialistischen Länder [...] offen kritisiert, damit sei auch die ideologische Begründung für die Intervention [in der ČSSR 1968] hinfällig“. Auch wusste Semler zu berichten, unter sowjetischen Experten und Wissenschaftlern beginne

„das große Umdenken über den Prager Frühling. [...] Die Neubewertung des Prager Frühlings hat sich nun bis zum April 1968 durchgefressen, dem Monat, in dem die KP der ČSSR ihr Aktionsprogramm verabschiedet hat. Dies ist auch der Grund, warum sich der gegenwärtige ZK-Sekretär Fojtik seiner ‚bescheidenen Mitarbeit‘ an jenem Dokument rühmt.“

Klar war damit die Verbindungslinie, die vom Prager Frühling (insbesondere vom Aktionsprogramm der KSČ, das Zdeněk Mlynář mitverfasst hatte) zur Perestrojka zu führen schien. Dass Gorbatschow in der Tradition des tschechoslowakischen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu sehen sei, konnte damit als doppelt gesichert gelten – hatte doch nach Mlynář selbst nun auch ein sowjetischer Vertreter diesen Konnex hergestellt.¹⁹³ Doch damit nicht genug: die Emigranten Lew Kopelew und Tomaš Kosta, die ebenfalls anwesend waren, „solidarisierten sich mit

¹⁹¹ AGG, B.II.3, 1203, hs. Mitschrift von der Veranstaltung „Ein Frühling, der nicht vergeht – Die Aktualität des Reformprogramms des Prager Frühlings 20 Jahre danach“ am 20. 04. 1988 in der Gustav-Heineman-Akademie, undat. Einige der Teilnehmer sollten im folgenden Jahr beim 2. *Ost-West-Seminar* der Friedrich-Ebert-Stiftung erneut zusammentreffen, s. Anhang Tabelle 2, Spalte S.

¹⁹² Vgl. Rosa-Luxemburg-Stiftung: Bestand SED-Reformdiskurs, http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Bestand_SED-Reformdiskurs.pdf, S. 7; Rosa-Luxemburg-Stiftung: Interview mit Rainer Land, <http://www.rla-texte.de/texte/9%20andere%20Texte/Reformdiskurs%201980er%20Jahre/Interview%20Rainer%20Land%201996.pdf>, S. 29.

¹⁹³ Noch dazu stellte auch Heinz Timmermann, ein Wissenschaftler des BIOst und Teilnehmer auch früherer Freudenberger Gespräche mit Mlynář, diesen Konnex her (vgl. Heinz Timmermann: Die KPdSU und die internationale Sozialdemokratie, in: *Die Neue Gesellschaft* 12 [1988], S. 1157–1162.)

dem Reformkurs in der Sowjetunion, forderten aber die SPD auf, demokratische Prozesse überall in Osteuropa zu unterstützen“.¹⁹⁴

Nicht nur die Sozialdemokraten erinnerten an den Prager Frühling und aktualisierten dessen Programm mit Hinweis auf die Perestrojka. Wenige Tage nach der SPD traf sich – in Bonn – auch die Grünen-Bundestagsfraktion mit Zdeněk Mlynář. Dieser nutzte die Gelegenheit zu einem Appell an Gorbatschow, „nach 20 Jahren mit den Lügen aufzuräumen, der Prager Frühlings sei von außen gesteuert worden“.¹⁹⁵ Schließlich habe der Prager Frühling „eine ‚inhaltliche Verwandtschaft‘ mit der Politik Gorbatschows, auch wenn es Unterschiede der ‚politischen Kultur‘ zwischen Prag und Moskau gebe“.¹⁹⁶ Mlynář stellte somit erneut eine Verbindung zwischen den damaligen tschechoslowakischen und den gegenwärtigen sowjetischen Reformen – und mit beiden verbundenen Erwartungen – her. Der Grüne Helmut Lippelt sprach auf der gemeinsamen Pressekonferenz ebenfalls über die „Rehabilitierung des Prager Frühlings“ im Zuge der Perestrojka.¹⁹⁷ Und im August dann, zum zwanzigsten Jahrestag der sowjetischen Intervention, würdigten die Grünen den Prager Frühling als „Reformentwicklung“ im „Bemühen um einen ‚Sozialismus mit menschliche Antlitz‘“. Gleichzeitig begrüßten sie die „Reformentwicklung der letzten Jahre in der Sowjetunion“. Allerdings gemahnten sie auch ein förmliches Ende der Breschnew-Doktrin: „Wir haben die Hoffnung, daß danach auch die Tschechoslowakei ihren Weg zu einer menschenwürdigeren, gerechten und demokratischen Zukunft finden wird.“¹⁹⁸ Die Parallelisierung Dubčeks und Gorbatschows konnte somit dazu dienen, Forderungen zu artikulieren: an die UdSSR (Rehabilitierung des Prager Frühlings), aber auch an die ČSSR (Einschwenken auf die Perestrojka).

Die Grünen veranstalteten zudem gemeinsam mit der *Listy*-Gruppe und dem Club Voltaire eine Gesprächsreihe anlässlich des zwanzigjährigen Jubiläums. Bereits der Titel versprach eine Aktualisierung jenes Themas, das die *Listy*-Gruppe ebenso umtrieb wie Anfang der 1980er Jahre die Initiative *Solidarność mit Solidarność*: eine Verbindung von Sozialismus und Demokratie. „Demokratie und Sozialismus 68–88. Prager Frühling – Reformbewegungen in Osteuropa“, war die Reihe, die in Frankfurt stattfand, überschrieben. Eines der Gespräche widmete sich der „Zukunft des Sozialismus in Osteuropa“, und auf dem Podium saßen mit Zdeněk Mlynář, dem Grünen Joschka Fischer und dem Trotskisten Jakob Moneta ausschließlich ehemalige *Solidarność*-Unterstützer. Am Folgetag ging es um „Ökono-

¹⁹⁴ Semler, Zweimal in den selben Fluß steigen?

¹⁹⁵ So die Wiedergabe im *Spiegel* ([o. V.:] Personalien, in: Der Spiegel 18/1988, S. 254 f., hier S. 255).

¹⁹⁶ So die Wiedergabe in der FAZ ([o. V.:] Mlynar: Gorbatschows Politik hat Folgen für Prag, in: FAZ [vom 04. 05. 1988], S. 4).

¹⁹⁷ AGG, B.II.3, 1203, hs. Notiz zur Pressekonferenz am 03. 05. 1988. Genauere Informationen über den Inhalt der Pressekonferenz finden sich nicht. Die enge Nähe zum *Spiegel*-Bericht über das Treffen der Grünen mit Mlynář ([o. V.:] Personalien, in: Der Spiegel 18/1988, S. 255) legt nahe, dass dieses den Anlass für die Pressekonferenz lieferte.

¹⁹⁸ AGG, B.II.3, 1203, Pressemitteilung Nr. 794/88 vom 19. 08. 1988.

mische Reformen“; die Moderation lag bei Milan Horáček, und aus der *Listy*-Gruppe sprach Jiří Kosta.¹⁹⁹ (Kosta war bereits im Vormonat gemeinsam mit Jürgen Fuchs und Tamara Reiman, Ehefrau von Michal Reiman, im Literaturhaus Berlin aufgetreten – auf einer Veranstaltung, die sich der „Annäherung an den Prager Frühling“ widmete.)²⁰⁰ Auf dem Frankfurter Podium saßen ferner die beiden Solidarność-Unterstützer Lew Kopelew und Daniel Cohn-Bendit sowie Wolfgang Roth von der SPD. Bildete der Blick in die Vergangenheit den Ausgangspunkt der Diskussion, wandte man sich doch schnell aktuellen Fragen zu. „Neu war die nach vorn gerichtete Diskussion unter den Exilanten, SDSlern, Grünen und Sozialdemokraten, die um die Zukunft von Sozialismus, Kultur und Ökologie stritten“, goutierte dies die *taz*. Zu befriedigenden Ergebnissen jedoch kamen die Beteiligten offenbar nicht. Der Vorschlag Kostas, auf der Mikroebene Marktstrukturen zuzulassen und „in der Makroökonomie einen dritten Weg zwischen Markt und Plan [zu] finden, stieß nicht auf ungeteilte Zustimmung“, hieß es in der *taz*. „Lew Kopelew hat dagegen schon den dritten Weg. Er will anknüpfen an die Erfahrungen in der Sowjetunion zwischen 1922 und 1926“, das heißt an die Neue Ökonomische Politik (NEP) Lenins. In der Frage der nötigen Wirtschaftsreformen konnte das Podium keine Einigkeit herstellen. Die *taz* fasste das Diskussionsergebnis mit einem Ausspruch Kostas zusammen: „Das stalinistische System muß weg, das kapitalistische wollen wir nicht und was Sozialismus ist, wissen wir nicht.“²⁰¹ Der Hauptstreitpunkt lag demnach nicht so sehr in der Richtung der angestrebten Veränderungen, sondern im Wie auf dem Weg dorthin. Nach einem – zum Bestehenden in Ost wie West alternativen – Dritten suchten, scheint es, die meisten der Diskutierenden. (Dass hierbei den Berichten zufolge ein Realpolitiker wie Joschka Fischer nicht widersprach, ist durchaus bemerkenswert.) Worin dieses Dritte realistisch bestehen könne, kamen die Teilnehmer nicht überein. Weitgehend einig in der desiderativen Erwartung einer vielfach weiterhin mit dem Sozialismusbegriff bezeichneten, alternativen Ordnung, entzweiten sie sich an der Herausforderung, diese mit ihren (divergierenden) kalkulativen Erwartungen zu harmonisieren.

In jedem Fall war in Frankfurt, wie schon in Freudenberg und Bonn, ein Konnex zwischen Prager Frühling und Perestrojka hergestellt. Dass damit auch die Erwartungen, die einst auf dem tschechoslowakischen Reformexperiment geruht hatten, aktualisiert und auf die Perestrojka übertragen wurden, erhellt vor allem im Kontrast: Während die CSU das Jubiläum des Prager Frühlings nutzte, um dessen Niederschlagung als „Warnung vor der kommunistischen Realität“ zu lesen und anzumahnen, „angesichts der ‚Reformpolitik‘ Gorbatschows nicht in blinde Euphorie zu verfallen, sondern sich stets vor Augen [zu] halten, wie schnell eine

¹⁹⁹ AGG, B.II.3, 1203, Ankündigung für die Reihe „Demokratie und Sozialismus 68–88. Prager Frühling – Reformbewegungen in Osteuropa“, Juli 1988.

²⁰⁰ AGG, B.II.3, 1203, Programm der Veranstaltung „Annäherung an den Prager Frühling“, Literaturhaus Berlin, 03. 06. 1988.

²⁰¹ Florian Bohnsack: „Was Sozialismus ist, wissen wir nicht“. Über die Zukunft von Perestroika und Prager Frühling diskutierten in Frankfurt altbekannte Leute auf dem Podium mit neuer Sicht der Dinge, in: *taz* vom 12. 07. 1988, S. 4.

solche Entwicklung innerhalb des kommunistischen Machtblocks unumkehrbar ist“²⁰² – das heißt eine Dämpfung der auf Gorbatschow gerichteten Erwartungen betrieb –, aktualisierten Politiker von SPD und Grünen, die den Kontakt zur *Listy*-Gruppe suchten, gerade jene Hoffnungen, die auf einem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ in Ost und West geruht hatten.

Am deutlichsten wird dies an der Zeitschrift *L'80*, die 1976 (als *L'76*) von Heinrich Böll, Günter Grass und Carola Stern gegründet und nach vorübergehenden Schwierigkeiten 1980 wieder eingerichtet worden war. Die Zeitschrift trug den Untertitel *Demokratie und Sozialismus* und hatte sich speziell der Zusammenarbeit westlicher Linker mit der Dissidenz im sowjetischen Machtbereich verschrieben. (Anfang der 1980er Jahre hatte sie sich deshalb auch hinter *Solidarność* gestellt.²⁰³) Just im zwanzigsten Jahr des Prager Frühlings, der ihr zentraler historischer Bezugspunkt war, musste die Zeitschrift jedoch ihr Erscheinen aufgrund finanzieller Probleme einstellen. Die Leiter des Periodikums – neben Grass und Stern waren dies Tomaš Kosta und Johano Strasser – wurden Mitherausgeber bzw. Redakteure der sozialdemokratischen Zeitschrift *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, deren Bezug sie ihren bisherigen Lesern empfahlen.²⁰⁴

Im letzten Heft von *L'80* kommentierte Johano Strasser die Einstellung der Publikation, indem er einen Bogen vom Prager Frühling zur Perestrojka schlug:

„Daß dies [das Ende des Erscheinens] zu einem Zeitpunkt geschieht, da in jenem Teil der Welt, mit dem sich *L'80* besonders intensiv befaßt hat, Osteuropa nämlich, dank Gorbatschow sich neues Leben regt, ist eine schmerzliche Ironie. [...] Wir haben in diesem letzten Heft von *L'80* das in den Mittelpunkt gestellt, was immer das Hauptanliegen der Zeitschrift war: die Bemühung um einen demokratischen, freiheitlichen, menschlichen Sozialismus. Der ‚Prager Frühling‘, der vor zwanzig Jahren die Gemüter für kurze Zeit faszinierte und dann so schändlich in Vergessenheit geriet, dessen Ideen heute in dem, was Gorbatschow ‚Glasnost‘ und ‚Perestrojka‘ nennt, wieder aufstehen, hat seine Aktualität allem politischen Modenwechsel zum Trotz erhalten.“²⁰⁵

Obgleich also die Zeitschrift, die sich so dezidiert auf den Prager Frühling bezog, in dessen zwanzigstem Jahr verschwand, erblickte Strasser in Gorbatschow die Aktualisierung jener Hoffnungen, die seiner – wie Bölls, Grass', Sterns und Kostas – Arbeit für *L'80* zugrunde gelegen hatten.

Zu bemerken ist jedoch abschließend, dass keineswegs alle Sozialdemokraten und Grünen diese Erwartungshaltung teilten. Hermann Wentker hat im Gegenteil darauf hingewiesen, dass die Grünen bei der Beurteilung der Perestrojka „zwischen

²⁰² AGG, B.II.3, 1203, Pressemitteilung der CSU (Wolfgang Bötsch) vom 19. 08. 1988.

²⁰³ Siehe oben, Kap. II.

²⁰⁴ AdsD, Dep. Kosta, Akte 4, Protokoll des Herausgebertreffens von *L'80* am 06. 03. 1988 in Berlin, dat. 06. 03. 1988, u. Vertrag zwischen dem Verlag Neue Gesellschaft GmbH und der *L'80* Verlagsgesellschaft mbH, dat. 13. 10. 1988. Die „*L'80* Verlagsgesellschaft mbH“ wurde erst 1992 liquidiert (AdsD, Dep. Kosta, Akte 3, Niederschrift über die Gesellschafterversammlung der *L'80* Verlagsgesellschaft mbH am 12. 09. 1991 in Bergisch-Gladbach). Kosta schrieb dazu: „Es war eine schöne Zeit, und es stimmt mich ein bißchen traurig, daß es *L'80* nun nicht mehr gibt.“ Auf einer Tagung sei ihm kürzlich „wieder klar [geworden], wie wichtig *L'76* und *L'80* für die tschechischen Dissidenten waren, denn es kamen viele zu mir und bedankten sich für die Zeit“ (ebd., S. 1).

²⁰⁵ Johano Strasser: Editorial, in: *L'80* (Juli 1988), Nr. 46, S. 2 f.

Sympathie und Kritik“ geschwankt und Gorbatschow insgesamt „nie so euphorisch wie andere in der Bundesrepublik umjubelt“ hätten.²⁰⁶ Und auch bei den Sozialdemokraten findet sich in der archivalischen Überlieferung durchaus Kritik an allzu positiven Erwartungen bezüglich der sowjetischen Reformpolitik. So beklagte sich der Jurist Martin Kriele über „eine gewisse Grundstimmung auch in den SPD-nahen Organen, eine gewisse Verehrung Gorbatschows, die bis zur Schwärmerei manchmal geht“. Gleichzeitig müsse man beobachten, dass US-Präsident Reagan „sich hier ja kaum ins Land trauen kann [...], ohne daß mit Demonstrationen zu rechnen ist und er geschützt werden muß“. Die „Emotionen sind so verschoben“, kritisierte Kriele, und befand, dass „etwas Grundsätzliches irregelaufen [sei] in den letzten 15 Jahren“.²⁰⁷ In ähnlicher Weise bemängelte Altkanzler Helmut Schmidt in einem Brief an Peter von Oertzen den sicherheitspolitischen Kurs der SPD. Gorbatschows Abrüstungsvorschläge entsprächen lediglich dem, was er (Schmidt) selbst bereits 1980 gegenüber den Führungen der USA und UdSSR vorgeschlagen habe. Dies werde in der Partei jedoch nicht wahrgenommen. Stattdessen würden Gorbatschows Vorschläge „als schon vollzogene Tatsachen interpretiert“ und gleichzeitig „der tumbe Reagan [...] als Symbol eines angeblich tumben, kapitalistischen und imperialistischen Amerikas fehlinterpretiert“. Insgesamt verdränge in der SPD „idealistische Romantik“ zunehmend die „Nüchternheit außenpolitischer Konzeption“.²⁰⁸

Im Wirkungskreis der *Listy*-Gruppe jedoch war es – wie beschrieben – üblich, die Reformen Gorbatschows mit dem Prager Frühling zu parallelisieren. Es ist insofern nicht verwunderlich, dass Ende der 1980er Jahre immer wieder von einem „Frühling in Moskau“,²⁰⁹ einem „Moskauer Frühling“²¹⁰ zu lesen war. Nicht nur Mlynář und sein Kreis, sondern auch andere Exiltschechen leisteten dieser Interpretation Vorschub. Beispielhaft sei auf Jan Pauer verwiesen, Mitgründer²¹¹ des Sozialistischen Osteuropa-Komitees Hamburg, das sich an der *Solidarność*-Solidarität beteiligt hatte.²¹² Auch Pauer stellte die Reformpolitik Gorbatschows affirmativ in die Tradition der Prager Frühlings, wiewohl er zugleich auf Unterschiede verwies.²¹³ Entscheidend ist, dass solche Parallelisierungen mit dem Prager Frühling die mit diesem verknüpften Erwartungen wieder aufriefen. Eine Ver-

²⁰⁶ Wentker, Die Grünen und Gorbatschow, S. 481 u. 514.

²⁰⁷ AdsD, Dep. Eppler, 1/EEAC000021, Bandabschrift einer Veranstaltung (vermutlich in der Freudenberger Gustav-Heinemann-Akademie), dat. 22.01.1988, angehefteter Zettel, S. 1.

²⁰⁸ LUH, Akz. 2009/09, Sign. 48/5, Helmut Schmidt an Peter von Oertzen, 25.03.1987, S. 1.

²⁰⁹ Reiman, Frühling in Moskau.

²¹⁰ Klaus Hänsch: Vor einem Moskauer Frühling?, in: Sozialdemokratischer Pressedienst 42 (1987), Nr. 21, S. 6. Der sozialdemokratische Europapolitiker Hänsch hatte schon Anfang der 1980er Jahre an einem internationalen Symposium mit ehemaligen Prager Reformkommunisten teilgenommen (vgl. Zdeněk Mlynář: Der Prager Frühling. Ein wissenschaftliches Symposium, Köln 1983, S. 6).

²¹¹ So die Auskunft Pauers im Gespräch mit dem Verfasser (Hamburg, 23.02.2014).

²¹² Siehe oben, Kap. II.

²¹³ Jan Pauer: Der tschechoslowakische Reform- und Demokratisierungsprozeß im Lichte der „Perestrojka“, in: Prager Frühling und Reformpolitik heute. Hintergründe und Vergleiche der Reformen in Osteuropa, hg. von Tilly Miller, München 1989, S. 44–57, hier S. 46 f.

bindung von Demokratie und Sozialismus schien mit Gorbatschow doch noch eine Chance zu erhalten – zumal sie nun im Zentrum des sowjetischen Imperiums in Angriff genommen wurde und nicht ohne weiteres niedergeschlagen werden konnte.²¹⁴

Gorbatschow und der Prager Frühling

Wenngleich auch in der Forschung durchaus Parallelen zwischen den Reformversuchen in der ČSSR und der UdSSR gezogen werden,²¹⁵ ist darauf hinzuweisen, dass sich Gorbatschow selbst mit seiner Politik anfangs *nicht* auf den Prager Frühling bezog, schon gar nicht in der Öffentlichkeit. Obschon er bereits 1967 durch den Besuch Mlynářs in Stawropol mit den Ideen der tschechoslowakischen Reformkommunisten in Berührung gekommen war und diese „mit Sympathie“²¹⁶ aufgenommen hatte, verbot sich eine Bezugnahme auf deren politisches Experiment.

„Da eine kritische Einstellung gegenüber dem ‚Prager Frühling‘ nach der sowjetischen Intervention 1968 zu einem Loyalitätstest für Parteimitglieder gemacht worden war, hatte Gorbatschow dementsprechend das tschechische Beispiel nicht im Sinn, als er, getrieben von seiner Sicht der Notwendigkeit von Veränderungen in der Sowjetunion, denselben Reformweg einschlug“,

meint Archie Brown. Erst ab 1988 hätten sich Reformer und Intellektuelle in der Sowjetunion nach ausländischen Vorbildern umgesehen.²¹⁷ Dies harmoniert mit den Ausführungen zum zwanzigsten Jubiläum des Prager Frühlings weiter oben.

Gorbatschow selbst erinnert sich, dass er nicht nur bei seinem Besuch in Prag 1987 auf seine Haltung zum Prager Frühling angesprochen wurde. „Es war die schwierigste Frage, die man mir stellen konnte. Sollte ich etwa jenen Standpunkt beziehen, der vor meinem Besuch im Politbüro vereinbart worden war? Sollte ich vor Menschen, die sich zu mir sichtlich hingezogen fühlten, diese Phrasen wiederholen? Selten zuvor hatte ich einen solchen inneren Zwiespalt gefühlt.“²¹⁸ Mlynář habe in einem Interview die Perestrojka mit dem Prager Frühling verglichen („In der Sowjetunion macht man heute das, was wir in Prag im Frühjahr 1968 getan haben, ja man geht dort sogar noch radikaler vor. Und dabei ist Gorbatschow Generalsekretär, während ich im Exil leben muß“), und Dubček habe nach Moskau geschrieben, man solle sich seiner erinnern. „Ich war mir bewußt, daß diese Kritiker der tschechoslowakischen Entwicklung recht hatten. Was bedeutete denn das Jahr 1968, wenn man es aus dem Blickwinkel der Jahre 1987 und 1988 betrachtete? Es bedeutete, daß sich die Perestrojka um zwanzig Jahre verspätet hatte.“²¹⁹

²¹⁴ Allerdings wies auch Mlynář selbst auf die Möglichkeit eines Militärputsches hin, wie er dann 1991 ja auch stattfand (AGG, B.II.3, 1156, Gesprächsnotiz von einer Diskussion über die Politik Gorbatschows am 04.05.1987 in Haus Wittgenstein, dat. 15.07.1987, S. 4).

²¹⁵ Vgl. etwa Furet, *Das Ende der Illusion*, S. 9 u. 622.

²¹⁶ Brown, *Der Gorbatschow-Faktor*, S. 83.

²¹⁷ Ebd., S. 556 f., Anm. 4.

²¹⁸ Gorbatschow, *Erinnerungen*, S. 880.

²¹⁹ Ebd., S. 881.

Die Notwendigkeit einer Neubewertung des Prager Frühlings konstatiert in der Rückschau auch Gorbatschow selbst:

„Hätten die damaligen Machthaber in der Sowjetunion und in den anderen Staaten der Warschauer Vertragsorganisation die tschechoslowakische Erneuerungsbewegung weitsichtiger beurteilt, dann hätte der gesellschaftspolitische Wandel bei uns und bei unseren osteuropäischen Nachbarn, ja auf der ganzen Welt möglicherweise viel früher eingesetzt.“²²⁰

Festzuhalten bleibt aber, dass eine Parallelisierung der Perestrojka mit dem Prager Frühling häufig vorgenommen wurde und das Bild Gorbatschows in der Bundesrepublik stark prägte.

3. Im Fahrtwind der Perestrojka: Sozialdemokratische Erwartungen Ende der 1980er Jahre

Im Fahrtwind der Perestrojka können denn auch einige Aktivitäten Ende der 1980er Jahre gesehen werden, die im Folgenden diskutiert werden sollen. Es handelt sich um Gespräche zwischen der Grundwertekommission der SPD und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED sowie um die Programmdebatte der SPD in den 1980er Jahren.

3.1 Der SPD-SED-Dialog als transnationales Erwartungsmanagement

Das Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“, das Vertreter von SPD und SED 1987 zusammen vorlegten, lässt sich nicht ohne weiteres allein der gouvernementalen Entspannungspolitik zurechnen, die die Sozialdemokraten in den 1980er Jahren betrieben. Stattdessen kann es, so soll im Folgenden argumentiert werden, auch als Teil eines transnationalen Erwartungsmanagements verstanden werden, in das auch Exilanten aus dem Ostblock und Unterstützer der östlichen Dissidenz eingebunden waren. Nicht nur verwahrte sich Erhard Eppler präventiv gegen den – schon zeitgenössisch erhobenen – Vorwurf, „Nebenaußenpolitik“ aus der Opposition heraus betrieben zu haben: Bereits bei der öffentlichen Vorstellung des Papiers betonte er, dieses „hätte auch dann keine Erklärung zweier deutscher Regierungen sein können, wenn heute Sozialdemokraten unser Land regieren würden. Hier handelt es sich also nicht um Außenpolitik in Konkurrenz zu einer Regierung, sondern um die Aufarbeitung von Fragen, die keine Regierung so anpacken kann und darf“.²²¹

²²⁰ Ebd., S. 890.

²²¹ Erhard Eppler: Wir haben Neuland gepflügt. Stellungnahme auf der Pressekonferenz am 27.08.1987 in Bonn, in: Kultur des Streits. Die gemeinsame Erklärung von SPD und SED. Stellungnahmen und Dokumente, Köln 1988, S. 22–29, hier S. 22.

Zu den Mitgliedern der Verhandlungsgruppe zählten auf sozialdemokratischer Seite hauptsächlich Personen, die über Kontakte zu Dissidenten und Oppositionellen im „Ostblock“ verfügten. Eppler selbst engagierte sich in der Friedensbewegung und kam über seine deutsch-deutschen Kirchenkontakte in losen Abständen mit kritischen Stimmen aus der DDR in Kontakt.²²² Diesen Umstand nutzte er noch zur Vorbereitung seiner regimekritischen, von allen Parteien gelobten Rede zum Tag der deutschen Einheit am 17. Juni 1989: Das Manuskript ließ er von dem ostdeutschen Pfarrer Heino Falcke gleichsam autorisieren, wie ein archivalisch überlieferter Schriftwechsel belegt.²²³ Auch hatte Eppler Ende der 1970er Jahre die Kampagne zur Freilassung Rudolf Bahros unterstützt²²⁴ und sich als Unterzeichner des *Friedensmanifests* '82 hinter Solidarność gestellt.

Iring Fetscher, ein weiterer SPD-Vertreter bei den Gesprächen mit der SED, war Anfang der 1980er Jahre Unterstützer von *Solidarität mit Solidarność* gewesen. Zudem hatte Fetscher bereits in den 1970er Jahren das Vorwort für die deutsche Ausgabe von *Sowjetbürger in Opposition. Plädoyer für eine sozialistische Demokratie* verfasst. Das Buch stammte aus der Feder des marxistischen Dissidenten Roy Medwedjew, der erst unter Gorbatschow Ende der 1980er Jahre wieder in die sowjetische Führung aufrückte. Auch der Schriftsteller Johano Strasser hatte sich für Solidarność eingesetzt und gab in seiner Zeitschrift *L'80* Dissidenten und Emigranten aus dem Ostblock ein publizistisches Forum. An den Gesprächen mit der SED war zudem Peter von Oertzen beteiligt, ebenfalls ein früherer Solidarność-Unterstützer und aus MfS-Sicht ein „böswilliger Antikommunist“, der im Ostblock die „oppositionellen und antikommunistischen Kräfte stärken und ermutigen“ wolle.²²⁵

Thomas Meyer schließlich, Autor der zweiten Hälfte des SPD-SED-Papiers, stand als Direktor der Gustav-Heinemann-Akademie in regelmäßigem Austausch mit den Emigranten des Mlynář-Kreises (s. o.), die sich als Teil der Opposition im „Ostblock“ und der blockübergreifenden Friedensbewegung begriffen. Eine rein gouvernementale Entspannungspolitik lehnten diese Emigranten ab.²²⁶ Folgt man der Erinnerung Meyers, dann war der Mlynář-Kreis sogar in die Entstehung des Papiers involviert gewesen: Er selbst habe die tschechischen Exilanten um eine Einschätzung gebeten, was in einem solchen Dokument aus Sicht der östlichen Dissidenz enthalten sein müsse, und dann „das, was Zdenek Mlynar und J. Pelikan

²²² Vgl. Christine Simon: Erhard Epplers Deutschland- und Ostpolitik, Bonn, Univ., Diss., 2004, S. 241 ff.

²²³ AdsD, Dep. Eppler, 1/EEAC000218, Brief an Erhard Eppler o. Abs., undat., am Rand hs. Notiz „[Heino] Falcke/auf dem Berliner Kirchentag Juni 1989“. Der Brief beginnt mit den Worten: „Lieber Bruder Eppler! Ausgezeichnet, ich finde eigentlich nichts zu korrigieren.“

²²⁴ Helga Grebing: Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland. Teil II, in: Helga Grebing (Hg.): Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – Katholische Soziallehre – Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch 2005, S. 355–598, hier S. 538.

²²⁵ BStU, HVA 35, S. 306.

²²⁶ Siehe oben.

da im wesentlichen vorgetragen haben, [...] in die ersten Entwürfe dieses Papiers ohne große Veränderungen reingeschrieben“.²²⁷

Wie Abb. 8 im Anhang verdeutlicht, gab es damit direkte personelle Verbindungen zur Solidarność-Solidarität der frühen 1980er Jahre und zur blockübergreifenden Friedensbewegung und insofern ein gegenüber der SPD-Ostpolitik kritisches Potenzial auf der SPD-Seite des Parteialogs.

Der Gorbatschow-Faktor im SPD-SED-Papier

Nicht nur das Schlussmotto des gemeinsamen Papiers („Neues Denken – neues Handeln“) deutet auf den Kontext der Perestrojka. Dass sich die Verständigung dem Rückenwind der Gorbatschow-Reformen verdankte, bezeichnet eine bereits zeitgenössische Darstellung und Wahrnehmung. Denn von gouvernementaler Entspannungspolitik unterschied sich der SPD-SED-Dialog auch dadurch, dass bei den Gesprächen ab 1986 Journalisten zugegen waren.²²⁸ Es handelte sich dabei also keineswegs um Geheimdiplomatie. Entsprechend konnte etwa *Der Spiegel* die Entstehung des SPD-SED-Papiers mit Hintergrundinformationen und wörtlichen Zitaten illustrieren. So hieß es, bereits beim Treffen in Freudenstadt Anfang 1986 hätten die SED-Vertreter ihre Gesprächspartner mit einer „geistigen Wende“ überrascht und sich dabei auf den neuen Kreml-Chef berufen. Gorbatschows Rede auf dem KPdSU-Parteitag vom Februar hätten die ostdeutschen Kommunisten „gleich stapelweise mitgebracht“. Die neue Linie der SED-Delegation unter Leitung von Otto Reinhold fasste *Der Spiegel* wie folgt zusammen: „Der friedliche Wettbewerb der Systeme sei im Zeitalter atomarer Weltbedrohung die einzig mögliche Form des Kampfes zwischen Ost und West, die Expansion des Sozialismus sei ein für allemal out.“ Von der „geistigen Pirouette“ der Kommunisten äußerst „beeindruckt“, habe Erhard Eppler auf der SPD-Seite vorgeschlagen: „Wenn das so ist, daß es so viel Neues gibt, sollte man versuchen, ein gemeinsames Papier zu erarbeiten.“ Reinhold sagte spontan zu, ohne sich in seiner Zentrale rückzuversichern: „Ich glaube, das können wir machen.“²²⁹

Eppler selbst schilderte den Hergang ähnlich und bezeichnete den Gorbatschow-Faktor ebenfalls als wichtig. Es sei durchaus

„kein Zufall, dass das Gemeinsame Papier Impulse aufgenommen und verarbeitet hat, die von der sowjetischen Führung, vor allem von Generalsekretär Gorbatschow ausgegangen sind. Seine Rede auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU hat uns ermutigt, den Versuch eines Gemeinsamen Papiers zu machen. Er hat auch den Anstoß dazu gegeben, den Gedanken der friedlichen Koexistenz neu zu durchdenken und neu zu formulieren.“²³⁰

²²⁷ Meyer, „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“, S. 61.

²²⁸ Vgl. Simon, Erhard Epplers Deutschland- und Ostpolitik, S. 276.

²²⁹ [o. V.]: Kultur des Streits, in: *Der Spiegel* 35/1987, S. 21 f.

²³⁰ AdsD, Dep. Eppler, 1/EEAC000020, Antworten Epplers auf „Fragen an die Vertreter von SED und SPD zum Dokument ‚Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit‘“, dat. 21. 02. 1988, S. 10.

Seiner Partei hatte Eppler das Papier bereits im Vorfeld der Veröffentlichung mit einem Hinweis auf die Sowjetunion empfohlen: „In diesem Papier zeigt sich die SED auf Gorbatschow-Kurs.“ Zugleich verkündete er, die Sozialdemokraten seien für die SED nun genau dort „Partner, wo Neues Denken zu neuem Handeln führen soll“.²³¹ Die SPD konnte sich somit als Impulsgeberin und Teilhaberin einer ost-deutschen Perestrojka betrachten, die nun gleichsam offiziell angekündigt schien. In dieser Logik stellte das SPD-SED-Papier eindrucksvoll die Potenz der Sozialdemokratie als gesamteuropäische Transformationsunternehmerin unter Beweis. Gleichwohl hätte, glaubt man dem *Spiegel*, die SPD das Papier gern erst nach den Landtagswahlen vom Herbst 1987 veröffentlicht – um der CDU/CSU keine Gelegenheit zu geben, sie als „wieder mal als fünfte Kolonne Moskaus zu diffamieren“.²³² Als Wahlkampfschlager eignete sich die Verständigung mit der SED offenbar trotz allem nicht.

Kritik und Zustimmung aus allen Richtungen

Die Kritik der Union ließ denn auch nicht auf lange sich warten, und selbst innerhalb der SPD war das gemeinsame Papier mit SED umstritten. Störten sich Sozialdemokraten vom rechten Flügel daran, dass überhaupt mit der SED verhandelt wurde,²³³ galt das Papier dem linken Flügel zu versöhnlich gegenüber der eigenen, bundesrepublikanischen Gesellschaft. Die frühere Solidarność-Unterstützerin Helga Grebing etwa bemängelte in einer persönlichen Stellungnahme, man könne die „Erkenntnis der Gefahren der kapitalistischen Verwertungslogik, Monopolismus- und Imperialismus-Kritik (und nicht bloß die Bereitschaft, ‚die Gefahren des kapitalistischen Wirtschaftens nicht zu verkennen‘), Gemeineigentum und soziale Menschenrechte“ nicht der kommunistischen Seite überlassen, wie es das Papier tue. Im Gegenteil: „Erst alle diese Fixpunkte zusammen begründen unseren ‚dritten Weg‘, den des demokratischen Sozialismus.“ Wer weiterhin eine „sozialistische Transformation Westeuropas“ anstrebe – und Grebing bekannte sich hierzu –, dürfe sich nicht als „Grenzgänger des Kapitalismus“ betätigen.²³⁴

Doch auch zustimmende Reaktionen kamen aus allen Richtungen. So begrüßte der konservative Sozialdemokrat Richard Löwenthal das Papier.²³⁵ Auch der Jurist Martin Kriele, der wegen seiner Unterstützung der US-finanzierten Contras in Nicaragua fast aus der SPD ausgeschlossen worden wäre, unterstützte den Dialog mit der SED, wenngleich er Gorbatschow gegenüber kritisch blieb:

²³¹ AdsD, Dep. Eppler, 1/EEAC000019, Schreiben Erhard Epplers vom 20. 08. 1987, S. 2.

²³² [o. V.:] Kultur des Streits, in: Der Spiegel 35/1987, S. 22.

²³³ Vgl. Heike Amos: Die SED-Deutschlandpolitik 1961 bis 1989. Ziele, Aktivitäten und Konflikte, Berlin [u. a.] 2015, S. 544 ff.

²³⁴ Helga Grebing: Kein dritter Weg?, in: Vorwärts vom 12. 09. 1987, S. 10 [wieder in: Wolfgang Brinkel/Jo Rodejohann (Hg.): Das SPD-SED-Papier. Der Streit der Ideologen und die gemeinsame Sicherheit, Freiburg i. Br. 1988, S. 121–123].

²³⁵ Vgl. Simon, Erhard Epplers Deutschland- und Ostpolitik, S. 280.

„Ich habe dieses Papier ja im Kern begrüßt. Wenn man nämlich sagt, es geht uns um eine Streitkultur, dann heißt das ja zweierlei. Erstens geht es uns um Kultur in der Auseinandersetzung, das heißt [...] sachlich, differenziert, kenntnisreich und so fort. Und dagegen kann ja niemand etwas einwenden. Zweitens bedeutet es aber auch, wir streiten, d. h. wir sagen, wo die Unterschiede sind, und das ist ja [...] etwas, was in den letzten Jahren sehr zurückgetreten ist. Wir streiten ganz engagiert zwischen den Parteien, aber nicht zwischen den Systemen, [...] und deswegen begrüße ich es, daß in der SPD wer sagt, wir wollen wieder streiten mit den Kommunisten. Das ist etwas ganz Neues.“²³⁶

In der DDR registrierte die Staatssicherheit überwiegend positive Reaktionen, sowohl unter den Parteifunktionären und -mitgliedern als auch unter den Dissidenten. Letztere sahen demnach in dem Papier eine „Rechtfertigung und Bestätigung ihrer bisherigen politischen Grundhaltung und für ihre feindlich-negativen Aktivitäten“, wie es im MfS-Jargon hieß. Zwar gebe es durchaus auch Kritik, doch sehe man in oppositionellen Kreisen durch das Dokument insgesamt „günstige Bedingungen“ für die eigene weitere Arbeit.²³⁷

Die Verständigung mit der SED als Erwartungsmanagement

Glaubt man solchen internen Informationen des MfS, weckte das Papier bei DDR-Oppositionellen durchaus die Erwartung breiterer Handlungsspielräume. Eben dies hatte Eppler schon bei seiner parteiinternen Anpreisung des Dokuments zum Argument gemacht: „Auf das Papier dürften sich innerhalb der DDR noch manche berufen (Offene Diskussion innerhalb jedes Systems).“²³⁸ Demnach ging es den Sozialdemokraten auch darum, mehr Raum für Diskussionen und Kritik innerhalb der DDR zu fördern. Gedacht war dabei an Dissidenten ebenso wie Reformer innerhalb der Partei. Gut ein Jahr später sah Eppler seine Prognose bestätigt:

„Es ist ganz klar, daß dieses Papier ungeheure Hoffnungen geweckt hat. Ich habe das selbst erlebt, als ich als erster westdeutscher Politiker im DDR-Fernsehen am 3. September 1987 bei einer live-Diskussion auftreten konnte. Leider ist das Papier hier [in Westdeutschland] viel weniger gelesen worden als drüben [in der DDR], zum Teil ist es dort auswendig gelernt worden. Es war ein Ansatzpunkt der Hoffnung, für Christen und Nichtchristen in gleicher Weise, für viele innerhalb der SED, für viele außerhalb der SED. Es war Gegenstand einer heißen Diskussion.“

Schon dies betrachtete Eppler als Gewinn. Doch musste er eingestehen, dass manche Erwartungen enttäuscht worden seien: „Nicht erfüllt haben sich die Hoffnungen des Papiers in der Frage des Dialogs.“ So gebe es in der DDR offenbar weiterhin Versuche, die Kirchen für die Zwecke des Staates zu instrumentalisieren.²³⁹

²³⁶ AdsD, Dep. Eppler, 1/EEAC000021, Bandabschrift einer Veranstaltung (vermutlich in der Freudenberger Gustav-Heinemann-Akademie), dat. 22. 01. 1988, angehefteter Zettel, S. 1.

²³⁷ BStU, MfS ZAIG 4230, Bl. 1–9, hier S. 5 u. 7 (Zitate: S. 7).

²³⁸ AdsD, Dep. Eppler, 1/EEAC000019, Schreiben Erhard Epplers vom 20. 08. 1987, S. 3.

²³⁹ Erhard Eppler: Die Bedeutung des SPD-SED-Papiers für den Dialog zwischen den beiden Staaten und Christen in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. Referat am 11. 11. 1988 bei einer Tagung der Evangelischen Akademie Mühlheim/Ruhr, in: Reden auf die Republik. Deutschlandpolitische Texte, 1952–1990, München 1990, S. 146–157, hier S. 152.

Entsprechend plädierte er sogar für den Abbruch der Gespräche mit der SED,²⁴⁰ doch die SPD-Parteiführung entschied anders.²⁴¹

Blaupause für den Dialog zwischen unterschiedlichen Strömungen der Linken

Für Eppler war das SPD-SED-Papier allerdings nicht primär ein deutsch-deutsches Dokument, sondern das erste gemeinsame von Sozialdemokraten und Kommunisten seit 1919.²⁴² „Wir haben begonnen, weil wir ohne Sprachbarrieren verhandeln konnten“, so seine Begründung für den vorerst nationalen Rahmen des Dialogs. Schließlich sei der Austausch auch ein Ringen um Begriffe gewesen. Schon das Papier selbst hielt fest, der Streit werde „dadurch verschärft, daß beide [Seiten] oft mit denselben Begriffen verschiedene Inhalte verbinden“.²⁴³ Eppler sah dies vor allem als Problem für die Kommunisten: „Während die Totalitarismustheorie im Westen langsam – viel zu langsam – abstirbt, kommen der SED Teile ihrer eigenen Ideologie, oft auch ihrer eigenen Sprache in die Quere.“ So müsse man etwa den Imperialismus-Begriff der Kommunisten gemeinsam verflüssigen.²⁴⁴ Zugleich attestierte Eppler dem Papier eine internationale Dimension: „Es könnte durchaus sein, daß andere sozialdemokratische und sozialistische Parteien sich in den Positionen der [SPD-]Grundwertekommission wiederfinden, andere kommunistische Parteien in den Aussagen der SED-Mitglieder [in der Verfassergruppe].“²⁴⁵

Es ging also nicht um eine deutsch-deutsche Verständigung, sondern um den Dialog zwischen Sozialdemokraten/Sozialisten und Kommunisten im Weltmaßstab. Dies meinte nicht nur den Austausch zwischen Ost und West, sondern sollte auch die unterschiedlichen Strömungen der Linken innerhalb der einzelnen Länder einschließen. So versprachen die Sozialdemokraten ihren Gesprächspartnern von der SED, ihr Verhältnis zur DKP zu überdenken. Die Erwartungen wurden nicht allein nach außen, sondern auch nach innen gerichtet. Gleichzeitig war es Eppler jedoch wichtig, festzustellen: „Wir legen kein Dokument der Verbrüderung vor.“²⁴⁶

²⁴⁰ Vgl. Simon, Erhard Epplers Deutschland- und Ostpolitik, S. 296.

²⁴¹ AdsD, Dep. Eppler, 1/EEAC000020, Protokoll der Sitzung der Grundwertekommission vom 26. 01. 1989, dat. 30. 01. 1989, S. 1: „Eppler berichtet, daß im Präsidium übereinstimmend die Fortsetzung des Dialogs [mit der SED-Seite] für sinnvoll gehalten werde.“

²⁴² Vgl. Eppler, Wir haben Neuland gepflügt, S. 27.

²⁴³ [o. V.:] Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit. Gemeinsame Erklärung der Grundwertekommission der SPD und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED vom 17. 08. 1987, in: Kultur des Streits. Die gemeinsame Erklärung von SPD und SED. Stellungnahmen und Dokumente, Köln 1988, S. 8–21, hier S. 13.

²⁴⁴ Erhard Eppler: Ärger mit allzu simplen Begriffen, in: Vorwärts vom 28. 11. 1988, Nr. 48, S. 12 f., hier S. 13.

²⁴⁵ Eppler, Wir haben Neuland gepflügt, S. 23.

²⁴⁶ Ebd., S. 24.

Ein Beispiel für den Dialog zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten – sowie weiteren Strömungen der Linken – innerhalb der Bundesrepublik ist der Band *Fernaufklärung*, den der Grüne Michael Stamm, der Sozialdemokrat Detlev Albers und der Politikwissenschaftler Frank Deppe 1989 gemeinsam herausgaben. An ihm lässt sich die mit Gorbatschow verknüpfte Hoffnung, die „zerklüftet[e]“ westdeutsche Linke möge wieder zu mehr Einheit finden, gut ablesen. Schon im Vorwort fragte der Redakteur des Bandes, Harald Werner von den Perestrojka-affinen „Erneuerern“ in der DKP: „Die erste sowjetische Revolution spaltete die deutsche Linke – wird die zweite sie wieder einen?“ Während jahrzehntelang die Haltung zur Sowjetunion „eine Trennlinie“ innerhalb der Arbeiterbewegung gezogen und für eine verlässliche „Freund-Feind-Erkennung“ gesorgt habe, hätten sich durch Gorbatschow die Gegensätze deutlich reduziert.²⁴⁷ (Werner ließ freilich unerwähnt, dass die Perestrojka seine eigene Partei förmlich zeriss.)²⁴⁸ Glasnost und Perestrojka hätten bereits jetzt „die Dialogfähigkeit zwischen den Lagern“ im „Innenverhältnis der bundesdeutschen Linken“ befördert, „die vor kurzer Zeit im Wort die Abgrenzung, nicht aber die Verständigung zu sehen gewohnt waren“.²⁴⁹

Thomas Meyer, einer der sozialdemokratischen Beiträger des Bandes, erwartete ebenfalls, dass Gorbatschows Reformen alle Strömungen der westdeutschen Linken betreffen werde – und „mittel- und langfristig zu einer grundlegenden Veränderung ihres Verhältnisses zueinander führen“ könne.²⁵⁰ Meyer formulierte die Hoffnung, dass es durch die Perestrojka „zumindest in Europa wieder einen gemeinsamen Dialog der sozialistischen Linken geben kann, der nicht länger durch Verfeindungen, Tabuisierungen und Diskussionsverbote gekennzeichnet ist“. Er hielt eine „neue demokratische Streitkultur in Europa [für] möglich, die insgesamt ohne Feindbildprojektionen auskäme, in der aber die Linke durch gemeinsame Prinzipien, gemeinschaftlich aufgearbeitete Erfahrungen und gemeinsam geteilte Hoffnungen einen gemeinsamen Diskussionszusammenhang bildet“.²⁵¹ Meyer rechnete also mit der Neukonstituierung der Linken als kommunikative Erwartungsgemeinschaft. Dies bezeichnet eine kalkulative Erwartung, die sich auf die kohäsive Wirkung geteilter desiderativer Erwartungen richtete. Sollte diese sich erfüllen, könne auch der „demokratische Sozialismus“ eine „neue Offensivchance in unserer Gesellschaft“ erhalten. Meyer hielt hierfür auch gleich ein Angebot bereit: das neue Grundsatzprogramm, über das die SPD in den achtziger 1980er Jahren diskutierte und das sie Ende 1989 schließlich verabschiedete. Dieses könne „eine gute Grundlage für die Realisierung dieser Hoffnungen sein“.²⁵² Im Grunde war das nichts Neues. Schon der Eurokommunismus hatte Erwartungen geweckt,

²⁴⁷ Harald Werner: Vorwort, in: Detlev Albers/Frank Deppe/Michael Stamm (Hg.): *Fernaufklärung*. Glasnost und die bundesdeutsche Linke, Köln 1989, S. 9–11, hier S. 9.

²⁴⁸ Vgl. Manfred Wilke/Marion Brabant/Hans-Peter Müller: *Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Geschichte, Organisation, Politik*, Köln 1990, S. 200 ff.

²⁴⁹ Werner, Vorwort, S. 10.

²⁵⁰ Meyer, *Eine historische Bestätigung*, S. 17.

²⁵¹ Ebd., S. 18.

²⁵² Ebd., S. 20 f.

die „Spaltung der europäischen Arbeiterbewegung“ zu überwinden.²⁵³ Die italienische (euro-)kommunistische Partei hatte sogar die Ostpolitik der SPD mit vermittelt.²⁵⁴

3.2 Innen- und außenpolitisches Integrationsangebot: Das neue SPD-Grundsatzprogramm

In der Tat sollte sich das neue Grundsatzprogramm gerade an die Linke als kommunikative Erwartungsgemeinschaft richten: Wie Sebastian Nawrat herausgearbeitet hat, war die SPD in den 1980er Jahren bemüht, ihre „Integrationsfähigkeit als linke Volkspartei unter Beweis zu stellen“. Die Programmdebatte dominierten neben dem Fraktions- und später auch Parteichef Hans-Jochen Vogel die linken Sozialdemokraten Willy Brandt und Erhard Eppler. Gemeinsames Ziel war es laut Nawrat, nach Ende der Ära Schmidt „die Vorstellungen der Parteilinken wieder angemessen [zu] repräsentieren“.²⁵⁵ Dies gelang durchaus – so stellte die *Frankfurter Allgemeine* fest, die SPD sei programmatisch deutlich nach links gerückt. Das neue Grundsatzprogramm, das 1989 das inzwischen vierzigjährige Godesberger Programm ablöste, trage deutlich die Handschrift des linken Parteiflügels.²⁵⁶ Nawrat zufolge hielt das Papier im Wesentlichen an der Sozialstaatskonzeption und am sozialdemokratischen Reformbegriff der 1960er und 1970er Jahre fest. Neu war dagegen das Ziel eines „ökologischen Umbau[s] der Industriegesellschaft“, mit dem die Partei sich für eine Zusammenarbeit mit den Grünen öffnete.²⁵⁷

In der Tat waren Grünen-Politiker bereits in die Programmdebatte einbezogen worden, und Peter von Oertzen hatte an strategischen Treffen mit dem Linken Forum innerhalb der Grünen teilgenommen.²⁵⁸ Doch nicht nur Vertreter der Grünen wurden in die Programmdebatte einbezogen. Wie die archivalische Überlieferung zeigt, waren auch die Emigranten der *Listy*-Gruppe involviert. Einem Vermerk Klaus Lindenbergs – Büroleiter Willy Brandts – zufolge vereinbarten SPD und *Listy* Anfang 1985 eine Intensivierung ihrer Kontakte. Die Zusammenarbeit sollte auch gegenüber der ČSSR-Führung offensiv vertreten werden. Zdeněk Mlynář hatte sich bereiterklärt, „Gedanken zu Papier zu bringen, die für die Arbeit

²⁵³ So der PCI-Theoretiker Leonardo Paggi, zit. nach Klaus Kellmann: Pluralistischer Kommunismus? Wandlungstendenzen eurokommunistischer Parteien in Westeuropa und ihre Reaktion auf die Erneuerung in Polen, Stuttgart 1984.

²⁵⁴ Johannes Lill: Die DDR und Italien (1949–1973). Möglichkeiten und Grenzen für den Ausbau der bilateralen Beziehungen, in: Ulrich Pfeil (Hg.): Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949–1989, Berlin 2001, S. 237–256, hier S. 252.

²⁵⁵ Sebastian Nawrat: Agenda 2010 – ein Überraschungscoup? Kontinuität und Wandel in den wirtschafts- und sozialpolitischen Programmdebatten der SPD seit 1982, Bonn 2012, S. 72.

²⁵⁶ Vgl. [o. V.]: Die Parteilinke setzt sich in wichtigen Punkten durch, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 14. 11. 1989.

²⁵⁷ Nawrat, Agenda 2010 – ein Überraschungscoup?, S. 72 f. (Zitat S. 73).

²⁵⁸ Hans-Joachim Veen/Jürgen Hoffmann: Die Grünen zu Beginn der neunziger Jahre. Profil und Defizite einer fast etablierten Partei, Bonn 1992, S. 64.

der SPD-Programm-Kommission von Interesse“ sein würden. Auch habe er angeboten, „zu diesbezüglichen Gesprächen nach Bonn [zu] kommen“. Zwar lässt sich der Fortgang dieses Austauschs bislang nicht nachvollziehen,²⁵⁹ doch gab es in Freudenberg regelmäßige Diskussionen der *Listy*-Gruppe mit sozialdemokratischen Politikern.²⁶⁰

Auch beteiligten sich Vertreter des Mlynář-Kreises an der halböffentlichen Debatte um das neue Grundsatzprogramm der SPD. So gehörte Jiří Kosta neben Iring Fetscher u. a. zu den Herausgebern der *perspektiven des demokratischen sozialismus* (pds), die als „Theoriezeitschrift“ der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus (HDS) fungierten. Die 1975 gegründete Hochschulinitiative wiederum kann als sozialdemokratischer Think tank betrachtet werden, verstand sie sich doch als „Kommunikationsnetz“ von über 300 Wissenschaftlern inner- und außerhalb der Universitäten. Ziel war es, „Beiträge zu einer Theorie des Demokratischen Sozialismus zu erarbeiten“.²⁶¹ Augenscheinlich diente die Initiative der wissenschaftlichen Fundierung und Legitimierung der sozialdemokratischen Programmatik und Reformpolitik. Der Mlynář-Kreis war in den pds einerseits mit Analysen zur Entwicklung im „Ostblock“ präsent, andererseits mit Beiträgen zur sozialdemokratischen Programmentwicklung. Hierin zeigt sich einer der Wege, auf dem der Impuls des Prager Frühlings, der zuvor schon den Eurokommunismus stimuliert hatte,²⁶² auch in die Diskussionen der SPD einfluss. Hervorzuheben sind die Anregungen, die Mlynář und seine Mitstreiter in Fragen der Wirtschaftspolitik gaben. So bewarb Ota Šik in der Programmdebatte sein Konzept der „wirtschaftsdemokratischen Mitarbeitergesellschaften“ bzw. „selbstverwalteten Unternehmen“²⁶³ und plädierte für eine „zielbewußte Wirtschaftsdemokratisierung“.²⁶⁴ Diese Vorschläge gehörten zum Modell eines dritten Weges, das Šik auch als „Humane Wirtschaftsdemokratie“ betitelte und in der internationalen Diskussion propagierte.²⁶⁵ Jiří Kosta konstatierte nach Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms: „Man kann den demokratischen Sozialismus [...] so interpretieren, wie es etwa im Berliner Programm der SPD – mit ich sympathisiere, ich habe mich auch ein ganz klein wenig in die Diskussion eingeschaltet – steht.“²⁶⁶

²⁵⁹ Die Bestände der SPD-Bundtagsfraktion aus den 1980er Jahren sind aktuell noch weitgehend ungeordnet, sodass der Nachvollzug von Abläufen abseits der höchsten Gremien bislang oft Glückssache ist. Auch konnten zentrale Archivalien, die für die Beziehungen der SPD zu Mlynář und zur *Listy*-Gruppe von Interesse sind (Dep. Thomas Meyer, Dep. Horst Ehmke), nicht eingesehen werden, weil keine Einsichtgenehmigungen erteilt wurden.

²⁶⁰ Siehe oben, Kap. III.3.

²⁶¹ Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus: Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus, in: pds 3 (1986), Nr. 2, S. 156.

²⁶² Vgl. Helmut Richter/Günter Trautmann: Eurokommunismus. Ein dritter Weg für Europa?, Hamburg 1979, S. 124.

²⁶³ Ota Šik: Zur Programmdiskussion in der SPD, in: pds 1 (1985). Vgl. auch die Kritik von Bernd Rahmann: Zu Ota Šik: Krisenbewältigung erfordert Wirtschaftsdemokratie, in: pds 3 (1986), Nr. 1, S. 52–55, hier S. 53 ff.

²⁶⁴ Šik, Für eine zielbewußte Wirtschaftsdemokratisierung.

²⁶⁵ Ota Šik: Humane Wirtschaftsdemokratie. Ein dritter Weg, Hamburg 1979.

²⁶⁶ Jiří Kosta/Herbert Brücker: Die marktwirtschaftliche Erneuerung in Ostmitteleuropa. Gespräch, in: NG/FH 37 (1990), Nr. 8, S. 718–726, hier S. 725. Siehe für Kostas Beteiligung an

Gerade bei der Frage der Wirtschaftsdemokratie sah sich in der SPD die Partei linke zudem durch Gorbatschow im Aufwind. So sprach sich Detlev Albers im bereits zitierten Diskussionsband *Fernaufklärung* dezidiert für „Lernprozesse in Ost-West-Richtung“ aus, wie es sie im Bereich der Abrüstung schon gebe. Nun müsse auch die Wirtschaftspolitik folgen, schließlich habe sich die „hiesige Arbeiterbewegung [...] ja nicht ‚auf ewig‘ mit der Existenz des Kapitalismus abgefunden“. Die Forderung des SPD-Programmewurfs nach Wirtschaftsdemokratie sei deshalb berechtigter denn je. Allerdings hänge viel vom Erfolg Gorbatschows ab:

„Scheiterte die Perestrojka, würde der Kampf der westlichen Linken um verbindliche öffentliche Planungsvorhaben für die Wirtschaft viel nachhaltiger diskreditiert, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Denn wer möchte hier noch für die bislang nirgends gefundene Synthese von Markt und Plan streiten [...], wenn sich das Prinzip geplanten Wirtschaftens im Osten ständig selbst widerlegt?“

Albers beschrieb die Chancen linker Wirtschaftspolitik im Westen somit als abhängige Variable reformkommunistischer Politik im Osten. Dabei insistierte er darauf, dass ein bloßer Übergang zu Marktstrukturen, wie sie in Westeuropa existierten, aus seiner Sicht „nur eine Variante des Scheiterns“ wäre: „Jahrzehntelange bürokratische Über-Planung hätte dann nichts als die Stärkung des ökonomischen Gegenprinzips bewirkt.“²⁶⁷ Albers hielt damit desiderative gegen kalkulative Erwartung: mit einer Entwicklung, wie sie 1989/90 tatsächlich eintreten sollte, rechnete er (im Groben) durchaus – doch wünschte er eine andere.

Auf dem Berliner Parteitag Ende 1989 verankerte die SPD im Grundsatzprogramm tatsächlich die „Wirtschaftsdemokratie“ als ein Kernelement sozialdemokratischer Transformationserwartungen. Stellt man die Mitwirkung tschechoslowakischer Emigranten an der Programmdebatte in Rechnung und bedenkt ferner den Rückenwind der Gorbatschow-Reformen in der Programmdebatte, so wird man dies nicht allein als Fortschreibung sozialdemokratischer Traditionsbestände deuten. Vielmehr kann in der Aktualisierung von Erwartungen, die sich auf die Demokratisierung auch der Wirtschaft als Markenkern sozialistischer Politik richteten, auch den reformkommunistischen Impuls des Prager wiedererkannt werden, wie ihn die tschechoslowakischen Exilanten aus der *Listy*-Gruppe aktiv in die Programm- und Strategiediskussionen der westlichen Linken eingebracht hatten (s. Šiks Rolle im Achberger Kreis, das heißt im Kontext der Grünen-Gründung, aber auch in pds²⁶⁸ und EID²⁶⁹) und wie er durch Gorbatschow nochmals aktueller geworden zu sein schien. Insofern kann, wenn Bernd Rother

der SPD-Programmdebatte Jiří Kosta: Die wirtschaftspolitische Diskussion der SPD im Lichte osteuropäischer Erfahrungen, in: pds 6 (1989), Nr. 2, S. 84–91.

²⁶⁷ Detlev Albers: Perestrojka und demokratischer Sozialismus, in: ders./Frank Deppe/Michael Stamm (Hg.): *Fernaufklärung*. Glasnost und die bundesdeutsche Linke, Köln 1989, S. 48–58, hier S. 53 u. 57.

²⁶⁸ Šik, Für eine zielbewußte Wirtschaftsdemokratisierung.

²⁶⁹ Šik, Towards an Humane Economic Democracy; Šik/Raible, Rezension von Leland G. Stauber: *A New Program for Democratic Socialism*, Carbondale 1987; Šik, On Programme Proposals for Social Democratic Parties.

Willy Brandts Ostpolitik in seiner Zeit als Präsident der Sozialistischen Internationale als Suche nach einem dritten Weg zwischen Kommunismus und Kapitalismus beschreibt,²⁷⁰ hinzugefügt werden: Auch die programmatische Ausrichtung der SPD selbst folgte ein Stück weit diesem Trend, auch wenn dies innenparteilich nicht unumstritten war. Insofern ist es kein Zufall und nicht verwunderlich, dass Michail Gorbatschow, als Brandt ihm in Moskau den Entwurf des späteren Berliner Programms übergab, bekundete, dies seien „seine Themen“.²⁷¹ Die von Brandt und anderen vertretene These von der Anziehungskraft der internationalen Sozialdemokratie konnte sich auf positive Rückmeldungen östlicher Reformkommunisten stützen, wie sie ja überhaupt durch die Mitwirkung exilierter Reformkommunisten an der Programmdebatte plausibilisiert wurde. Die SPD konnte in dieser Perspektive für sich in Anspruch nehmen, global oder wenigstens europäisch virulente Fragen identifiziert und international anschlussfähige Antworten gefunden zu haben. Wichtig ist dabei, dass gerade die *Leitbegriffe*, auf die sich die SPD geeinigt hatte – an vorderster Stelle der „demokratische Sozialismus“ –, integrative Kraft zu besitzen schienen. „Es ist wirklich schön, demokratischer Sozialist zu sein“, gab Egon Bahr Anfang 1989 zu Protokoll. Der „alte Streit der Arbeiterbewegung, ob es Sozialismus ohne Demokratie geben kann, ist zu Ende“, erklärte er auf einem Ost-West-Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung, bei dem Sozialdemokraten mit Dissidenten und Regierungsvertretern aus dem Ostblock sowie mit Exilanten wie Mlynář und Pelikán zusammenkamen.²⁷² Auch warb mit Thomas Meyer *der* „Theoretiker des Demokratischen Sozialismus“²⁷³ Ende 1988 und Anfang 1989 auf Vorträgen in Madrid bzw. Moskau für ein „gemeinsames Projekt des Demokratischen Sozialismus in Europa mit der Chance einer Rückgewinnung der geistig-politischen Hegemonie“ im Kampf gegen den „Neukonservatismus“. Wenn in Zusammenarbeit von Sozialisten in Ost und West ein „neuer Fortschrittskonsens“ entstehe, dann gebe es gute „Chancen der Zukunft des Demokratischen Sozialismus in Europa. Eine bessere Zukunft kann Europa nicht

²⁷⁰ Bernd Rother: Ein dritter Weg zwischen Kommunismus und Kapitalismus? Selbstverständnis und Strategien der Sozialistischen Internationale unter der Führung von Willy Brandt 1976–1992, in: Bernd Rother (Hg.): Willy Brandt. Neue Fragen, neue Erkenntnisse, Bonn 2011, S. 229–248; Bernd Rother: Between East and West – Social Democracy as an Alternative to Communism and Capitalism. Willy Brandt's Strategy as President of the Socialist International, in: Leopoldo Nuti (Hg.): The Crisis of Détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev, 1975–1985, London/New York 2009, S. 217–229, hier S. 228.

²⁷¹ So die Erinnerung Egon Bahrs (Diskussion zum Vortrag von Herbert Häber, in: Reinhard Hübsch [Hg.]: „Hört die Signale!“. Die Deutschlandpolitik von KPD/SED und SPD 1945–1970, Berlin 2002, S. 93–106, hier S. 99.

²⁷² Egon Bahr: Reformen und Sicherheit, in: Peter Schneider/Peter J. Thelen (Hg.): Demokratische Reformen und Europäische Sicherheit. Dokumentation des internationalen Seminars der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 3.–5. 03. 1989 in Bonn, S. 6–15, hier S. 14.

²⁷³ Malte Ristau/Michael Scholing/Johannes Wien: Tanker im Nebel. Zeit zum „Aufklaren“, in: Malte Ristau/Michael Scholing/Johannes Wien (Hg.): Tanker im Nebel. Zur Organisation und Programmatik der SPD, Marburg 1992, S. 7–9, hier S. 9.

haben.“²⁷⁴ Deutlich wird hieran, dass die SPD ihren Leitbegriff des demokratischen Sozialismus zum einen offerierte, um die Transformation eines ganzen Kontinents im Zeichen verbesserter internationaler Beziehungen zu kennzeichnen. Zum anderen hing damit aber das Schicksal des eigenen „Fahnenworts“ auch von der Entwicklung in Ländern wie der Sowjetunion ab.

Und noch aus einem weiteren Grund erschien prominenten Sozialdemokraten ein Erfolg der Perestrojka auch für die eigene Zukunft wichtig. Iring Fetscher aus der früheren *Solidarność*-Solidarität war an der Existenz einer möglichst attraktiven Alternative zum westlichen Kapitalismus gelegen. Das Mitglied der SPD-Grundwertekommission referierte 1987 über die Vorzüge der „Systemkonkurrenz“:

„Bisher haben viele Angehörige ‚westlicher‘ kapitalistischer Gesellschaften durchaus schon Vorteile von der kommunistischen Konkurrenz gehabt: der Ausbau des Wohlfahrtsstaats war die intelligente Antwort liberaler und sogar konservativer bürgerlicher Parteien, vor allem aber sozialdemokratischer Regierungen – wie in Skandinavien – auf die kommunistische Herausforderung. Wenn in jüngster Zeit sich einflussreiche Eliten im Westen vom Wohlfahrtsstaat lösen, dann hat das u. a. auch mit der verringerten Attraktivität der kommunistischen Alternative zu tun. Es liegt daher in unserem ureigensten Interesse, wenn wir uns wünschen, daß die Länder des ‚real existierenden Sozialismus‘ Fortschritte in Richtung auf mehr Freiheit, Freizügigkeit, Meinungsfreiheit usw. machen und daß es ihnen gelingt, den Lebensstandard der Bevölkerung erheblich anzuheben. Der damit verbundene Ansporn für die Verbesserung der Lebensbedingungen in unseren Gesellschaften wäre eine nicht zu unterschätzende Hilfe für die Verwirklichung der Ziele der Sozialdemokratie.“²⁷⁵

Die Zukunft der SPD hing im eigenen Verständnis somit in mehrfacher Hinsicht von der Entwicklung des sowjetischen Reformprozesses ab. Peter Brandt, ebenfalls aus der früheren *Solidarność*-Solidarität, hoffte sogar, dass „der historische Niedergang der stalinistischen Richtung des Weltkommunismus und die [...] Auflösung der wechselseitigen Feinbildblockade [...] auch in der Gesellschaftspolitik die Suche nach einem neuen Weg für Europa jenseits des Kapitalismus erleichtern“ könnten. Egon Bahrs Schlagwort „Wandel durch Annäherung“ könne „dann einen grundlegend emanzipatorischen, zukunftsweisenden Sinn“ erhalten. „Bahr selber definierte diese politische Ratio 1979 [...] mit der Erwartung, ‚daß das, was man demokratischen Sozialismus nennt, im Grunde [...] seine Zukunft noch vor sich hat‘.“ Ähnlich wie Anfang der 1980er Jahre bei *Solidarität mit Solidarność*, richteten sich Brandts Erwartungen auf verflochtenen Transformationen in beiden Teilen Europas. Nun allerdings sah er die „Schlüsselrolle“ bei der „europäischen und insbesondere der deutschen Sozialdemokratie“.²⁷⁶

²⁷⁴ AdsD, WBA, A 19, 86, fol. 447–483, Thomas Meyer: Demokratischer Sozialismus in Europa: Ein Vergleich [Ms. für Vorträge in Amsterdam, Dezember 1988, und Moskau, Mai 1989], fol. 460r, 482r u. 483r–v.

²⁷⁵ Iring Fetscher: Für realistische Formen des Wettbewerbs der Ideen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/1987, S. 1481–1485, hier S. 1485.

²⁷⁶ LUH, Akz. 2009/09, Sign. 11/2, Peter Brandt, Deutschland und Europa, undat. (1989), S. 11 f.

4. „Auf der Suche nach Dritten Wegen“: Grüne Erwartungshorizonte jenseits der Blöcke und Systeme

Auch die Grünen planten Ende der 1980er Jahre eine Veranstaltung, die dem Dialog mit Vertretern von Führungen wie Dissidenten im Ostblock dienen sollte. Angedacht war eine große Tagung in (West-)Berlin, die intern als „Perestroika-Kongreß“ firmierte. An den Planungen für diese Tagung lassen sich die divergierenden Erwartungen ablesen, die es innerhalb der Grünen angesichts der sowjetischen Reformpolitik gab. Sie sollen deshalb im Folgenden exemplarisch genauer beleuchtet werden.²⁷⁷

Die Idee für die Tagung kam vom Linken Forum²⁷⁸ innerhalb der Grünen. Der Vorbereitungsgruppe, die sich innerhalb des Linken Forums formierte, gehörten anfangs Jürgen Reents, Albert Statz, Michael Stamm, Harald Wolf, Volker Ratzmann und Steffi Engert an. Wolf hatte Anfang der 1980er Jahre als Trotzkiist in der Solidarność-Solidarität mitgearbeitet,²⁷⁹ Ratzmann mit Wolf in einem besetzten Haus zusammengewohnt.²⁸⁰ Engert hatte gemeinsam mit dem trotzkistischen Solidarność-Unterstützer Winfried Wolf eine mehrbändige Analyse der polnischen Gewerkschaftsbewegung veröffentlicht.²⁸¹ Ende der 1980er Jahre legte sie dann ein Buch über unabhängige Gruppen in der Sowjetunion vor.²⁸² An den Vorbereitungen waren somit von Anfang an Personen beteiligt, die sich nicht nur für die Politik der sowjetischen Führung interessierten, sondern auch für Dissidenten im Ostblock.²⁸³ Auch stießen, nachdem die Kongressplanungen von den Parteigremien akzeptiert worden waren,²⁸⁴ weitere frühere Solidarność-Unterstützer zur Vorbereitungsgruppe. Zu nennen sind die damaligen Bundesvorstandssprecher Renate Damus und Ralf Fücks (Erstere ein früheres Mitglied des Sozialisti-

²⁷⁷ Zum Verhältnis der Grünen zur Sowjetunion unter Gorbatschow vgl. insgesamt Elena Zhulodova: Die Grünen und die Sowjetunion in der Ära Gorbatschow, Heidelberg, Univ., Diss. 2014.

²⁷⁸ Zum 1988 von den früheren Solidarność-Unterstützern Ludger Volmer und Harald Wolf mitgegründeten Linken Forum vgl. Veen/Hoffmann, Die Grünen zu Beginn der neunziger Jahre, S. 63–65 (dort auf S. 64 auch zu Kontakten zum Sozialdemokraten Peter von Oertzen, ebenfalls ein früherer Solidarność-Unterstützer).

²⁷⁹ Siehe oben, Kap. II.

²⁸⁰ Vgl. Bernhard Walker/Katja Bauer: Spätzles-Türke gegen früheren Hausbesetzer (05.06.2008), <http://www.badische-zeitung.de/deutschland-1/spaetzles-tuerke-gegen-frueheren-hausbesetzer-2053707.html> [19.03.2016].

²⁸¹ Winfried Wolf/Steffi Engert: Polen – der lange Sommer der Solidarität, 2 Bde., Frankfurt am Main 1981; Winfried Wolf/Steffi Engert: Polen – der Winter gehört den Krähen, Frankfurt am Main 1984.

²⁸² Steffi Engert/Uwe Gartenschläger: Der Aufbruch. Alternative Bewegungen in der Sowjetunion. Perestroika von unten, Reinbek bei Hamburg 1989.

²⁸³ Dies spricht gegen Hermann Wentkers Einschätzung, dass die Erwartungen der Organisationen unrealistisch gewesen seien, weil es an Kenntnis der Lage in der UdSSR und Kontakt zu sowjetischen Dissidenten gemangelt habe (vgl. Wentker, Die Grünen und Gorbatschow, S. 508).

²⁸⁴ Vgl. ebd.

schen Büros, Letzterer ein Ex-Maoist aus der Gruppe Grüner Aufbruch um Antje Vollmer) und der Exiltscheche Milan Horáček, einst Redakteur der Exilzeitschrift *Listy* um Jiří Pelikán und Zdeněk Mlynář. Horáček war schon an den Beratungen der grünen Bundestagsfraktion über Gorbatschow beteiligt gewesen. Gleiches gilt für Susanne Nies, die ebenfalls in die Kongressvorbereitungen einbezogen war (s. Anhang Abb. 9). Nies war 1988 gemeinsam mit Elisabeth Weber nach Moskau gereist und hatte sich dort mit „informellen Gruppen“ getroffen. Im gleichen Jahr hatten auch Fücks und Weber eine UdSSR-Reise unternommen und war mit sowjetischen „Informellen“ zusammengekommen.²⁸⁵

Es verwundert insofern nicht, dass von Beginn an geplant war, offizielle, aber auch „nichtstaatliche“²⁸⁶ Vertreter aus der Sowjetunion einzuladen. Bei Vorbereitungsreisen in die UdSSR trafen sich die Organisatoren deshalb sowohl mit Vertretern des Regimes als auch mit Dissidenten und Unabhängigen. So führte Steffi Engert im Sommer 1989 in Moskau zum einen Gespräche mit der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU und mit dem offiziellen Komitee für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit. Zum anderen kam sie auch mit Vertretern von sechzehn informellen Gruppen zusammen. Darunter waren die Grüne Bewegung und die Organisation Memorial, die sich der Aufarbeitung stalinistischer Verbrechen widmete.²⁸⁷ Auf einer weiteren Vorbereitungsreise trafen sich Anfang 1990 Renate Damus und Jürgen Reents ebenfalls mit „offiziellen“ Gesprächspartnern und mit „informellen Gruppen“.²⁸⁸ Die KPdSU zeigte deswegen wiederholt eine „leichte Verstimmung“.²⁸⁹ So musste die Vorbereitungsgruppe im Herbst 1989 feststellen: „Am Rande des Anti-Atomseminars in Moskau wurde von sowjetischer Seite erneut moniert, daß die offiziellen Stellen bisher nicht über die Planung des Perestrojka-Kongresses informiert worden seien, während diesbezügliche Kontakte mit informellen Gruppen schon weit gediehen sei[en]“.²⁹⁰

Entsprechend bewirkte der Vorschlag der Grünen, die sowjetische Delegation je zur Hälfte aus offiziellen und informellen Vertretern zusammenzustellen, zunächst eine „recht distanzierte“ Reaktion auf Seiten der KPdSU. Letztlich konnten die Grünen sich durchsetzen. Die erzielte Vereinbarung bedeute in ihrem Verständnis, dass die Diskussionen auf dem Kongress als „Gespräche am runden Tisch“²⁹¹ stattfinden würden. Ohne das Vorbild des polnischen Runden Tisches explizit zu erwähnen, schwebte ihnen damit ein Modell vor, das wie in Polen inzwischen auch in der DDR als Mittel der Demokratisierung und des ausgehandel-

²⁸⁵ Vgl. ebd., S. 503 f.

²⁸⁶ AGG, B.II.3, 1035, Rundschreiben von Jürgen Reents, 15. 04. 1989.

²⁸⁷ AGG, B.II.3, 1035, Steffi Engert: Bericht von Moskau-Reise lt. Beschluß der Vorbereitungsgruppe vom 15. 7. 1989, S. 1 f.

²⁸⁸ AGG, B.II.3, 1035, Perestrojka-Info Nr. 1, S. 2–4 (Zitat: S. 4).

²⁸⁹ AGG, B.II.3, 1035, Steffi Engert: Bericht von Moskau-Reise lt. Beschluß der Vorbereitungsgruppe vom 15. 7. 1989, S. 1.

²⁹⁰ AGG, B.II.3, 1035, Vorbereitungsgruppe Perestrojka-Kongreß – 10. 10. 1989 [Sitzungsprotokoll], S. 1.

²⁹¹ AGG, B.II.3, 1035, Perestrojka-Info Nr. 1, S. 3 f.

ten Systemwechsels fungierte.²⁹² Die Gesprächsform des Runden Tisches erschien vielen Grünen zudem als „zivilgesellschaftliche“ Institution, die im Vergleich zum parlamentarischen System der Bundesrepublik ein Mehr an basisdemokratischer Partizipation ermögliche.²⁹³ Was den Perestrojka-Kongress betraf, so beabsichtigten die Organisatoren, „in WestBerlin Leute an einen Tisch zu bitten, die in der UdSSR selbst eher nebeneinander oder gegeneinander existieren“. Damit sei gewährleistet, dass „die Konferenz auch tatsächlich zu der politischen Manifestation werden [kann], die wir uns von ihr erhoffen“.²⁹⁴

Erklärtes Ziel des Kongresses war es also, den Dialog innerhalb der Sowjetunion zu fördern und Wandel „von oben“ und Wandel „von unten“ miteinander zu verschränken. Hierfür sollte die Veranstaltung ein öffentliches Forum bieten. Umgekehrt ging es den Organisatoren auch darum, in Berlin „eine umfassende Diskussion über die PERESTROJKA in der Sowjetunion zu führen und Überlegungen daraus für die gesellschaftspolitische Debatte in der Bundesrepublik zu gewinnen“.²⁹⁵ Der Kongress sollte also einerseits in die Sowjetunion hineinwirken, andererseits auch in Westdeutschland Veränderungen anstoßen. Erkennbar ging es den Veranstaltern um (verflochtene) Transformationen in Ost *und* West oder, anders gesagt, um eine blockübergreifende Kotransformation. Dies wird auch an den Titeln deutlich, die dem Kongress zugedacht waren. Zunächst sollte die Veranstaltung „Grenzüberschreitungen. Perestroika Ost – Alternativen West: Wege zum gemeinsamen europäischen Haus?“²⁹⁶ heißen. Eine der Leitfragen sollte „Wirtschaftliche Perspektiven jenseits von Kapitalismus und Realsozialismus – Ein ‚dritter Weg‘ in Europa?“²⁹⁷ lauten. Die Abschlussdiskussion sollte unter der Überschrift „Perestroika Ost/Alternativen West – Elemente für einen ‚Dritten Weg‘?“²⁹⁸ stehen. Dieser Akzent erfuhr im Laufe der Vorbereitungen eine Stärkung: Ralf Fücks schlug später vor, als Untertitel des Kongresses „Auf der Suche nach dritten Wegen“²⁹⁹ zu wählen.

Diese Suche nach einem „dritten Weg“ – oder nach „dritten Wegen“ im Plural – ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Zum einen traf sich sie mit ähnlichen Erwartungen innerhalb der SPD, wie sie an deren Programmdebatte ablesbar sind (s. o., S. 107 ff.). Zum anderen spielte sie bereits in der Solidarność-Solidarität eine Rolle, wie in Kapitel II.3 gerade am Beispiel Ralf Fücks’ sichtbar wurde. Der Blick

²⁹² Zu den Systemtransformationen im östlichen Europa als „verhandelte Revolution“ vgl. Philipp Ther: 1989 – eine verhandelte Revolution. Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11. 02. 2010, URL: <http://docupedia.de/zg/1989?oldid=108803> [02. 04. 2016].

²⁹³ Siehe Kap. IV und V.

²⁹⁴ AGG, B.II.3, 1035, Perestroika-Info Nr. 1, S. 4.

²⁹⁵ AGG, B.II.3, 1035, Rundschreiben von Jürgen Reents, 15. 04. 1989.

²⁹⁶ AGG, B.II.1, 2278, Tischvorlage Perestroika Kongreß, 05. 12. 1989, hier Protokoll 12. 9. 1989 – Vorbereitungsgruppe Perestroika-Kongreß, dat. 28. 09. 1989.

²⁹⁷ AGG, B.II.3, 1035, Perestroika-Info Nr. 1, S. 6 f.

²⁹⁸ AGG, B.II.1, 2278, Tischvorlage Perestroika Kongress, 05. 12. 1989, hier Programmskizze für den Perestroika-Kongreß, dat. 20. 11. 1989.

²⁹⁹ AGG, B.II.3, 1035, Brief von Ralf Fücks vom 12. 12. 1989.

auf diesen Ex-68er und ehemaligen Maoisten macht deutlich, wie persistent jene Erwartungen sein konnten, die der Polen-Hilfe der frühen 1980er Jahre zugrunde gelegen hatten. In Fücks' damaliger Rede von einem „dritten Weg“ spiegelte sich, wie in Kapitel II.3 beschrieben, eine (erste) biografische Erwartungstransformation. Diese reichte in ihren Wurzeln bereits in die späten 1970er Jahre zurück und bestand im Bruch mit zentralen maoistischen Dogmen. Bemerkenswert ist nun, dass Fücks sich von seinem neuen Ziel eines „dritten Weges“ erst in den frühen 1990er Jahren lösen sollte (s. Kap. V). Wenn diese (neuerliche) Erwartungstransformation mithin auf die Zäsur von 1989 folgte, so bedeutet das, sie später zu datieren als dies in der Forschung üblicherweise mit der Integration vieler Ex-68er in die bundesrepublikanische Politik geschieht.³⁰⁰ Den Blick westdeutscher Linker *nach Osten* zum Forschungsgegenstand zu machen, macht somit die Zählebigkeit von Erwartungshorizonten transparent, die im Falle Fücks' durchaus maoistische Residuen erkennen lassen (s. Kap. II) und eben erst nach der Zäsur um 1989 vollends abschmolzen. Anzumerken ist allerdings, dass die kontinuierliche Rede von einem „dritten Weg“ Verschiebungen im Begriffsverständnis nicht ausschloss. Diese werden in Kapitel IV (S. 157 f.) genauer analysiert.

Hier interessiert zunächst ein weiteres Schlagwort aus der Solidarność-Hilfe der frühen 1980er Jahre, das auch beim Perestrojka-Kongress wieder eine Rolle spielte: das der Solidarität. Steffi Engert und Albert Statz betonten schon in einem ersten Rundschreiben, Ausgangspunkt der Planungen sei „nicht Identifikation mit der gegenwärtigen Politik der Sowjetunion, sondern Auseinandersetzung und Solidarität mit einem politischen Prozeß“.³⁰¹ Dass der Begriff hier erneut auftauchte, zeigt, dass Solidarität nicht nur mit einer Oppositionsbewegung wie Solidarność, sondern auch mit einer Transformation geübt werden konnte, der von der Führung eines Ostblocklandes initiiert worden war (auch wenn er inzwischen eine vielgestaltige und immer weniger kontrollierbare gesellschaftliche Dynamik freigesetzt hatte). Wandel von „oben“ und Wandel von „unten“ schlossen sich im Verständnis der Organisatoren nicht aus, sondern ergänzten sich. Dies fügt sich in das Bild, das schon das Ost-West-Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung ergab, und passt auch zur Beteiligung ehemaliger Solidarność-Unterstützer an den SPD-SED-Gesprächen.

Im Unterschied zu den zuletzt genannten Initiativen der SPD erwies sich jedoch der Perestrojka-Kongress als Fehlschlag. Mit eintausend Teilnehmern³⁰² war die Veranstaltung als „Highlight“ der Grünen im Bundestagswahljahr³⁰³ 1990

³⁰⁰ Als lokale Fallstudie, die die Integration von Teilen der „68er“ auf die 1970er Jahre datiert, vgl. Manfred Kittel: *Marsch durch die Institutionen? Politik und Kultur in Frankfurt am Main nach 1968*, München 2011 (bilanzierend: S. 459 f.).

³⁰¹ AGG, B.II.3, 1035, Steffi Engert/Albert Statz: *Erste Überlegungen für Themen und Fragestellungen*, undat., übersandt mit dem Rundschreiben von Jürgen Reents vom 15. 04. 1989.

³⁰² AGG, B.II.1, 2278, Protokoll der Sitzung der Vorbereitungsgruppe Perestrojka-Kongress am 10. 10. 1989, S. 4.

³⁰³ So Gerd Nowakowski: *Von Perestrojka wollen die Grünen nichts wissen*, in: *taz* vom 21. 04. 90, S. 4.

gedacht gewesen. Sie erinnert von ihrer Dimension und Konzeption her an den Bahro-Kongress, an den die Solidarność-Solidarität angeknüpft hatte. Am Bahro-Kongress hatten rund 1 500 Personen teilgenommen, und wie der Perestrojka-Kongress war er als „Ost-West-Forum“³⁰⁴ europäischer Linker angelegt gewesen. Der Unterschied liegt jedoch darin, dass es nun, Ende der 1980er Jahre, nicht nur um die Dissidenz im Ostblock ging. Vielmehr wollten die Grünen auch mit Reformkommunisten ins Gespräch kommen. Die Planungen konnten jedoch mit dem rasanten mittel- und osteuropäischen Umbruch nicht schritthalten und der Kongress musste letztlich abgesagt werden.³⁰⁵ Anfang 1990 wurde er zunächst verschoben und wenig später „ausgesetzt“, um letztlich nie realisiert zu werden. Dass die Planungen von der politischen Entwicklung immer wieder überholt wurden, hatte Ralf Fücks als federführender Organisator zunächst noch positiv zu wenden gesucht. Im Dezember 1989 schrieb er an die Mitorganisatoren, der Kongress habe „durch die revolutionären Ereignisse in Ost-Mitteleuropa noch an politischer Aktualität gewonnen“, denn nun beharrten die „Apologeten des ‚freien Westens‘ erst recht auf dem ‚tertium non datur‘ der dualen Logik“ aus dem Geist des Kalten Kriegs. Einen „dritten Weg“ zu suchen, schien in diesem Verständnis umso dringlicher, je widriger die Umstände wurden. Erst als sich 1990 mehrere prominente Grünen-Politiker von dem Projekt distanzierten, annullierte Fücks das Vorhaben und verlegte sich auf die Begründung, der Kongress sei letztlich an der fehlenden Unterstützung innerhalb der eigenen Partei gescheitert.³⁰⁶ Unübersehbar jedoch hatten sich vor allem die Rahmenbedingungen gravierend verändert.

5. Zwischenfazit

Weckten Gorbatschows Abrüstungsinitiativen und Reformversuche bei großen Teilen der westdeutschen Bevölkerung ohnehin Sympathien, finden sich auf Seiten der Linken weitergehende, spezifische Hoffnungen. Diese bezogen sich auf die innere Entwicklung der Sowjetunion und deren Auswirkungen auf den Westen. Während dogmatische Linke wie der *konkret*-Herausgeber Hermann L. Gremliza, der das polnische Kriegsrecht gerechtfertigt hatte, Gorbatschows Politik primär im Horizont Lenins deuteten – und nach anfänglicher Begeisterung deshalb bald enttäuscht eine Abkehr von sozialistischen Prinzipien diagnostizierten – stellt sich die Situation im Wirkungskreis tschechoslowakischer Emigranten um Zdeněk Mlynář, die am Prager Frühling teilgenommen und Anfang der 1980er Jahre Solidarność unterstützt hatten, anders dar. Diese Emigranten avancierten aufgrund ihres singulären biografischen Kapitals bei Teilen der Sozialdemokratie, der Grünen, der Friedensbewegung und der undogmatischen Linken zu ein-

³⁰⁴ März, Linker Protest nach dem Deutschen Herbst, S. 378, die Teilnehmerzahl auf S. 345.

³⁰⁵ Zu diesem gescheiterten Kongress vgl. auch die kursorischen Bemerkungen bei Wentker, Die Grünen und Gorbatschow, hier S. 507–509.

³⁰⁶ AGG, B.II.3, 1035, Rundschreiben von Ralf Fücks, 12. 12. 1989.

flussreichen Erwartungsmanagern – und deuteten Gorbatschow nicht primär im Horizont Lenins, sondern mehr im Horizont Dubčeks. Gut vernetzt mit den Grünen und der internationalen Sozialdemokratie, autorisierten und popularisierten sie das Bild von der Perestrojka als Versuch einer Verbindung von Demokratie und Sozialismus, wie es Gorbatschow auch selbst zeichnete. Damit ermöglichten sie es auch Linken aus der früheren Solidarność-Solidarität, Erwartungen auf Gorbatschow zu verlagern, obwohl sie den Führungen im Ostblock grundsätzlich kritisch gegenüberstanden. Der sowjetische Reformprozess blieb in ihrem Wirkungskreis lange eine Hoffnung, die die sozialdemokratische Ost- und Deutschlandpolitik beflügelte (SPD-SED-Papier, Ost-West-Seminar), aber auch die blockübergreifende Politik der Grünen stimulierte (Perestrojka-Kongress). Auftrieb schien sowohl der Begriff des „dritten Weges“ als auch der („demokratische“) „Sozialismus“ zu erhalten. Die Perestrojka versprach zudem, die zersplitterte westdeutsche Linke wieder stärker zusammenzuführen. Auf diese Weise konnte der Eindruck entstehen, als hätten SPD und Grüne attraktive Angebot nach innen wie außen entwickelt, um im Angesicht „neokonservativer“ Herrschaft eine „Rückgewinnung der geistig-politischen Hegemonie“ (Meyer) und die „Suche nach einen neuen Weg für Europa jenseits des Kapitalismus“ (P. Brandt) in Angriff zu nehmen.

